



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 302.

Sonntag den 24. Dezember

1848.

Da wegen des Weihnachtsfestes die nächste Nummer der Breslauer Zeitung erst Donnerstag den 28. Dezember erscheint, werden wir Mittwoch den 27sten Morgens 6 Uhr in einem Extrablatt die eingegangenen wichtigsten Nachrichten kurz mittheilen.

An die geehrten Zeitungs-Leser.

Die Breslauer Zeitung hat schon in den ersten Tagen der Märzrevolution die demokratisch-konstitutionelle Monarchie als diejenige Staatsform erkannt, welche allein unsern Volkszuständen angemessen ist.

Der fünfte Dezember hat dem Lande eine Verfassung gebracht, in welcher die Grundprinzipien der demokratisch-konstitutionellen Monarchie verwirklicht werden.

Die Breslauer Zeitung sieht hiermit die Revolution als beendet an und wird, wie sie dies sofort nach dem Erscheinen der betreffenden Urkunde gethan, auch ferner auf dem Boden dieser Verfassung stehen. Sie wird über der Erhaltung der Verfassung, sowie darüber wachen, daß die Gesetzgebung und Verwaltung immer dem Geiste derselben treu bleiben. Ihre Gegner werden sowohl diejenigen sein, welche die Grundlagen der Verfassung antasten und ihrem Ausbau durch die Gesetzgebung beschränkend entgegengetreten, als auch diejenigen, welche die konstitutionelle Monarchie nicht als eine selbstständige Phase unseres Staatslebens, sondern bloß als Mittel zum Uebergange in eine andere Staatsform ansehen. Die Breslauer Zeitung, welche sich nicht scheute, in den Tagen der höchsten Aufregung, als noch das Wort Republik von Munde zu Munde ging, ihre Ueberzeugung entschieden auszusprechen, wird auch in dieser Beziehung ihrem Grundsatz treu bleiben. Ihre ersten Besprechungen nach errungener Pressfreiheit waren dringende Warnungen vor dem Streben nach jener Staatsform, welche sie für unsere Lage verderblich hielt. Die Erfahrung hat bewiesen, daß die republikanischen Bestrebungen im Volke keine Wurzel haben und nur zur Anarchie oder Despotie führen können. Die Erfahrung wird uns hoffentlich auch lehren, daß die demokratischen Institutionen, deren wir uns jetzt erfreuen, in der konstitutionellen Monarchie vorzugsweise zur Geltung kommen.

Daß die leitenden Grundsätze der Breslauer Zeitung in weiten Kreisen verbreitet sind, dafür gelten uns die vielen Beweise von Anerkennung, die uns zu Theil geworden sind. Mit besonderer Genugthuung heben wir hervor, daß diese Anerkennung gerade von solchen Kreisen der Gesellschaft ausging, welche das Wohl des Vaterlandes über Alles setzen. Im Wohle des Vaterlandes sehen auch wir das höchste Ziel aller politischen und sozialen Bewegungen der Gegenwart; dafür werden wir mit allen unsern Kräften, mit jedem Opfer einzustehen bereit sein. Mögen daher alle Gleichgesinnte unser Blatt als ein Organ betrachten, in welchem sie ihren patriotischen Bestrebungen Ausdruck und Verbreitung geben. Wir laden hierzu ausdrücklich ein.

Die Pränumeration auf die Breslauer Zeitung für das nächste Vierteljahr — Januar, Februar, März 1849 — beliebe man so zeitig zu veranlassen, daß vor dem 1. Januar auch von auswärtig die Bestellungen durch die nächste Postbehörde bei dem hiesigen königl. Ober-Post-Amte eingegangen sind. Der vierteljährliche Pränumerations-Preis für die Breslauer Zeitung ist am hiesigen Orte 1 Rthlr. 15 Sgr., auswärtig 1 Rthlr. 24 Sgr. 6 Pf. — Der Pränumerations-Preis für das Beiblatt der Breslauer Zeitung, „Schlesische Chronik“ ist in Breslau 12½ Sgr., auswärtig 15 Sgr. 6 Pf.

Verleger und Redakteur der Breslauer Zeitung.

Von den Verhandlungen der National-Versammlung in Frankfurt a. M. erscheint heute der 7—10. Bogen (426—429) des 26. Abonnements von 30 Bogen.

Preußen.

Berlin, 22. Dezember. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem evangelischen Pfarrer Hensel zu Pölsfen, im Regierungs-Bezirk Breslau, und dem Bildhauer Emil Wolff in Rom den rothen Adler-Orden vierter Klasse; den Schullehrern Nolting zu Borgholzhausen, im Regierungs-Bezirk Minden, und Stahnke zu Michnowo, im Regierungs-Bezirk Marienwerder, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Schiffknecht Johann Strick aus Driel, im Königreich der Niederlande, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Dem Mechanikus S. Elster zu Berlin ist unter dem 20. Dezbr. 1848 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung zum Anfüllen der Gasmesser, so weit solche als neu und eigenthümlich anerkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Berlin, 22. Dezbr. [Der Bezirks-Central-Verein wirkt für die Wahlen. — Neue Zeitungen.] Zu den Vorbereitungen auf die neuen Wahlen will auch der hiesige Bezirks-Central-Verein mit einem Flugblatte, überschrieben „Die oktroirte Verfassung“ das Seinige beitragen. Die Stellung dieses Vereins in unserer Stadt ist immerhin von der Art, daß sein Einfluß auf die Wahlen nicht als unbedeutend angeschlagen werden darf; er ist durch Abgeordnete der verschiedenen Bezirks-Vereine gebildet; die Letzteren vertreten zwar nicht die Majorität ihrer Bezirke, aber sie bilden unter dem Scheine, daß sie der eigentlichen politischen Parteirichtung fremd wären,

doch meist den Sammelplatz der zu demokratischen Gesinnungen hinneigenden Bezirksgenossen. Auf diesen Grundlagen errichtet, bildet der Bezirks-Central-Verein für Berlin den Mittelpunkt eines nicht unbedeutenden politischen Netzes, mit welchem kluge Taktiker bei den bevorstehenden Wahlen für ihre Partei einen ganz respektablen Fang machen können und werden. Was die vorhin erwähnte Flugschrift betrifft, so geht sie auf die Verordnung vom 6. April und das Wahlgesetz vom 8. April zurück und sucht nachzuweisen, daß jene „gesetzlichen Erungenschaften durch das Ministerium Brandenburg gewaltsam umgestürzt worden sind.“ und zwar hauptsächlich durch die oktroirte Verfassung. Was gegen den Inhalt einzelner Paragraphen in dieser Verfassung angebracht werden kann und ziemlich umständlich und allseitig geschehen ist, das wird hier nun in der Kürze für die Urwähler zur Beherzigung zusammengestellt; es sind dies bekanntlich Bestimmungen der Verfassung in den Paragraphen 110, 49, 108, 57, 105. „Der Titel IX. von den Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden widerspricht, namentlich in den Bestimmungen 2 und 3 so sehr den Anforderungen, welche das Volk an eine freie Gemeinde-Ordnung macht, heißt es in der Flugschrift, daß dadurch auch in kleineren Kreisen eine freie Entwicklung aufs äußerste beeinträchtigt wird.“ — Der Schluß der Darstellung, worin Zweck und Ziel der ganzen Schrift liegt, lautet: „Mitbürger! Wir beschränken uns darauf, Euch diejenigen Punkte der Verfassung vor Augen zu halten, welche am meisten geeignet sind, die Freiheit des Volkes zu gefährden. Ihr habt die Mittel in der Hand, diesen Bestrebungen Ein-

halt zu thun; die bevorstehenden Wahlen geben Euch Gelegenheit, der Regierung zu zeigen, daß Ihr ihre Absichten durchschaut und ihre Pläne vereiteln wollt. Wählet, aber wählet nur die Männer des Volks, die aufrichtigen und festen Vertheidiger seiner Rechte.“ — Von Neujahr ab wird die Berliner Lokalpresse nicht bloß einen Zugang durch die „Neue Berliner Zeitung“ erhalten, welche sich aus der Wochenschrift „Das neue Preußen“ unter der Regide eines Justiz-Kommissarius Namens Kahle herauspuppen wird, sondern man spricht auch davon, daß Hansmann mit dem Plane umginge, ein neues Journal für das anbrechende Jahr zu etabliren. — Die Ereignisse werden wahrscheinlich im nächsten Kreise der Erde um die Sonne so ergiebig und reichhaltig werden, daß es keiner Zeitung an Stoff mangeln dürfte.

[Die Minister beschließen abzudanken.] Die sämtlichen Minister hielten am 18. eine lange Konferenz, in welcher man die Aussichten der nächsten Zukunft einer allseitigen Beleuchtung unterzog. Das Resultat dieser Konferenz ist von der größten Wichtigkeit: es ward nämlich der bestimmte Entschluß gefaßt, daß das Ministerium noch vor den Wahlen zurücktreten solle, und man beschloß von diesem Entschlusse Sr. Majestät sofort Anzeige zu machen. Wir befinden uns in der Lage, diese Nachricht als zuverlässig zu bezeichnen, vermögen jedoch bis jetzt noch nicht genauer anzugeben, zu welchem bestimmten Zeitpunkte dieser Rücktritt eintreten werde, indem darüber etwas Genaueres nicht feststeht, wie es ja andererseits bei den sich gegenwärtig mit Hast drängenden wichtigen Ereignissen leicht möglich ist, daß die-

fer Entschluß durch irgend einen unerwarteten Vorfall überhaupt noch völlig erschüttert werde. Das Ministerium einigte sich alsdann ferner in dem Entschlusse dem Könige schon jetzt bestimmte Nachfolger zu empfehlen, und den Rath zu ertheilen so bald als möglich mit diesen Männern eine Verständigung über die Bedingungen, unter denen sie die Portefeuille's zu übernehmen gewillt wären, eintreten zu lassen. Man glaubte in dieser Beziehung die Aufmerksamkeit des Königs auf den Herrn von Vincke, als den zur Bildung des neuen Ministeriums geeignetsten Mann lenken zu müssen, wobei man denn gleichzeitig an ihn als Minister des Innern, an den Oberlandesgerichts-Präsidenten Wenzel als Justizminister, den ersten Commandanten von Köln, Generalmajor Kaiser als Kriegsminister, und den jetzigen interimistischen Ministerial-Berweser Grafen Bülow als definitiven Minister der auswärtigen Angelegenheiten dachte. Es versteht sich von selbst, daß diese Liste noch nicht als feststehend betrachtet werden kann, sondern nur als ein von den gegenwärtigen Ministern ausgesprochener Wunsch in Betreff ihrer Amts-Nachfolger anzusehen ist. Wir dürfen es jedoch bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß wir ganz bestimmte Anhaltspunkte für die Annahme haben, daß der König dagegen, so unglücklich dies für den Augenblick auch noch klingen mag, für den Fall des Rücktritts des gegenwärtigen Ministeriums allen Ernstes daran denkt, den Herrn von Bodelschwingh wieder in den obersten Rath der Krone zu berufen und ihn mit der Bildung des neuen Cabinets zu beauftragen. Wir müssen, um dieser Nachricht einen Theil ihrer augenblicklichen Unwahrscheinlichkeit zu nehmen, noch ein Wort über die gegenwärtige Auffassung der Dinge in unseren obersten Regionen sagen. Noch vor einem Jahre war der König auf das Tiefste erfüllt von dem Gedanken, daß das Königthum in der Gesinnung und Liebe der ganzen Nation wurzele, die Ereignisse des letzten Jahres bis zu den letzten Vorgängen hinan haben diese Ueberzeugung wesentlich erschüttert, und selbst hier oben der Ansicht Eingang verfaßt, daß Macht und Kraft allein die Stützen der Monarchie in der gegenwärtigen Aufregtheit seien, und daß es also vor Allem darauf ankomme, selbst mit Hintensehung gewisser Volksüberzeugungen unerschütterlich die Rechte und Prærogative der Krone fürder aufrecht zu erhalten. Man bezeichnet die bisherige Annahme, daß ein Ministerium habe abtreten müssen, sobald es in dem Landtage nicht die Unterstützung der Mehrheit mehr gehabt habe, als den hauptsächlichsten Grund des Stands, welches während der letzten Monate über Preußen gekommen sei, und weist in dieser Beziehung auf den Unterschied hin, der zwischen einer constituirenden und einer nach bereits erfolgter vollständiger Abgrenzung der Staatsgewalten zusammenzuführenden constitutionellen Versammlung bestehe; der ersteren gegenüber seien die Minister nichts weiter als die Mandatare der Krone, die der Versammlung als dem Mandatar des Volks gegenüber, die Rechte der Krone wahrzunehmen hätten, die dies aber doch nur vermöchten, insofern sie ganz unabhängig von dem Gefallen oder Mißfallen der Gegenpartei handelten. Man geht in dieser Schlußfolgerung weiter und hebt hervor, daß da auch bei den nächsten Kammern die Revision der Verfassung die hauptsächlichste Aufgabe ausmache, also auch sie gewissermaßen den Charakter einer constituirenden Versammlung tragen werde, es vor Allem darauf ankomme, Männer von anerkannter Hingebung für das Königthum, die, ohne unmittelbare Rücksicht auf die Gunst, die ihnen deshalb vielleicht von Seiten der Versammlung zu Theil werde, als geschickte Anwälte der Krone auftreten, die Vertretung der Interessen der Krone anzuvertrauen. Denkt man sich in diesen Ideengang hinein, so wird man es wenigstens nicht mehr unglücklich finden, daß der König wirklich noch einmal den Herrn von Bodelschwingh den Vertretern des Volks gegenüberzustellen gedenke. (Bes. 3.)

C. B. Berlin, 20. Decbr. [Der Schuldarrest. — Zeitungen. — Börsengerücht.] Die Frage wegen Aufhebung oder Modificirung der bestehenden Gesetze über den Schuldarrest wird jetzt, dem Vernehmen nach, von neuem zur Erörterung gezogen. Es muß als ein Verdienst der durch die Märzereignisse beseitigten Regierung anerkannt werden, daß dieselbe für diese, wie für andere wichtige Zweige der Gesetzgebung mit einer bei ihren Nachfolgerinnen oft vermissten Umsicht, Sorgfalt und Sachkenntniß das erforderliche Material herbeigeschafft und gesichert hat. Schon vor 2 Jahren wurden die Gerichtskollegien zu gutachtlichen Aeußerungen über die Aufhebung des Personalarrestes veranlaßt. Das Kammergericht, welches damals den in neuerer Zeit mehrfach genannten Professor Gneist zum Referenten bestellt hatte, entschied sich für eine durchgreifende Reform. Als Vornemann an der Spitze des Justizwesens stand, wurde, unter Benutzung des reichen Materials und mit Berücksichtigung der Gesetzgebung anderer Länder, namentlich des code de procédure ein Entwurf verfaßt, dessen wesentliche Grundzüge folgende sind: 1) Personalarrest kann nur auf Grund eines Urtheils, welches

darauf erkannt hat, vollstreckt werden; 2) es muß darauf erkannt werden in allen Wechsel- und Handels-Sachen; 3) außerdem nur in einer Anzahl namhaft gemachter Fälle, die sich vorzugsweise auf Forderungen, welche sich auf ein Vertrauensverhältniß reduciren lassen, gründen, und wider der im Inlande nicht angeessene Ausländer; 4) befreit sind nur Minderjährige, Frauen u. dgl.; alle auf den persönlichen Stand des Schuldners gegründete Ausnahmen hören auf; 5) bei Summen unter 50 Thlr. können die Richter, nach Beschaffenheit der Umstände, den Antrag auf Personalarrest unberücksichtigt lassen. — Wie wir vernehmen, ist man in dem gegenwärtigen Justizministerium einer Reform, wie sie unter Vornemann projectirt wurde, nicht abgeneigt. — Nachdem, wie von uns neulich berichtet wurde, die Eigenthümer der „Zeitungshalle“ durch die wider sie angewendete Gewalt genöthigt waren, ihr Unternehmen außer den Grenzen der Brangelschen Zwangsbefugniß von Neuem zu begründen, ist dem stellvertretenden Redakteur Dr. Wolff, auf Veranlassung des Herrn v. Brangel, durch den Polizeipräsidenten mit sofortiger Verhaftung bedroht worden, falls ein Blatt der außerhalb des Belagerungs-Rayons herauszugehenden Zeitungshalle nach Berlin oder in dessen zweimeiligen Umkreis gelangen sollte. — Hier ist eine Probenummer einer neuen politischen Wochenschrift ausgegeben worden, die den Zweck hat, die am Montag nicht erscheinenden Zeitungen zu ersetzen. Das Blatt heißt „der blaue Montag“; es kündigt sich an als „Organ des passiven Widerstandes“ und will die Politik mit Humor behandeln. Es steht zu fürchten, daß Herr von Brangel auf diesen Plan nicht eingeht. — Im Verfolg eines Gerüchts an der Pariser Börse, daß der Papst abgesetzt sei, kommt die 3pct. Rente 2 pCt. und die 5pct. 3 pCt. schlechter und war auch hier heute für Fonds und Eisen-Aktien eine größere Flauheit eingetreten.

* Berlin, 22. Dezember. [Der Verein zur deutschen Zolleinigung. — Telegraphisches. — Uebersiedelungen.] Es ist im hohen Grade zu beklagen, daß die Repräsentanten der deutschen Fabrication sich von dem in Frankfurt a. M. versuchsweise gebildeten Vereine „zur deutschen Zolleinigung“ zurückgezogen und dem Handelsstande das Feld allein überlassen haben, welcher nun freilich ein durchgearbeitetes Resultat seiner Arbeiten geliefert, aber damit eben die größten Schwierigkeiten nicht überwunden hat. Denn der Entwurf zu einem Zolltarif für das vereinigte Deutschland (Hamburg, Geroldsche Buchhandlung) ist zu einseitig aus dem Handelsgesichtspunkte aufgefaßt, als daß wir darin ein Mittel erblicken könnten, Meinung und Verlangen der Fabrikanten dadurch dem kaufmännischen Interesse näher geführt und beide vermittelt zu sehen. Diese höhere Berücksichtigung und ausgleichende Vereinigung so schwer zu versöhnender Ansprüche, werden wir nun also wohl lediglich von der deutschen National-Versammlung und der Centralgewalt zu allgemeinem Nutzen zu erwarten haben. — Dinehin hätte der Entwurf, wenn er consequent abstrakte Prinzipien verfolgen wollte, noch manchen inneren Widerspruch vermeiden können. Wenn er z. B. in der ersten Abtheilung zahlreiche Gegenstände, die uns als Fabrikmaterialien nothwendig sind und die wir von außen beziehen müssen, ganz frei eingehen lassen will, so sehen wir nicht ein, warum er in der zweiten Abtheilung z. B. unter den Droguerie-, Apotheker- und Farbwaaren viele mit Eingangszöllen aufführt die wir eben so wenig selbst produziren und eben so sehr für unsere Fabrication, ja für unser Medizinalwesen dringend bedürfen. Wer plötzlich abstrakt idealisiren will, muß seine eigenen Consequenzen nicht scheuen wie denn ein solcher Tarif wegen der sehr verminderten Zollsätze überall auch noch scharf zur Adoption eines vorherrschenden direkten Steuerwesens hindrängt. In diesem abstrakten Sinn würden wir dann auch in dem Entwurfe das Prinzip vermissen, daß alle Zölle zum Fabrikzweck periodisch regelmäßig zu vermindern sein müßten. Wir wiederholen, daß der Entwurf einerseits die faktischen Schwierigkeiten wohl nicht hinweggeräumt, und andererseits die ideale Abstraktion nicht befriedigt haben dürfte. — Die neueste Nr. des Justiz-Ministerialblattes enthält den Erlass vom 20. November, wonach die Berechnung der Dienstzeit den an Gesechten theilhaftig gewesenen Personen der Feldzug in Schleswig-Holstein als ein Kriegsjahr angerechnet werden soll. Ferner die allgemeine Verfügung vom 13. Dezember 1848, die Atteste für niederländische Unterthanen, bei deren Verheirathung mit dieseitigen Inländerinnen betreffend. — Bei den Ratifikationen der Verträge zwischen Preußen und den Regierungen, durch deren Gebiet die südwestliche elektromagnetische Telegraphenlinie zieht, haben sich Hessen-Darmstadt und Frankfurt die Revision der Nebenbedingungen nach einem dreijährigen Zeitraume vorbehalten. — Durch die Dismembration der pachtlos werdenden Domainen in den östlichen Provinzen unseres Staates möchte wohl manche Uebersiedelung aus dem Westen nach dem Osten veranlaßt werden, da in den rheinischen Gegenden das Grund-

eigenthum schon häufig bis aufs Kleinste getheilt und der neue Ankauf auf gutem Boden theurer als hier und noch weiter östlich zu stehen kommt. Auch zu diesem Ende sind die öffentlichen Bekanntmachungen und Ausgebote jeder Parcellirung höchst zweckmäßig — da von einer durch die Staatshülfe unter der Hand zu bewerkstellenden Uebersiedelung westlicher Kolonien nach dem Osten nicht die Rede ist.

§§ Berlin, 22. Dezember. [Börsengerücht. Ein Preßprozeß.] In der Börse trug man sich heute mit allerlei Gerüchten. Am meisten wurde erzählt, daß die Regierung in Beziehung auf die Präsidentenwahl in Frankreich Vorsichtsmaßregeln ergreife. Es sollen 12,000 Pferde neuerdings angekauft worden sein. Sodann soll General Wrangel das Kommando in der Rheinprovinz erhalten und statt seiner General v. Solomb hierher kommen. Letzterer würde am 1ten Januar den Belagerungszustand aufheben, damit die Vorversammlungen für die Wahlen ungehindert gehalten werden könnten. — Vor der zweiten Abtheilung des Kriminalgerichts (K. G. Rath Busse) fand heute eine höchst interessante Verhandlung statt, die ein Preßvergehen zum Gegenstande hatte, das bisher noch niemals zur richterlichen Kognition gebracht worden ist. Als Angeklagte standen vor den Schranken: der hiesige Buchdrucker-Eigenthümer Eduard Krause und sein Socius, der Abgeordnete zur Nationalversammlung Berends. Als Defensor für beide Angeklagte trat der Ref. Meyen auf. Die Anklage des Staatsanwalts ging dahin, daß unter einer zu den Akten gereichten Druckschrift: „Zweiter Bericht der Petitions-Kommission u. s. w.“, welche in der Offizin der Angeklagten gedruckt sei, die Druckfirma fehle. Krause erklärt u. a., es beruhe in der Notorität, daß unter Druckschriften für Behörden niemals die Firma der betreffenden Druckerei gesetzt werde. Der Angeklagte überreicht hierbei die gedruckte Vorladung des Gerichts, ein Exemplar des hieselbst erscheinenden Fremden-Blattes und ein anderweit für die Nationalversammlung gedrucktes Schriftstück, unter denen sich eben so wenig, wie unter den, dem Gerichte vorliegenden einzelnen Stücken der Gesessammlung, die Firma des Druckers befindet. Herr Krause bemerkt ferner, daß nur er allein und nicht sein Socius Berends, der an der technischen Verwaltung des Geschäfts gar keinen Antheil nehme, sondern nur ein baares Kapital zum Betriebe der Druckerei eingelegt habe, angeklagt werden könne. — Der Staatsanwalt, als welcher der K. G. A. Sterling fungirt, überhebt sich jeder weiteren Ausführung, sondern hält beide Angeklagte, auf Grund des Geständnisses des Angeklagten Krause, eines Preßvergehens für schuldig, und beantragt gegen jeden derselben nach dem oben citirten Gesetze eine Geldbuße von 10 Thlrn., im Unvermögensfalle eine achtstägige Gefängnißstrafe. — Der Vertheidiger beleuchtete in anerkannt gebiegender Weise die juristische Seite der Sache und trug darauf an, seine beiden Klienten für „Nichtschuldig“ zu erklären. Er hob im Eingange seiner Rede namentlich das Ehrenhafte des Geständnisses des Angeklagten Krause hervor, auf welches lediglich gestützt, es dem Staatsanwalt möglich geworden wäre, eine Anklage zu substantiiren, der es sonst an jedem Beweise gefehlt haben würde. — Das Urtheil erging nach kurzer Berathung der Richter, und lautete gegen Krause auf fünf Thaler Geld, ev. viertägige Gefängnißstrafe, gegen Berends dagegen auf Nichtschuldig. Nach den publicirten Gründen hatte der Gerichtshof den vorliegenden Bericht als ein für sich bestehendes Ganze betrachtet, unter dem nach § 3 des Gesetzes vom 17. März d. J. die Firma der Druckerei hätte gesetzt werden müssen. Daß sie bei anderen Druckschriften fehle, könne den Angeklagten nicht von der Strafe befreien, da Jeder vor dem Gesetze gleich sei, und müsse es der Staatsanwaltschaft überlassen bleiben, die in dieser Beziehung vorkommenden Vergehen ohne Unterschied zu verfolgen. Ueber das niedrigste Strafmaß hinauszugehen, wie es der Staatsanwalt ohne Anführung von Gründen beantragt, fand der Gerichtshof nicht für angemessen.

Das Antwortschreiben des Hrn. D.-L.-G. Präf. Gierke an den Hrn. Justiz-Minister lautet:

Die von Ew. Excellenz mir unterm 15. d. M. in Abschrift zugefertigte und gestern zugegangene, inzwischen auch bereits im Staats-Anzeiger abgedruckte Imm. diat. Eingabe von 8 Mitgliedern des Bromberger Ober-Landes-Gerichts würde ich mit dem ihrem Inhalte gebührenden Stillschweigen übergehen, wenn Ew. Excellenz nicht meine Entscheidung über den erhobenen Einspruch ausdrücklich forderten. Die Conscienten scheinen sich in der That in einem solchen Zustande von Erregtheit befinden zu haben, daß ein folgerichtiges Denken und eine juridisch irgend haltbare Deduktion ihnen nicht hat gelingen wollen, und sie daher bemüht gewesen sind, diesen Mangel durch Schlagwörter zu übertragen, welche — ihres injuriösen Charakters ungeachtet — nicht mich bestechen, und deshalb mit Stolz von mir zurückgewiesen worden. — Daß ich bei der ersten Abstimmung über das bekannte Amendement zum Steuerverweigerungs-Antrage mit der Majorität gestimmt habe, ist den Bittstellern auf ihre Anfrage an mich, alsbald nach meiner Rückkehr von einer Reise nach Frankfurt a. M. eröffnet worden. Wenn sie aber hierin einen förmlichen Beschluß erblicken, wenn sie zur Darthung dessen hochverrätherischen Charakters nicht auf juridisch stichhaltige Gründe,

Sonntag den 21. Dezember 1848.

(Fortsetzung.)

ein Bündniß mit den von ihr so vielfach gescholtenen „Schwarzgelben“, deren offenkundiges Ziel ein mächtiges Oesterreich ist, welchem Deutschland nur als zubehöriges Nebenland angefügt werden soll. Und ebensowenig würde es den Vertheidigern der Kirche in ihrer strengsten Form wohl anstehen, wenn sie die Bruderhand denen reichen wollten, welche ganz offen auf die Vernichtung aller kirchlichen Formen in der Religion selbst ausgehen. Wir müssen übrigens hier eine Thatsache berichtigen, die in unserer gestrigen Korrespondenz unrichtig angegeben ist. Wie uns bestimmt versichert wird, haben bei der neulichen Präsidentenwahl die Ultramontanen im zweiten Scrutinium nicht für den Kandidaten der Linken gestimmt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß diese Partei noch zur rechten Zeit das Bedenkliche einer Allianz mit der äußersten Linken einsehen und bald wieder davon zurücktreten werde. Noch eine zweite Berichtigung müssen wir in Betreff des von uns mitgetheilten Programms der Fraktion Jürgens beifügen. Dieses Programm ist nicht, wie mißverständlich angenommen werden könnte, das Programm der vereinigten antiministeriellen Partei; vielmehr will die Fraktion Jürgens in allen Prinzipfragen ihren bisherigen Standpunkt auf der Rechten behaupten, und nur in der österreichischen Frage sich eine eigenthümliche Stellung vorbehalten. — Man ist sehr gespannt darauf, ob und was für ein gemeinsames Programm die neue Koalition aufstellen wird, denn mit dem bloßen Verneinen des Gagernschen Programms wird sie doch nicht debütiren wollen. Der Ausschuss, welcher in seiner Mehrheit die Ansichten der Koalition repräsentirt, muß irgend welche positive Vorschläge machen in Bezug auf die Gestaltung des künftigen Verhältnisses Oesterreichs und Deutschlands; er muß entweder die Durchführung des Gesetzes über die Centralgewalt und die §§ 2 und 3 der Verfassung (nach ihrer zweiten Lesung) auch in Deutsch-Oesterreich, nöthigenfalls mit Gewalt beantragen oder er muß der Versammlung eine Modifikation oder Zurücknahme jener Paragraphen und der Bestimmungen jenes Gesetzes in Bezug auf Oesterreich anempfehlen. Wie sich dem erstgenannten Vorschlage die spezifischen Oesterreicher (die sogenannten „Schwarzgelben“), dem zweiten dagegen die deutschen Oesterreicher und die Linke (welche für die §§ 2 und 3 gestimmt haben) anzuschließen vermöchten, ist freilich schwer zu begreifen; indeß bei der Linken ist kein Ding unmöglich und ihre neuen Freunde werden von ihr lernen müssen, in Punkten der Konsequenz nicht gar zu skrupulos zu sein. — Unverantwortlich ist es, daß in diesem kritischen Momente so viele Mitglieder abwesend sind. Im Angesichte so entscheidender Fragen sollte doch wahrlich jedes Mitglied der Nationalversammlung auf seinem Posten bleiben oder doch so schnell als möglich dahin zurückkehren!

[Die Kaiserfrage.] Der erbliche Kaiser, der lebenslängliche, der zwölfsährige, der Kaiser durch's Loos gewählt, die Trias mit dem Turnus, das Direktorium, der Reichshauptmann, der wählbare Reichsverweser, dies ungefähr waren die Projekte, welche im Verfassungsausschuss vorlagen, und welche er endlich nach langem Disputiren zunächst bei Seite geschoben, um neue Vorlagen zu machen. Der Reichshauptmann, gleichsam nur ein Exekutor des Volkswillens, war ein Produkt der Linken im Verfassungsausschuss gewesen. Das Direktorium ein bairisches. Natürlich war bei diesem, wie bei der Trias, das Verbleiben Oesterreichs bei Deutschland im alten Verhältnisse angenommen. Wie sich die bairische Politik seit dem August geändert hat! Uebermals schien eine Kamarilla ganz artige Pläne auf Salzburg und Tyrol zu haben und liebäugelte nach Frankreich hin, mit nicht undeutlichem Wink, daß Rheinbaiern ihm unbequem liege. Jetzt giebt es für Baiern kein einiges Deutschland ohne Oesterreich mehr und eine unzertrennliche Freundschaft zwischen Oesterreichern und Baiern in ihrer Mehrzahl ist die nächste Folge des Ministeriums Gagern, auf welches das deutsche Volk die letzte Hoffnung seiner Einheitsbestrebungen richtet. (Deutsche Btg.)

München, 19. Dez. [Tagesbegebenheiten.] Viel Aufsehen erregt ein Hirtenbrief des hiesigen Erzbischofs gegen den Deutschkatholizismus. Am Schlusse desselben mahnt der Erzbischof, den Haß gegen die Sünde nicht auf die Sünder überzutragen, sie nicht persönlich zu kränken und zu beeinträchtigen, vielmehr für die Verirrten zu beten, daß sich Gott ihrer erbarme. Auffallend ist, daß dieser Hirtenbrief von dem königlichen Placet gänzlich Umgang nimmt. — Mit Bedauern hören wir, daß der Kutscher des bairischen Gesandten Grafen Spaur, welcher bei der Flucht des Papstes aus Rom eine so edle Hingebung und umsichtsvolle Mitwirkung an den Tag legte, vor einigen Tagen in seiner Wohnung im Gesandtschafts-

hotel zu Rom von zwei Individuen um Mitternacht überfallen und durch drei Messerstiche schwer verwundet worden ist. Einer der Mörder wurde auf entstandenen Lärm durch die Bürgerwache festgenommen. (N. M. B.)

Karlsruhe, 17. Dezbr. [Verhaftung.] In Durlach ist einer von den signalisirten Mördern Lychnowskys, Hoffmann aus Bodenheim, erkannt, arretirt und an die Untersuchungsbehörde in Frankfurt abgeliefert worden. Die Identität der Person ist durch die Narbe einer Schußwunde am linken Arm außer Zweifel gestellt. (Freib. B.)

Darmstadt, 20. Dezember. [Der Papst in Deutschland.] In der Sitzung der ersten Kammer der Stände am 15. Dezbr. stellte Freih. v. Gagern den Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß Pius IX. und den Karbinälen ein einseitiges Asyl, eine verlängerte Residenz in Deutschland angeboten werde und die Einladung in nationalem Sinne von den geeigneten Behörden also an sie ergehe. — Der Antrag wurde an den dritten Ausschuss zur Berichterstattung verwiesen. (Darmst. B.)

Koburg, 18. Dez. [Thüringischer Gesamtstaat.] Die Konferenz von Deputirten der verschiedenen thüringischen Staatsministerien, welche auf Einladung des Reichskommissärs v. Mühlensfels am 15ten und 16ten in Gotha stattgefunden hat, hat zu einem Ergebnis geführt, das hier lebhaft Befriedigung erregt. Man ist über folgende Hauptpunkte übereingekommen: Die thüringischen Staaten treten, unter Beibehaltung ihrer staatlichen Selbstständigkeit, in Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten zu einem Staatenverband zusammen. Gemeinschaftlich zu behandelnde Angelegenheiten sind: Militär, Zoll, Kriminal- und Civilgesetzgebung, Rechtspflege, Gefängnißwesen u. s. w., so wie die Beziehungen zum Reichstag (Staatenhaus) und zum Reichsministerium. Als Organe der Gemeinschaft dienen ein thüringisches Gesamtstaatsministerium und ein vereinigter Landtag. Mit der Abfassung des Entwurfs dieser wichtigen organischen Einrichtungen ist unser, von allen Parteien hochgeachteter Staatsrath Bröhmer von der Konferenz beauftragt worden. (Nürnb. K.)

Hannover, 20. Dezbr. Dem Vernehmen nach sind 8000 Mann Hannoveraner bestimmt, nach Norden gegen die Gränze unseres Vaterlandes zu ziehen. (Hann. B.)

Schleswig, 20. Dez. [Observations-Corps.] Sicherem Vernehmen nach hat die Reichs-Centralgewalt in Veranlassung der Absendung eines dänischen Truppencorps von 6000 Mann von Fühnen nach Alsen beschloffen, daß ein Corps Reichstruppen von gleicher Stärke südlich der Elbe bei Harburg aufgestellt werden soll. Es wird dieses Observations-Corps, welches dem General v. Bonin zur eventuellen Disposition gestellt worden ist, durch die königl. hannoversche Brigade des Generalmajors v. Wynecken und das herzogliche altenburgische Infanterie-Bataillon gebildet werden. Die nöthigen Marschbefehle für die gedachten Heeres-Abtheilungen sollen denselben bereits ertheilt sein.

Oesterreich.

N.-B. Wien, 21. Dez. [Tagesbericht.] Bei der gestrigen Vorberathung der Wahlmänner des ersten Wahlbezirks war der ehemalige Justizminister Graf Laaze Hauptredner, indem er lebhaft die Erwählung des Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg bevorwortete. — Es ist nun entschieden, daß wir in diesem Winter hier keinen Karneval haben werden, indem wenigstens alle öffentlichen Bälle zu unterbleiben haben: ein sehr empfindlicher Schlag für unsere darauf Bezug habende Industrie. — Gestern wurden hier vier deutsche Zeitungen mit Beschlag belegt: die Wefeser, Frankfurter, deutsch-allgemeine, der deutsche Beobachter. Es heißt, daß die Wefeser-Zeitung ganz und gar verboten werden soll. Eine Deputation der konservativen ungarischen Partei hat sich nach Olmütz begeben, um bei dem Kaiser Audienz zu nehmen. Letztere wurde jedoch nur unter der Bedingung zugestanden, daß weder von Ungarn noch von Politik hiebei die Rede sein dürfe. — Der gegenseitige Racenhass erzeugt in Siebenbürgen Gräuelszenen, welche man in diesem Jahrhundert für nicht mehr möglich erachtet hätte. — Man will wissen, daß bei der Einnahme von Pesth mit weit größerer Strenge gegen die Schuldtragenden, als bei jener Wien's verfahren werden soll. — Ministerialrath Fischhof hat vor mehreren Tagen seine Stelle als solcher definitiv niedergelegt. — Bei dem unverzinslichen Darlehen von 20 Millionen, welches die Finanzverwaltung von der Bank aufgenommen hat, ist dieser die Bedingung aufgelegt worden, 8 Mill. hier-

von in Silber herbeizuschaffen. Dies ist nun schon beinahe zur Hälfte in Ausführung gebracht worden. Einer der schlagendsten Vorwürfe, welcher die Bank trifft, ist wohl der, daß, nachdem sie ihrer ursprünglichen Bestimmung nach sich schon viel zu tief mit dem Staate eingelassen hatte, sie die gute Gelegenheit nicht wahrnahm, um sich bei dem Jahre lang bestandenen hohen Course der überantworteten Staatspapiere derselben zu entledigen. — Der Dper ist nun endlich die Konzeffion gemacht worden, die „Hugenotten“ nach dem ursprünglichen Texte und nur mit Hinweglassung einer religiösen Prozeffion zu geben. — Durch eine Verfügung des Unterrichtsministeriums werden die hiesigen Schulpräparanden zum Turnen angewiesen und hiezu eine bereits früher errichtete Privat-Turnanstalt bestimmt. — Willy Beck, einer der Redakteure des durch Karrikaturzeichnungen bekannt gewordenen „Wiener Charivari“ ist dieser Tage eingezogen worden. — Seit einigen Tagen werden diejenigen, welche an den Hüften kurze Federn tragen, zur Haft gestellt, da man Grund hat, gewisse Abzeichen hierin zu erblicken. — Die Besetzung Raab's hat sich bisher noch nicht bestätigt. — Der bekannt gewordene Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes findet sowohl wegen seines Inhalts, als wegen seiner höchst weitläufigen Form entschiedenen Widerspruch. In der Erlaffung des bereits mitgetheilten neuen Rekrutirungsgesetzes unter der Firma eines Provisoriums wird eine sehr auffallende Umgehung des Reichstages erblickt.

Kremsier, 21. Dezbr. [Sitzung des Reichstages vom 20. Dezember.] Vorsitzender: Präf. Smolka. Auf der Ministerbank: Thinnfeld, Bach, Stadion. Der Präsident zeigt an, daß der Konstitutions-Ausschuss die Berathung über die Grundrechte geendigt, und daß sie dem Drucke bereits in der neuen Fassung übergeben worden, und bereits Nachmittag zu haben sein dürften. — Sodann werden mehrere Interpellationen verlesen. Die Minister, welche sie betreffen, sind jedoch abwesend. Es wird dreimal über die Wahl eines Präsidenten abgestimmt. Endlich fällt die Wahl auf den Abgeordneten Strobach mit 166, der Abgeordnete Smolka erhielt 157 Stimmen. — Der Abgeordnete Strobach wird somit vom ehemaligen Präsidenten Smolka eingeladen, den Präsidentenstuhl einzunehmen. Strobach dankt für das ihm hierdurch bewiesene Vertrauen, und glaubt den Grund einer Wiederwahl in der Anerkennung zu finden, die ihm gezollt wurde in Folge seines Serebens, allen Parteien und allen Nationalitäten gegenüber Gerechtigkeit zu üben. Er übernehme das Ehrenamt mit um so größerem Vergnügen, als die Versammlung jetzt an die Berathung der Konstitution gehe. (Beifall.) Der Präsident Strobach fordert hierauf zur Vornahme der Wahl des ersten Vicepräsidenten auf. An der Abstimmung nahmen Theil 233 Abgeordnete. Die absolute Majorität beträgt 117 Stimmen; hiervon erhält Doblhoff 213. — Doblhoff besteigt die Tribune. (Stürmischer lange anhaltender Beifall.) Meine Herren! Ich habe an Ihren parlamentarischen Arbeiten bisher so wenig Theil nehmen können, daß ich von dem Resultate der Wahl überrascht bin; jedenfalls war es eine freudige Ueberraschung. Ich glaube in dem mir geschenkten Vertrauen Ihre Ueberzeugung zu erkennen, daß ich in jeder Lage, in jeder Stellung, aus allen meinen Kräften bestrebt sein werde, zum Wohle unseres Vaterlandes beizutragen. (Beifall.) — (Um 4 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Morgen: erste Lesung der Grundrechte und zweite Lesung des Finanz-Ausschuss-Berichtes.)

Olmütz, 20. Dezember. Mit dem gestrigen Mittags-Train langte ein Transport von 792 ungarischen Gefangenen im hiesigen Bahnhofe an, bestehend aus ungarischer National-Garde, Militär und Honved, darunter 10 Offiziere. Sie wurden mit Ausschluß der zum Erzherzog Ernst Infanterie-Regiment gehörenden Militärs, die nach Olmütz kamen, in die Festung Josephstadt abgeführt. (Olm. Bl.)

Brünn, 21. Dezbr. Vorgestern ging mit dem Nachmittags-Train eine Division vom k. k. Infanterie-Regiment „Schönhals“ nebst einer halben Batterie von hier ab. Nach Einigen ist die Expedition nach Göding, nach Andern aber nach Jablunkau bestimmt.

Teschen, 18. Dez. [Kampf mit den Ungarn.] Gestern den 17ten d. M. verbreitete sich hier ein plötzlicher Schrecken, dessen Grund ein Einfall der Ungarn sein sollte. Er wurde vermehrt durch mehrere Flüchtlinge aus dem Städtchen Jablunkau, welche ihre Habseligkeiten in Teschen sicherstellen wollten. Schon wurde an vielen Orten gepackt und sich zur Flucht angeschlossen. Erst gegen Abend kam beruhigendere Kunde, sie ist aus ganz verlässlicher Quelle, und so hörten wir im Wesentlichen Folgendes. Als die mobile Kolonne des Oberstlieutenants Frischeisen, verstärkt durch d

Freischaaren-Corps, die ungarischen Mobilgarden und einiges Militär, das eingereicht war, bis Budatin zurückgedrängt hatten, kam es zwischen diesem Orte und Silain zu einem Gefechte, welches von 1 bis 7 Uhr Abends dauerte. Die Ungarn hatten mehrere Kanonen, von Seite der mobilen Kolonne wurde mit congruvischen Raketen gefeuert. Da sich die Zahl der Mobilgarden in Silain immer vermehrte, zog es die mobile Kolonne vor, an die schlesische Grenze zurückzugehen, wozu noch beitrug, daß das ganz sterile Land nicht die Mittel hat, eine größere Zahl Militär zu erhalten. Hier wurde Posto gefaßt, und Mosty und Jablunkau besetzt. Bei ersterem Orte befindet sich das Jablunkauer Fort, welches ehemals dazu diente, die Straßen aus Ungarn zu bestreichen, auf welcher diese unholden Nachbarn gern hereinbrechen, um zu rauben. Es dominiert die ganze Gegend, ist jedoch jetzt im schlechtesten Zustande, rechts von demselben liegt die alte Straße, links die im sogenannten Podeschwathale. In diesem, welches ein breiteres Defilé bildet, stehen nun die Streiträfte der mobilen Kolonne, ohne nun weiter beunruhigt worden zu sein, als Nachts durch Patrouillen der Ungarn, die sich unter dem Kommando zweier Grafen in dem von der mobilen Kolonne verlassenen Czacza festgesetzt und ihre Vorposten bis zu dem auf dem halben Wege gegen die schlesische Grenze gelegenen Dorfe Swrczinowec vorgeschoben haben. In Czacza selbst sollen sie Barrikaden erbaut und Batterien aufgeworfen haben, wo sie ihre 11 Kanonen, wie es verlautet, aufstellen wollen. Das Verschanzen in Czacza scheint eher die Absicht, sich schützen zu wollen, als einen Angriff zu verrathen. Ihre Zahl wird auf 3 bis 4000 angeschlagen, jedoch sollen fortwährend Streiträfte zuziehen. Vor der Hand scheint die Gefahr eines Einfalles noch nicht zu besorgen zu sein, und wurde nur von böswilligen Menschen ausgesprengt, denen daran liegt, Unordnung zu verbreiten. Leider giebt es deren überall, ja sogar solche, die sich nicht scheuen, für das feindselige Ungarn Interesse zu nehmen.

P. S. Bereits wurde die mobile Kolonne durch Artillerie und Infanterie verstärkt, und wird auf diese Art sich eher für den Angriff, als die Defensiv entscheiden, wo dann der Erfolg unzweifelhaft ist, besonders wenn, wie es verlautet, der Hauptangriff aus dem Marchfelde erfolgt ist. (Brünner, 3.)

**** Von der ungarischen Grenze, 20. Dezbr.** Die Szeklerstühle Esik, Györgis und Keszon haben ihre Unterwerfung eingesendet, jedoch unter gewissen Bedingungen, was jedoch vom General Puchner, getreu dem Grundsatz, mit Rebellen keine Unterhandlungen zu pflegen, abgelehnt ward. Puchner begehrt unbedingte Unterwerfung, gänzliche Entwaffnung, Auslieferung der Häufsführer und Rückstellung des geraubten Gutes, kein Zweifel, daß sich die Szekler-Grenzer dazu verstehen werden und dann verbleibt nur noch ein Theil des Udvarhelyer Stuhles und die Heromßel im Aufstande gegen die kaiserliche Fahne. — Aus Galizien sind sehr viele polnische Emigranten, deren tägliches Brod die Revolution ist und eine bedeutende Anzahl junger Leute von abenteuerlicher Gesinnung nach Ungarn geströmt, wo sie gegen die k. l. Truppen sehten und zwar wird ihnen das Lob besonderer Tapferkeit gespendet, wodurch sie gegen die Magyaren nicht wenig abstechen sollen. Ueberhaupt scheint der Ruhm ritterlicher Tugenden, den die ungarische Nation einst in hohem Grade genoss, durch die jüngsten Vorgänge sehr zu leiden und wenn die Insurgenten im Parteigängerkrieg nicht mehr Energie entfalten, als bisher, so haben sie sich auf Jahrhunderte um ihr Ansehen gebracht. — Der slovakische Landsturm, der indeß nicht sehr zahlreich ist, wird auf Befehl des Fürsten Windischgrätz militärisch besoldet und leistet gute Dienste, doch würde die Erhebung en masse in Ober-Ungarn weit allgemeiner sein, wenn nicht die Truppen des Generals Simunich, namentlich im Trentschiner Komitat, in einer Weise gewirksam hätten, welche das Landvolk etwas stutzig machte. — Gefangene Oesterreicher werden von den Ungarn gut behandelt, Kroaten aber ohne Barmherzigkeit erschossen; dafür wüthen aber auch die Letzteren überall, wo man ihnen nur den Zügel schießen läßt, in grausamer Weise und namentlich dürfte das schwergeprüfte Wieselburg von den Heldenthaten des 1. Armeecorps zu erzählen wissen. Heute wird mit Bestimmtheit erzählt, daß Raab von den k. l. Truppen bereits besetzt sei und die Festung Komorn, in der sich ungeheure Kornvorräthe befinden, ist von zwei Brigaden umzingelt. Die Vorposten stehen bei Gran an der Donau.

*** Wien, 21. Dezbr.** [Vom ungarischen Kriegsschauplatz.] Die heutigen Nachrichten vom Kriegsschauplatz aus Ungarn melden: Die Truppen des Banus rückten bis in die Verschanzungen bei Raab vor. Heute dürften diese genommen werden. Die Magyaren flüchten sich von allen Seiten und führen bereits ihr schweres Geschütz gegen Pesth ab. Von Nord-Ungarn ist die Nachricht eingetroffen, daß die Truppen des FML. Schlik ohne Schwertstreich bis Miskolcz vorgedrückt sind. Im südlichen Ungarn haben die Serben und Raizen am 14ten Werscheß genommen. Weniger günstig lauten die heutigen Nachrichten

aus dem Banat, indem die aus Siebenbürgen zurückziehenden Magyaren Alles verwüsten und Drsova, Pancsova und selbst Arad bedrohen.

*** Breslau, 23. Dezbr.** Die Wiener Post ist heute wiederum ausgeblieben.

Italien

Rom, 11. Dez. [Die provisorische Regierung ist proklamiert.] Sie besteht aus dem Senator von Bologna und dem Gonfaloniere von Ancona. Der Papst ist von seinem weltlichen Throne als abgesetzt erklärt. Nach Fassung dieser Beschlüsse durch den Ausschuss der Deputirten-Kammer hielt der Minister Sterbini eine Rede an das Volk, in welcher er ihm die Beschlüsse vorlas und erklärte, daß der Papst zwar als erster Bischof der Kirche nach Rom zurückkehren dürfe, aber allen seinen Kardinalen und Prälaten sei der Zugang nach Rom verweigert. Das Volk jauchzte diesen Beschlüssen seinen Beifall zu und zog durch die Straßen mit dem Rufe: „Tod dem Papste! Tod den Kardinalen! Es lebe die italienische Republik!“

Parma, 9. Dez. Zweihundert Pontonniers sind im Begriff, über den Po in unserer Nähe eine Schiffsbrücke zu schlagen, die den Eintritt eines österreichischen Corps von 15,000 Mann erleichtern soll, das sich gegen Bologna oder selbst bis Pianaro in Bewegung setzt.

Turin, 15. Dez. [Neues Ministerium.] Karl Albert hat das von dem Demokratenhaupt Gioberti gebildete Ministerium genehmigt. Das neue demokratische Ministerium besteht aus folgenden Personen: 1) Gioberti, Conseils-Präsident, ohne Portefeuille; 2) Sineo, Justiz; 3) Ratazzi, Inneres; 4) Ricci, Finanzen; 5) Montezimolo, öffentliche Arbeiten; 6) Durini oder Paleocapa, Ackerbau und Handel; 7) Virio (Bruder des designirten pariser Ministers gleichen Namens), Unterricht; 8) La Marmora behält Krieg und Marine.

Genua, 11. Dez. [Aufstand.] Gestern, als an dem 102ten Jahrestage der Befreiung Genua's von der feindlich österreichischen Besatzung während des Erbfolgekrieges fand hier eine Wiederholung des festlichen Gepranges statt, womit dieser Tag im vergangenen Jahre nach Verlauf von 101 Jahren zum erstenmal gefeiert worden. So wie im verfloffenen Jahr, so war auch gestern das Ganze nur ein zu durchsichtiger Vorwand zu neuen Volksversammlungen und politischen Demonstrationen. Während im vorigen Jahre aber die Theilnahme aller Klassen und Geschlechter ungemein zahlreich war, wohnten gestern meist nur Bürgergarden und Proletarier der Profession bei. Musik und Gesang begleiteten den Zug auch diesmal, und die zahllose Menge von Fahnen war kaum geringer als damals, doch waren die Mottos auf denselben sehr verschieden. Die von Viva Carlo Alberto! Viva Pio IX., Leopold II. etc. waren alle verschwunden, und an ihrer Stelle las man gestern die von Viva l'Italia unita, Viva la Costituente Italiana! Viva il Popolo Sovrano! etc. Obgleich der Bürgermeister durch öffentliche Anschlagzettel zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe und besonders zur Enthaltung von lautem Schreien ermahnt hatte, war letzteres ganz ausgelassen wild bei der Rückkehr des Zuges in die Stadt, nachdem die wenigen obrigkeitlichen Personen, die an demselben Theil genommen, sich mit Ausnahme des Marquis Pareto, Generals der Bürgergarden, bereits zurückgezogen hatten. Viva la Costituente Italiana! Viva la giovini Republica di Roma! Viva il Popolo Sovrano. Abasso il Principa. Abasso l'Aristocrazia! Morte al Ministerio Pinelli! und dergleichen mehr erschallen durch alle Straßen. Der Zulauf der Menschen war sehr groß. Der Vorabend verlief so ziemlich ruhig. Gegen 8 Uhr Abends jedoch füllten sich die engen Straßen mit zahllosen Massen von wilden Schreibern, die sich unter wildem Getöse nach dem Gouvernementshause drängten. Alle nur denkbaren Rufe erfüllten die Lüfte, doch stets wiederkehrend war der Refrain von Abasso Pinelli! ein Geschrei, welches um so überflüssiger war, als dieser geachtete Staatsmann schon vor zehn Tagen seine Demission eingereicht und die Staatsgeschäfte nur interimistisch fortgeführt hat, bis sein Nachfolger ernannt worden ist. Vor dem Gouvernementshause angelangt, rief die tobende Menge den General-Intendanten heraus, welcher jedoch sich wenig bereit zeigte, die Ehre dieses Besuches anzunehmen. Das Militär eilte herbei; zugleich aber auch der General der Bürgergarden, Marquis Pareto, den eine Volks-Deputation zur Stelle geschafft hatte. Sobald dieser auf dem Platze erschien, erhob sich wieder ein unbändiges Geschrei nach dem Intendanten, welcher endlich an einem offenen Fenster erschien und fragte, wer da sei? Der Marquis Pareto! war die Antwort. „Kenn ich nicht,“ erscholl es von oben. „Der General der Bürgergarden,“ erwiderte Pareto; „kenn ich noch weniger,“ erscholl es wiederum von oben. Zugleich ertheilte der Intendant der versammelten Menge die Weisung, sich auf Gefahr des Lebens auseinander zu begeben. „Wir wollen, daß Ihr sogleich eine Staffete nach Turin sendet

und den König wissen lasset, daß das Volk von Genua den Minister Pinelli nicht länger dulden will,“ schrie man nun dem Intendanten hinauf. Dieser erwies dersehr gelassen, daß die Wünsche des Volks stets Beachtung finden würden, daß jedoch diese Art, sie vorzutragen, nicht gefällig sei, und indem er das Volk nochmals ersuchte, sich zu zerstreuen, zog er sich vom Fenster zurück. Der Tumult wuchs mit jedem Augenblick. Pareto zog sich mit Noth ins Opernhaus zurück und versprach vom Balkon herab, daß er selbst sogleich eine Staffete nach Turin schicken wolle. Zu gleicher Zeit gab er den Befehl, Generalmarsch schlagen zu lassen. Das Volk rief wüthend: Zu den Waffen! Etwa zwanzig Carabinieri sprengten auf den gedrängten Haufen ein und säbelten rechts und links, wobei mehrere Individuen leicht verwundet und einige arretirt wurden. Mit wildem Geheul und Mord- und Zetergeschrei floh das Volk in die engsten Gassen. Gegen 2000 Bürgergarden waren in wenigen Minuten versammelt, und viele Männer und Weiber vom Volk kehrten, mit Hacken, Hauen, Sichel und Messern bewaffnet, zur Stelle zurück. Die Glocken der Kirche Sta. Maria delle Vigne klangen an Sturm zu läuten; bald folgten alle Glocken der Stadt. Gegen achtausend Mann Truppen rückten plötzlich aus. Verrath! Verrath! erscholl es unter dem Volke. Zu den Barrikaden! riefen tausende von Stimmen. Militär und Bürgergarden standen bald einander gegenüber und blieben so mehrere Stunden lang, bis endlich die moralische Gewalt von 8000 Mann die 2000 Bürgergarden überzeugt hatte, daß es am gerathensten sei, das Volk zur ruhigen Heimkehr in ihre Wohnungen zu bewegen, was auch noch vor Mitternacht stattfand. Diesen Morgen ist die Stadt in gewöhnlicher Regsamkeit. Auf heute Abend ist zwar die Wiederholung dieses Schauspieles mit verschiedenen Zusätzen angesetzt, doch glauben Wenige daran. (Schweiz. Bl.)

Frankreich

Paris, 19. Dezbr. [Die Proklamirung des Präsidenten] wird, wie man glaubt, schwerlich schon übermorgen stattfinden können. Es fehlten nämlich heute Mittag noch die Protokolle von fünfzehn Departements. Außerdem will die National-Versammlung auch vorher noch das Verantwortlichkeits-Gesetz beraten. In den Faubourgs erneuern sich wieder Gerüchte von Gelüsten nach einem Aufstands-Versuch bei Gelegenheit der Proklamirung Bonaparte's. Andererseits heißt es aber, daß man dem neuen Präsidenten drei Monate Zeit zu lassen Willens sei, um seine Pläne zu verwirklichen. Es wäre denn, daß er etwa gegen die Italiener einschreiten wollte, in welchem Fall die Pariser Demokratie sich sofort zu erheben beabsichtige. Der National beschwört heute alle Republikaner, sich zu einigen und nicht zu gestatten, daß man die National-Versammlung auflöse, ehe sie die organischen Gesetze vollendet habe, die sie noch gar nicht angefangen. Dagegen werden von den Legitimisten in den Departements zahlreiche Petitionen veranstaltet, welche die Auflösung der National-Versammlung betragen. Eine derselben lautet: „An die Volksvertreter des betreffenden Departements. Bürger, Vertreter! Wir ernannten Euch, um eine Verfassung zu machen. Euer Mandat ist erfüllt. An uns ist es jetzt, zu prüfen, ob Ihr es unseren Absichten gemäß erfüllt. Ihr habt Euch von neuem dem allgemeinen Stimmrecht zu unterwerfen. Indem Ihr noch in der National-Versammlung verweilt, überschreitet Ihr — das erklären wir Euch hiermit — Eure Vollmacht und begeht eine Handlung der Usurpation. Wir laden Euch daher ein, sofort Euer Amt als Volksvertreter niederzulegen.“ Man spricht jetzt von einer bevorstehenden Vereinigung der Parteien des Palais National und der Rue Laitbout; Armand Marrast wollte gute Miene zum bösen Spiele machen und, so sauer es ihm werde, das Programm des Berges unterzeichnen. Was das Verhältnis zwischen den Mitgliedern des Cavaignacschen Kabinetts und den als die künftigen Minister Louis Bonaparte's bezeichneten Männern betrifft, so haben Personen, welche in die Ministerien Zutritt haben, bemerkt, es sehe aus, als ob zwischen beiden Parteien die beste Harmonie herrsche; Hr. Passy arbeite mit Hr. Trouvé-Chauvel, Hr. Dufaure mit Hr. v. Mazleville, Hr. Vivien mit Hr. Faucher, Hr. Bastide mit Hr. Drouyn de Lhuys und Hr. Freslon mit Hr. Falloux auf das vertraulichste. Louis Bonaparte soll Hr. Bastide, dem jetzigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Gesandtschaftsposten angetragen, dieser ihn aber ausgeschlagen haben, da er an der Brust leide. In Vice-Präsidenten der Republik, heißt es, wolle der neue Präsident die Herren Lamartine, Bedeau und Bugeand vorschlagen. Auch geht das Gerücht, er beabsichtige, den Bourbonen die Rückkehr in ihr Vaterland zu gestatten. Die Liberté, bisher ein den Bonaparte's ganz ergebenes Blatt, tritt bereits tabelld gegen Louis Bonaparte auf, indem sie mit der Wahl seiner Minister aus Männern der Regierung Ludwig Philipps nicht einverstanden ist.

Schweiz

Von der Schweizergränze, 17. Dez. [Ausweisungen.] Als Thatsache können wir anführen,

daß Löwenfels, Neff und Thielemann, die sich als Führer beim zweiten Freischaaenzug betheiligt, und in letzter Zeit in Dornach aufgehalten haben, aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft ausgewiesen sind; ferner vernahmen wir, daß in den letzten Tagen die Flüchtlinge, welche sich in den Kantonen Basel-Land und Aargau an der Gränze aufgehalten hatten, ihre bisherigen Aufenthaltsorte verlassen haben. (Freib. Z.)

Lokales und Provinzielles.

**** Breslau, 23. Dez.** [Die Deputation des schlesischen Handwerkervereins.] Da in der erschienenen Verfassungs-Urkunde die Verhältnisse des Handwerkerstandes ganz unberücksichtigt geblieben waren, so fühlte sich das Comité des schlesischen Central-Handwerker-Vereins gedrungen, unmittelbar bei Sr. Majestät dem Könige und bei dem Staatsministerium Schritte zu thun, welche auf eine Beruhigung der bekümmerten Handwerker hinwirken sollte. Es bezog sich in Folge dessen eine Deputation nach Berlin, bestehend aus den Herren Ludewig, Bäckermeister und Stadtrath, Löschburg, Schneidermeister, Rother, Schmiedemeister, Moëke, Literat, Wunderlich, Tappetirergeselle, Leuschner, Tischlergeselle, Hillebrand, Schornsteinfegergeselle, und Steeg, Tischlergeselle. — Dieser Deputation schlossen sich in Berlin noch Deputirte von Berliner Gewerken und aus der Provinz Sachsen an.

Montag den 18ten früh 10 Uhr wurde die Deputation in Potsdam zur Audienz bei dem Könige zugelassen. Nachdem Stadtrath Ludewig die Anrede an den König gehalten, unterhielt sich Sr. Majestät mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation, und gab ihnen die Versicherung, daß baldigst Alles geschehen werde, was zum Heile des Handwerkers dienen könne. — In der vom Stadtrath Ludewig dem Könige vortragenden Adresse war die Bitte ausgesprochen: „Alzlerhöchstdieselben wollen Ihr konstitutionelles Ministerium mit der Anordnung des von uns ganz gehorsamst beigelegten Interimistikums zu beauftragen geruhen.“ — Dieses vorläufige Geses würde so lange, bis die neu zu berufenden Kammern eine vollständige Gewerbeordnung für ganz Deutschland angenommen haben, der Rettungsanker für die dem Schiffbruche nahen Gewerke sein.“ — Der König entließ die Deputation mit den Worten: „Hoffen Sie, meine Herren, auch ich habe Hoffnung.“ — Die Deputation machte an demselben Tage noch ihre Vorstellungen bei dem Minister des Handels, Herrn v. d. Heydt, der ihr eröffnete, daß noch vor dem Zusammentritt der Kammern aus allen Provinzen Handwerker, Meister und Gesellen, einberufen werden sollen, um ihnen die Vorarbeiten vorzulegen und ihr Urtheil darüber zu vernehmen. — Eben so erhielt die Deputation vom Minister-Präsidenten Grafen v. Brandenburg die besten Hoffnungen, als sie ihm vor der Abreise den Dank dafür abstattete, daß er ihr so schnell die Vorstellung bei dem Könige bewirkt hatte.

Leider erfahren wir nun nach Rückkehr der Deputation, daß im Schooße derselben in Berlin ein Zwiespalt entstanden ist, der sich nun auch hier fortzusetzen droht. — Die beiden Deputirten Steeg und Hüllbrand sind nämlich in Potsdam vor der Audienz aus der Deputation ausgeschieden, als sie erfuhren, daß in der zu überreichenden Adresse dem Könige Dank für die Verfassung ausgesprochen werden solle. In der Bekanntmachung über diesen ihren Schritt berufen sie sich darauf, daß der Deputation Seitens des Comité's strenge vorgeschrieben war, „nichts mehr und nichts weniger zu thun, als die Beschwerden resp. Forderungen der Gewerke zu Gehör zu bringen.“ — Die beiden erwähnten Deputirten sagen ferner, daß die Deputation sich in Berlin schon dahin geeinigt hatte, die Adresse folgendermaßen beginnen zu lassen: „So dankbar es vom Lande anerkannt wird, daß Ew. Majestät dem Volke eine Verfassung verliehen, so wird es doch schmerzlich von uns empfunden, daß wir darin vergessen sind u. s. w.“ — Die in Potsdam zur Unterschrift vorgelegte Adresse wäre aber nicht die in Berlin berathene und beschlossene gewesen, sondern eine Dankadresse. Die beiden Deputirten hätten sich daher genöthigt gesehen, sich von der Deputation loszusagen, indem sie dieselbe von dem schlesischen Handwerkerverein nicht für ermächtigt hielten, eine Dankadresse zu überreichen.

Dieser Zwiespalt führte nun in der jüngsten Sitzung des Comité's zu leidenschaftlichen und heftigen Erörterungen. Stadtrath Ludewig gab den Bericht über den Erfolg der Deputation und theilte mit, daß es in dem Briefe, den er und Löschburg vom Minister-Präsidenten erhielten, geheißen habe: „Die Deputation werde Morgen 10 Uhr Audienz haben zur Ueberreichung einer Dankadresse, — in einem andern Falle aber nicht.“ Dies wäre die Veranlassung gewesen, die bereits beschlossene Adresse aufzugeben und eine andere anzufertigen. — Steeg macht darauf geltend,

daß die Deputation von dem Comité lediglich beauftragt gewesen sei, eine Beschwerde vorzubringen aber keinen Dank, und wenn sich die Meister auf den ihnen von den Altmeistern noch besonders ertheilten Auftrag berufen, so könne er ihnen doch nicht das Recht zugestehen, an einer schon genehmigten Adresse auch nur eine Silbe zu ändern. — Löschburg beruft sich auf den Brief des Grafen Brandenburg, dem man Folge leisten mußte, um Alles mit Berlin zu vollenden. Die Demonstration sollte eine sociale und keine politische sein, und deshalb mußte die politische Ansicht ausgegeben werden. — Der Vorsitzende Weiß entschuldigt die Deputation, da sie ohne Dankadresse nichts für die Handwerker hätte ausrichten können. — Nach langer Debatte trennt sich die Versammlung endlich unter großer Aufregung. — Unter dem heutigen Datum haben nun die Gesellen Weiß, Wunderlich und Leuschner einen Aufruf an alle Gesellen Breslaus erlassen, in dem sie dieselben auffordern, wenn sie nicht taub gegen die Stimme der Vernunft und ruhigen Besonnenheit, nicht fühllos gegen das Elend der Handwerker seien, sich von der Erklärung nicht abhalten zu lassen, „daß sie mit dem Verfahren der zwei Brüder, die die Fackel der Zwietracht unter fremdem Einfluß in den Brüderbund geworfen: nicht einverstanden sind.“ — Das Resultat der Deputation, welche in Berlin war, sei ein so schönes, und die Hoffnungen, zu denen es berechtigt, hätten mehr Grund für sich, als die vor vier Monaten gehegten. Sie mögen ihre Erklärung in die Hände Derer geben, denen sie vertrauen können, und wieder einig und stark sein, der Stand sein, der da schafft und nicht zerstört.

Wir können nicht unterlassen, diese Zeilen mit dem Wunsche zu schließen, daß der schöne Verband der schlesischen Handwerker recht bald über jede Zwietracht hinweg zur früheren Einigkeit gelangen möge.

**** Breslau, 23. Dez.** [Eine Weihnachtsschau.] Wir bitten die Leser, diese Ueberschrift nicht in dem Sinne zu nehmen, als wenn wir mit unserm Artikel in der That eine Beschreibung der Buden und Ausstellungen des Weihnachtsmarktes geben wollten. Spielwaaren und Pfefferkuchen, dieses Eldorado der Kinder, bilden, wie immer, auch dieses Mal, die breitesten Grundlagen des Christmarktes. Hier ist's beim Alten geblieben, ist auch die Welt nach so vielen Richtungen hin aus ihren Fugen gewichen. Ich will daher nur eine kurze Betrachtung über die feiertäglichen Stimmungen zu geben versuchen, die Jung und Alt so geschäftig treiben, und ich habe sie deshalb gerade bis zum Feste selbst aufgespart.

Außer dem zahlreichen Heere der Kinder, sind es gewiß die Waarenverkäufer, die zumeist das Fest mit Erwartungen und Hoffnungen begrüßen. Ich meine nicht die reichen Großhändler, die heute befriedigt, morgen nur mit um so größeren Erwartungen erwachen. Jene nur meine ich, die auf den kleinen Gewinn des Christmarktes seit Monaten mit Sehnsucht warten, und denselben, gleich den Kindern, als Christgeschenk empfangen. Dort die schöne Blumenverkäuferin, die im Stillen schon über die Verwendung des geringen Verdienstes nachsinnt, der ihr endlich den heißen Wunsch erfüllen helfen soll, in diesem oder jenem Püze vor dem Geliebten zu erscheinen, oder ihn selbst mit einem zierlichen Geschenke zum Feste zu überraschen! Der Frost macht ihre Glieder erstarren, aber mächtiger ist des Herzens Trieb, und sie ordnet unverdroßsen die sauber gearbeiteten Blumen und Kränze und redet freundlich den Käufern zu. — Hier hinter dem Walde der Weihnachtsbäume die alten, zusammengeschrumpften Gestalten, die den Erlös zu einem warmen Kleide gegen den strengen Winter zu verwenden gedenken! Ihnen ist dieses grüne Nadelholz der wahre Hoffnungsbaum, und weit hoffnungsvoller, als das lebendige Grün der frischen Frühlingsblätter. — Jener Mann dort hat seine Bude mit der Tricolore der deutschen Einheit geschmückt, um die Patrioten zu locken. Wenn er seine Hoffnung nur nicht auf Sand gebaut! — Hier das junge Mädchen mit dem unschuldsvollen Blicke, das Puppen zum Verkaufe anbietet, die ihm fast an Größe gleichen, und mit denen es vielleicht weit eher spielen, als sie verkaufen möchte! Aber die Mutter hatte ihr eingeschärft, daß sie aufmerksam den Verkauf betreibe, und so bietet sie emsig feil und ruft herbei die Vorübergehenden, unermüdet die Schönheit ihrer Geschwister rühmend, um der Mutter Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen. — So hoffen sie Alle bis zu dem Augenblicke, wo der Weihnachtsabend die dunkeln Schatten ausbreitet und die Straßen still und leer werden. Möchte ihnen Allen die Hoffnung auch zur Wahrheit geworden sein!

Wenden wir nun unsere Aufmerksamkeit der wogenden Menge der Käufe zu. Auf und ab strömt die Masse, Reich und Arm, Groß und Klein, nach passenden Geschenken suchend und fragend. Dieses Streben für Andere, dieses eifrige Bemühen, sich gegenseitig Freude zu bereiten, ist die eigentliche Lichtseite einer Weihnachtsschau, und gewährt dem Beobachter ein erfreuliches Gefühl. Es ist die Brüderlich-

keit, die sich hier in einem engern Kreise darstellt, die Brüderlichkeit, von der wir hoffen und träumen, daß sie einst dem weiten Kreise des ganzen Menschengeschlechtes zum Erbtheile werde.

Nichts Interessanteres, als die Käufer der Weihnachtsgeschenke in den Buden und Läden zu betrachten. An ihren Mienen und Gesichtszügen kannst Du auch die innere Bedeutung der Geschenke erkennen. — Hier eine vornehme Dame, im reichen Zobelpelz, und den betretenen Bedienten hinter sich. Sie hat kostbare und werthvolle Dinge eingekauft, aber mit jenem blasphemischen Ausdruck von Gleichgültigkeit, der da zu sagen scheint: Bei mir ist ja immer Weihnachtsfest! — Die andere Frau neben ihr dagegen ergötzt sich mit Lust an den einfachen Stücken, deren Einkauf ihr nach Wunsch gelungen ist. Dies hat der Mann, jenes der Sohn und das dort die Tochter so lange sich gewünscht, und sie genießt im Voraus schon die Freude der Ueberraschung, die sie jenen bereiten wird. — Hier sehe ich Jemand, der erst still berechnet, ob das zu erwartende Gegengeschenk dem feinen wohl am Werthe gleichkommen wird, und über diesen nagenden Zweifel zu keinem Entschlusse kommen kann. Hier einen Andern, der stürmisch nach dem Preise fragt und schnell und eilig Alles hingiebt, denn — es gilt dem Mädchen seines Herzens. — Mit jener dunkeläugigen Schönen aber fühle ich wahrhaftes Mitleid. Ihr Herz klopfte so freudig, als sie Das ausgefunden, womit sie den Herzallerliebsten zu überraschen gedacht; allein, o Härte des Schicksals, das Taschengeld will nicht langem, und das liebliche Antlitz wird von einer trüben Wolke beschattet.

Wer aber vermöchte die Emsigkeit und Rührigkeit in den Familien beim Herannahen des Festes zu beschreiben! Wenn man dies Häkeln, Stricken und Sticken mit ansieht, dem sich die weibliche Jugend in der Weihnachtszeit mit so rastlosem Eifer hingiebt, so muß man glauben, das schöne Geschlecht habe sich untereinander verschworen, die ganze Welt mit seinen feinen Geweben zu umschlingen. — Nun denn, der Abend ist da, wo die Verschwörung zum Ausbruch kommt; möge ihr Erfolg vom Siege gekrönt werden!

Breslau, 23. Dezbr. In der beendigten Woche sind (exclusive fünf todtgeborener Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 50 männliche und 66 weibliche, überhaupt 116 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 4, an Altersschwäche 3, an der Cholera 54, an Brust-Entzündung 1, an Zehrfieber 4, an Zahnfieber 1, an Krämpfen 18, an Krebschaden 3, an Keuchhusten 1, an Lungenlähmung 1, an Magen-erweichung 1, an der Ruhr 1, an Rückenmarkleiden 1, an Sticfluß 2, an Schlagfluß 3, an Luftröhren-Schwindsucht 1, an Schleim-Schwindsucht 1, an Lungen-Schwindsucht 8, an Tuberkeln 1, an Typhus 2, an Luftröhrenverengung 1, an allg. Wassersucht 5, an Brust-Wassersucht 1. Von diesen starben in öffentlichen Krankenanstalten und zwar in dem allgemeinen Krankenhospital 25, in dem Hospital der Elisabethinerinnen 2, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 3, in der Gefangen-Kranken-Anstalt 3. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 13, von 1 bis 5 Jahren 21, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 9, von 30 bis 40 Jahren 13, von 40 bis 50 Jahren 23, von 50 bis 60 Jahren 17, von 60 bis 70 Jahren 6, von 70 bis 80 Jahren 7, von 80 bis 90 Jahren 2.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 6 Schiffe mit Eisen, 8 Schiffe mit Brennholz und 9 Gänge Bauholz. — Die Oder ist mit Eis bedeckt.

Breslau, 18. Dez. [Der so eben im Druck erschienene Jahresbericht der Krankenanstalt des hiesigen Elisabethiner-Kloster] liefert den Beweis, daß der Konvent der ehrwürdigen Elisabethinerinnen mit Aufopferung aller seiner Kräfte bemüht gewesen ist, seinerseits zur Milderung des herrschenden Nothstandes im ablaufenden Jahre das Mögliche beizutragen. Obwohl sehr beschränkt in seinen Räumlichkeiten und in seinen Mitteln, hat derselbe im Kirchenjahre 1848 bedeutend mehr Kranke als in früheren Jahren aufgenommen, denn zu den 77 aus dem vorhergehenden Jahre im Bestande verbliebenen traten 1276 neue hinzu und 692 wurden als ab- und zugehende Patienten behandelt, so daß die Gesamtzahl derer, welche die Wohlthat der Anstalt genossen, sich auf 2045 beläuft. Von den in den Krankensälen verpflegten 1353 Personen wurden entlassen und geheilt 1167, erleichtert 41, ungeheilt 7 und starben 31 kathol. und 34 evangelischer Konfession, so daß 73 im Bestande verblieben sind. Die Durchschnittsberechnung der Gestorbenen ergibt das für eine öffentliche Krankenanstalt überaus günstige Resultat, daß nur die 21. und, mit Abzug der 6 innerhalb der ersten 24 Stunden Verstorbenen, nur die 23. Kranke dem Tode verfallen ist. Da im Ganzen 29,818 Tagportionen zur Speisung vertheilt worden, so befand sich jede Kranke im Durchschnitt 22 Tage in der Anstalt, was wieder-

um beweis, daß die Entlassung der Reconvalescenten nicht zu deren Nachtheil übereilt worden ist. Von den 1276 neu aufgenommenen Patienten waren 643 katholischer, 630 evangelischer und 3 rongescher Religion. — Erfreulich ist es, dem genannten Berichte zu entnehmen, daß die seit einiger Zeit vorenthaltenen Zuschüsse aus Staatskassen auf einige Jahre wieder bewilligt worden sind. Leider aber betragen die im Laufe des Jahres eingezahlten Legate insgemein nur 337 Thlr., und daß die kollektirten Almosen während des Nothstandes geringer als früher gewesen, bedarf keines besonderen Nachweises. Wenn gleichwohl die Zahl der Kranken nachwiegen ist, und außerdem täglich noch viele Arme die Klosterporten umlagerten, um mit Suppe oder Brodt gespeist zu werden, so konnte dies Alles nur in der Hoffnung geschehen, daß eine bessere Zeit ersetzen würde, was jetzt über die Kräfte geleistet wurde. — Die langersehnte hohe Erlaubniß zu dem projektierten Erweiterungsbau der Krankenanstalt ist kürzlich ertheilt worden, und könnte sonach dieser Bau im Frühjahr 1849 beginnen, wenn die Zeitverhältnisse und die Geldmittel dies gestatteten. Hoffentlich wird es wie bisher, so auch in Zukunft an Menschenfreunden nicht fehlen, welche die Elisabethiner-Kranken-Anstalt nach Möglichkeit unterstützen werden, damit sie ihr wohlthätiges Wirken im Geiste der christlichen Nächstenliebe zum Heile der armen und leidenden Mitmenschen kräftig fortsetzen und den Zeitbedürfnissen entsprechend immer mehr erweitern könne.

(Schles. Kirchenbl.)

* Breslau, 23. Dezember. [Versammlung des Haupt-Rustikal-Vereins für Schlesien. Sitzung vom 21.] Nach Vollendung der Klassen-Revision und einer langen Debatte über die Revision der Statuten wird zur Wahl des Central-Ausschusses geschritten. Für die Wahl des Präsidenten war die Bestimmung angenommen, daß er ein mit den ländlichen Verhältnissen vertrauter Rustikalbesitzer sein müsse. Derselbe wird auch auf ein Vierteljahr gewählt, und er hat nicht nöthig, in Breslau seinen Wohnsitz zu nehmen. (Nach dem früheren Statut war der Aufenthalt in Breslau eine Hauptbedingung für die Präsidentenwahl.) Es wird als Präsident gewählt der Rustikal-Besitzer Beck in Ernsdorf bei Reichenbach; als Vice-Präsident Hr. Peterz aus Schweidnitz, und als Beigeordnete die Herren Friedenthal, Biering und Wüstrich.

Nach einer längeren Debatte über die Wahlen zu den nächsten Kammern, wird in Betreff der Wirksamkeit für die Wahlen dem Central-Ausschuß freie Hand gelassen. Nach der Wahl der Wahlmänner wird eine neue Versammlung des Rustikal-Vereins einberufen werden.

In Betreff der bäuerlichen Abgaben wird dem Central-Ausschuße aufgegeben, eine Kritik des neu erschienenen Gesetzes für die Ablösung in Schlesien auszuarbeiten, und dieselbe den Kreisvereinen mitzutheilen.

Ueber die Errichtung von Rustikal-Kredit-Anstalten berichtet ein Deputirter aus Liegnitz, daß solche Anstalten schon seit 24 Jahren von Einzelnen betrieben werden, ohne zu einem Resultate zu gelangen. In neuerer Zeit sei es die Absicht gewesen, mit den bestehenden Mitterschafts-Credit-Anstalten auch Rustikal-Credit-Anstalten zu verbinden. — Wegen der vorgerückten Zeit werden sowohl die hierauf bezüglichen Anträge als alle übrigen Vorlagen dem Ausschusse überwiesen, und die Versammlung hierauf geschlossen.

In Sachen des Breslauer Theaters.

Die Bestrebungen der Direktion der hiesigen Bühne sind ernstlich und kräftigst dahin gerichtet, das Breslauer Theater auf die Höhe der ungemein gesteigerten Zeitanforderungen zu stellen.

Was zunächst das Personal anbelangt, so hat die gegenwärtige Direktion die meisten Mitglieder der Gesellschaft, die im Sommer spielte, aufs Neue engagirt.

Es sind nur folgende Veränderungen vorgenommen: In der Oper wurden statt Frau Küchenmeister und Herrn Grahl engagirt: Fr. Gilbert*) und die Herren Mosewius und Puschmann. Im Schauspiel wurden Frau Clausius und Fräulein Ueh nicht wieder angestellt, an deren Stelle Frau Kanzer, Fr. Senger und Frau Kalinke engagirt. Statt der Herren Pärtch und Pauli endlich wurden die Herren Baumeister, Mende, Marcker, Walburg und Wagner gewonnen.

Der Vergleich wird den Kunstkennern zeigen, daß nicht nur alles Fehlende ergänzt, sondern auch mancher glückliche Wurf in dem Engagement ausgezeichnete Darsteller gelungen ist. Vorstellungen, wie „Tell“, „Hamlet“ u. A. haben in ihrer Rundung im Ganzen und ihrer Vollendung in einzelnen Theilen glänzende Beweise geliefert, was das recitirende Drama in Breslau gegenwärtig zu leisten vermag.

Die der Oper noch fehlende Bravour-Sängerin, — ein Singvogel, der jetzt in der That ein seltener Vogel — wird auch bald, in Folge der unablässigen Bemü-

hungen der Direktion, die keine Opfer scheut, um die Wünsche des Publikums zu erfüllen, die vacante Stelle einnehmen.

Im Repertoire ist seit dem Oktober 1848 keine nur irgend namhafte Neuigkeit aufgetaucht, welche die hiesige Bühne nicht als eine der ersten, oft als die erste, gegeben hätte. Leider hat die Freiheit unsere Dichter zu sehr auf irdische Ziele hingeführt und ihre Fittige erschläft. Es ist den Poeten zu schön auf Erden, sie erheben sich nicht mehr in den Himmel. Die Freiheit in Deutschland hat noch nicht ein einziges würdiges Dichterwerk zur Reife gebracht. Statt der neun Musen beherrscht die Poeten eine zehnte, eine Stiefschwester jener: die Tendenz. Dieses arge Bastardkind ärgert das Publikum, zerreißt es in Parteien, statt es zum gemeinsamen Kunstgenusse zu vereinen, und weil jede einzelne Partei fürchtet, einmal geärgert zu werden, bleiben sie sämmtlich allemal zu Hause. Ein Bonmot, ein Epigramm, eine Stichelei, und träge sie auch die eigene Haut, harmlos lachend aufzunehmen und an das Götische:

Wer sich nicht selbst zum Besten haben kann,
Gehört nicht zu den Besten —
zu denken, — so weit sind wir Deutschen im Allgemeinen noch nicht.

Auch des alten Guten hat das Repertoire der verfloffenen drei Monate viel gebracht, und namentlich ist eine bedeutende Zahl klassischer Meisterwerke vorgeführt worden.

Wenn nun in jeder Beziehung jetzt eine schlimme Theaterzeit für alle deutsche Bühnen eingetreten, so ist sie für Breslau durch Zusammenstoßen vieler besonders umstände am drückendsten. Trotzdem ist die hiesige Bühne, welche, wie wir gleich zeigen werden, in Betreff der Unterstützungen von Außen gegen andere große Stadt-Theater völlig verwaist dasteht, nach allen Richtungen hin am meisten ihrer Verpflichtung nachgekommen.

Hamburg, Prag, Frankfurt a. M., Leipzig, Breslau, sind die fünf ersten deutschen Stadt-Theater. Das Hamburger Stadt-Theater ist in trostloser Lage. Nachdem die Direktion bereits im Frühommer den Mitgliedern einen großen Theil ihrer Gage für den Moment, der schlechten Einnahmen wegen, nicht zahlen konnte, wurde auf Theilung gespielt. Allein auch dieser Schritt erweckte keine lebhaftere Theilnahme des Publikums, und die Gesellschaft des Hamburger Stadt-Theaters steht im Begriff, sich nach allen Winden zu zerstreuen.

In Frankfurt a. M. begnügten die Mitglieder sich im Sommer mit Procenten ihrer Gagen und hofften auf bessere Abende im Winter, wo ihnen der Rest nachgezahlt werden sollte.

In Leipzig mußten die Mitglieder sich verstehen, dreizehn Monate auf Theilung zu spielen und dem Direktor, dafür, daß er das Inventarium hergab, Gage zu zahlen.

In letzteren beiden Städten fanden die Theater jedoch kräftige Unterstützung von Außen. Behörden und Actionäre nahmen sich der arg Bedrängten an. In Frankfurt a. M. kauften sie das Inventarium für circa 30,000 Fl.; in Leipzig für mehr als 20,000 Rthl. und überlassen es, bei freier Benützung der Lokale, gleichfalls umsonst leihweise den betreffenden Theater-Vorständen zur Benützung.

Das Prager Theater hat einen Zuschuß von 12,000 Fl. C.-M. Seitens der Stände, Miethes-Freiheit und jährlich sechs neue Decorationen. Ueberdies sind alle Logen des ersten und zweiten Ranges und des Parterres abonniert. In diesem schlechten Theater-Jahre sind nur gegen 70 Sperrsitze weniger abonniert, als sonst. Der Direktor Herr Hoffmann hat dafür in diesem Jahre für die Sommer-Monate Juli, August und September eine Unterstützung von 6000 Fl. C.-M. aus der Staatskasse erhalten.

So ist denn das Breslauer Theater, trotz der enorm hohen Pacht von 7500 Rthl., da die Herren Actionäre nur das Geringe, worüber sie zu verfügen haben (zwischen 2—3000 Rthl.), mit dankenswerther Bereitwilligkeit erlassen haben, allein durch die bedeutenden Opfer seiner Direktoren würdevoll erhalten worden. Würdevoll! — denn bis jetzt hat von den 200 Menschen, welche die hiesige Bühne erhält, auch nicht ein Einziger das Geringste von der ihm zugesagten Gage verloren.

Doch die Einzelnen können nicht Alles, nicht für die lange Dauer Alles allein thun. Soll die hiesige Bühne auf der Höhe erhalten bleiben, welche die Intelligenz einer so volkreichen Stadt wie Breslau fordern kann, so muß das Publikum den Unternehmern kräftig die Hand bieten.

Das Breslauer Theater hatte sich nie einer Unterstützung von Stadt oder Staat zu erfreuen, welcher letztere den Theatern zu Königsberg und Posen zu öftern durch bedeutende Subventionen von mehreren tausend Thalern zu Hilfe kam. Die Direktion hat es dem Publikum allein zu danken, daß die sehr großen Opfer, welche sie zur Erhaltung dieser Anstalt gebracht, nicht noch größer ausfielen. Sie hofft, daß diese ihre

einzig Stütze, die Hilfe des Publikums, ihr auch fernherhin treu bleiben werde.

Dies ist dem Publikum durch die gegenwärtig eingerichtete Theaterlotterie überaus leicht gemacht. Es mag daher Jeder, der für die Kunst etwas zu thun vermag, sich dabei theiligen.

Erreicht doch jeder Loos-Inhaber einen dreifachen Zweck: Er unterstützt die Kunst, ohne selbst was zu verlieren; er genießt die pikante Spannung, welche die Theilnahme an einer Lotterie gewährt, mit der freudigen Aussicht auf einen großen Gewinn; er verschafft sich endlich sicher einige, möglicher Weise sehr viele heitere Abende.

** Breslau, 23. Dezbr. [Ausruf des konstitutionellen Wahl-Comit'és.] Unter dem geistigen Datum hat das hierorts gebildete konstitutionelle Wahl-Comit' der Provinz Schlesien einen Ausruf an die konstitutionelle Partei der Provinz erlassen, in welchem dieselbe aufgefordert wird, fest zusammen zu halten und zu bedenken, daß Einheit die große Lösung sein müsse, um zum Siege zu gelangen. Es möge sich Alles zusammenscharen, um Wahlen zu bewirken, durch die die Regierung nicht stets bekämpft, sondern gestützt werde. Wer sich bestehenden konstitutionellen Vereinen noch nicht angeschlossen, der versäume nicht, es jetzt zu thun, und gründe Vereine, wo sich dergleichen nicht finden. Jede Stadt, jedes Dorf möge Vereine bilden, in denen über die Wahlen berathen werde, um sich sodann mit dem hiesigen Comit' in Verbindung zu setzen. Sein Wahlspruch sei: „Jede Einigkeit bringt Macht!“ — Dies der ungefähre Inhalt des Ausrufs.

Liegnitz, 20. Dezbr. Die hiesige Regierung veröffentlicht im Amtsblatt folgende Verordnung: „In Gemäßheit einer Verfügung des königlichen Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 27sten v. M. wird hierdurch, Behufs der Nachachtung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die zur Verhütung des Lebendigbegrabens zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln auch in Betreff der Leichen der Juden nach Maßgabe der Verfügung des königlichen Ministerii des Innern vom 2. März 1827, deren Inhalt von uns unterm 7. Dezember 1827 (im Amtsblatt 1827 pag. 299) zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden ist, auszuführen sind.“

[Aus dem Rosenberg-Kreuzburger Belagerungs-Kayon.] Sähe man nicht hier und da einige Militär-Mannschaften, und stände es nicht auf den an den Ecken angeschlagenen Plakaten schwarz auf weiß gedruckt, so würde man es kaum wissen, daß hier eine Belagerung herrscht. Alles ist still und ruhig, von Excessen, Tumulten u. keine Spur. Man steht förmlich verwundert da und fragt sich: wozu die Belagerung bei dieser Ruhe? — Auf die Rosener Tumultuanten ist übrigens der größte Theil der Bevölkerung nichts weniger als gut zu sprechen. Denn nur den durch sie begangenen Frevelthaten haben wir den gegenwärtigen Belagerungszustand zu verdanken, eine Maßregel, die — wenn auch schon sie noch so gelind ausgeführt wird — dennoch mancherlei Nachteile für Viele herbeiführt. Wir erwähnen nur des Handel treibenden Publikums. Es liegt auf der Hand, daß Orte, welche dieser Ausnahmsmaßregel unterworfen werden, außerhalb für höchst gefährdet und unsicher gehalten werden und alles Vertrauen gegen sie aufhört. Wo aber bleibt der Handel, wenn ihm Vertrauen und Credit entzogen wird? — Und erwägt man, daß dieses gerade Kreise betrifft, welche unter den Kalamitäten der letzten 2 Jahre so viel gelitten, so wird man es uns glauben, daß wir — wenigstens die Mehrzahl der Geschäftleute — von ganzem Herzen die Aufhebung der Belagerung herbeisehnen. Möge die Bevölkerung sich allenthalben nur fort so verhalten, daß dieser Wunsch bald in Erfüllung gebracht werde.

Nicht minder unangenehm ist dieser Zustand von einer andern Seite betrachtet. Mögen viele Andere auch anders hierüber denken, und diese Behauptung wegleugnen wollen, ehrenhaft klingt es einmal nicht, wenn ganze Kreise wegen sogenannter Rebellion in Belagerungszustand versetzt werden. Dies fühlen auch namentlich in Kreuzburg Viele, und wie wir hören, wollen sie die nöthigen Schritte versuchen, diese Maßregel von ihrer Stadt aufheben zu machen, und bloß auf diejenigen Dörfschaften zu beschränken, in welchen eine Belagerung durch die verübten Frevelthaten gerechtfertigt erscheint. Möge diese Bemühung vom besten Erfolge gekrönt werden, damit man in den weiteren Kreisen der Provinz und des Staates nicht fernherhin die irrige Meinung hege, Oberschlesien befinde sich in offenem Brande und Aufruhr und wiederhole die berüchtigten Scenen von Galzien. Soweit ist es, Gott sei Dank nicht, und wird es auch bei uns niemals kommen, denn so tief gesunken ist die ländliche Bevölkerung Oberschlesiens nicht; die Frevelthat zu Rosen steht allein da, wird keine Nachahmung finden, und auch jene Frevel bereuen ihre That bereits bitter und wünschen sie ungeschehen machen zu können. (Telegr.)

*) Dem Fr. v. Stradiot mußte sofort nach ihrem Debut die wegen Krankheit nachgesuchte Entlassung ertheilt werden.

Theater-Nachricht.

Sonntag bleibt die Bühne geschlossen. Montag, neu einstudirt: "Egmont."

(Montag und Dienstag: Einlaß 5 1/2 Uhr, Anfang 6 1/2 Uhr.)

Ziehung der Theater-Lotterie

Wir machen auf folgende Vortheile, welche diese Lotterie den geehrten Theaternern gewährt, aufmerksam:

Boose à 2 Rthlr. sind Herrenstraße Nr. 28 im Comtoir, Vormittags von 9-12, Nachmittags von 2-4 Uhr, und im Theater-Bureau zu haben.

Die Direction des Theaters.

Entbindung-Anzeige. Statt besonderer Meldung zeige ich hiermit Theilnehmenden ergebenst an, daß meine Frau Amalie, geb. Schulz, heute früh von einem gesunden Knaben glücklich entbunden worden ist.

Todes-Anzeige. Am 19ten d. M. des Abends verschied nach einem kurzen Krankenlager der Wachtmeister Ernst Buchwald des 1sten Kürassier-Regiments.

Todes-Anzeige. Nach langen Leiden an der Lungenschwindsucht und binigerer Wasserkopf entriß der unerbitliche Tod mir heute meinen geliebten Mann, den Lithographen und Stein-druckermeister Karl Gottlob Gottschling.

Todes-Anzeige. Heute Abend 6 1/2 Uhr entschlief sanft in dem Herrn unser treuer Gatte und Vater, der Kaufmann Christian Gottlob Dietig, seines Alters 67 Jahre 6 Monate.

Todes-Anzeige. Das am 28ten d. M., Vormittags halb 11 Uhr, nach langen Leiden erfolgte Dahinscheiden unserer theuren Mutter, Schwieger- und Großmutter, der verwittweten Dorothea, geb. von Saigay, zeigen Verwandten und Freunden tiefbetrübt hierdurch ergebenst an die Hinterbliebenen.

Dr. med. Widdeldorpf. Ich wohne jetzt Riemerzeile Nr. 10, im Hause des Herrn Goldarbeiter Thun.

Menagerie

welche in der neu erbauten Bude auf dem Exercierplatz zur Schau gestellt ist, wird heute Sonntag den 24ten d. M. zum ersten Mal eröffnet.

Schnabels Institut für gründliche Erlernung des Klügelspiels

Den 2. Januar beginnen neue Curfen für Anfänger und Geübtere. Der Jahresbericht und Prospekt wird in allen hiesigen Musikalien-Handlungen und in meiner Wohnung gratis ausgegeben.

Praktisches Handbuch für Destillateure, Branntweinbrenner, Gastwirthe und Kaufleute.

Enthaltend gründliche Anweisungen über Bereitung des Spiritus und Brautweins, mit mehr als 500 der besten und billigsten Rezepte zur Fabrication

der Breslauer, Berliner, Danziger, Stettiner, Graudener, Magdeburger, Chemnitzer und franz. doppelten und einfachen Liqueure, Rosolis, Crèmes, Rafasia's etc., sowohl auf der Destillirblase, als auch auf faitem Wege mit äth. rischen Oelen.

Musikalien-Verlags-Institut, als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen Lesebibliothek können täglich neue Theilnehmer unter billigen Bedingungen beitreten.

Offene Stellen. Mehreren Wirtschafterinnen für Stadt n. Land, 1 Wirtchaftsfräulein, 1 Dekonomie-pensionair, 5 Dekonomie-Lehrlingen, 6 Sondern- und 1 unverschuldeten Koch, 2 geübten Kammerjungfern, mehreren geübten Köchinnen, Stubenschlepperinnen etc. etc. sofort gute Stellen nach dem conc. Commissi- und Gesinde-Vermittlungsbureau von G. Berger, Bischofsstraße Nr. 7.

Wieder. Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß die beliebte Waschseife, das Pfd. zu 3/4 Sgr., 3/2 Sgr., 4/4 Sgr. und 4/4 Sgr., in Partien billiger, wieder vorrätzig ist.

Gejuch. Ein junger Mann, der bis jetzt in Montjoie (Athenland) einer Schafwollspinnerei und Bucksting-Fabrik selbstständig vorstand, Buchführung, deutsche und französische Korrespondenz besorgte, sucht eine Fabrik- oder Spinnereidirectorstelle.

Jagd-Verpachtung. Den 27. Dezember, früh 10 Uhr, wird die Jagd auf der Feldmark Krieterm im dasigen Kreisamte öffentlich an den Meistbietenden verpachtet, wozu Jagdliebhaber eingeladen: das Ortsgerecht. Seidel, Scholtz.

Ein 7-öftaviger Mohagoni-Flügel steht zum Verkauf: Catharinenstraße Nr. 7.



Öffentliche Bekanntmachung.

Den unbekanntem Gläubigern des am 20. September 1847 zu Schmartsch verstorbenen Julius Benke, sowie des am 21. September 1847 zu Schmartsch verstorbenen Kuitergutsbesizers Adolph Benke, wird hierdurch die bevorstehende Theilung der Verlassenschaft bekannt gemacht.

Proklama.

Auf dem Hypothekenbuche der Herrschaft Bilschin in Oberschlesien haftet Rubr. III. Nr. 24 für die Christiane Wilhelmine Amate von Schlemmer, früher verheiratete Kaufmann Richter, zuletzt verheiratet gewesene Fürstenthums- und Gerichts-Kalkulator Marx zu Koebitz aus dem Instrument d. d. Koebitz d. 6. August 1812 und der Verpfändungs-Urkunde vom 9. September 1825 ein Capital von 6000 Rthlr., welches durch Cession vom 25. Januar 1833 auf die Henrica verwitwete Stägin v. Scherr-Exhop, geborne Frein von Firk, und sodann durch Cession vom 27. Mai 1841 an den jetzigen Besitzer der verpfändeten Herrschaft Bilschin, Fürstlichen August zu Hohentlohe-Dehringen auf Slavoniz gelehnt ist.

Subhastations-Bekanntmachung. Das im Neustädter Kreise belegene, auf 5520 Rthl. 16 Sgr. 8 Pf. abgeschätzte freif. Allodial-Rittergut Mühlendorf nebst Zaborhoff den 3. April 1849 Vorm. 11 Uhr vor dem Deputirten, Ober-Landes-Gerichts-Affessor Hr. Plate, an ordentlichem Gerichtsstelle subhastirt werden.

Subhastations-Bekanntmachung. Das im Neustädter Kreise belegene, auf 5520 Rthl. 16 Sgr. 8 Pf. abgeschätzte freif. Allodial-Rittergut Mühlendorf nebst Zaborhoff den 3. April 1849 Vorm. 11 Uhr vor dem Deputirten, Ober-Landes-Gerichts-Affessor Hr. Plate, an ordentlichem Gerichtsstelle subhastirt werden.

Notwendiger Verkauf. Das im Rybnitzer Kreise in Oberschlesien belegene, zur notwendigen Subhastation auf 22,477 Rthl. 5 Sgr., zum Pfandbriefs-Credit auf 21,700 Rthl. 18 Sgr. 4 Pf. abgeschätzte freie Allodial-Rittergut Stanowitz Nr. 60 nebst Zubehör, soll den 10. April 1849, Vormittags 11 Uhr, vor dem Deputirten Ober-Landes-Gerichts-Affessor Plate an ordentlichem Gerichtsstelle in h. h. h. werden.

Notwendiger Verkauf. Zur Subhastation des im Gurrauer Kreise belegenen, nach der landständlichen Taxe auf 23,970 Rthlr. abgeschätzten Gütes Zapplau ist ein Bietungs-Termin auf den 20. April

Affen-Theater im alten Theater.

Montag, Dienstag und Mittwoch, den 25., 26., 27. Dezember, finden die ersten Vorstellungen der vierfüßigen Künstlergesellschaft statt, Anfang 7 Uhr.

1849 Vormittags um 11 Uhr angesicht werden. — Befähigte und zahlungsfähige Kauflustige werden daher vorgeladen, in diesem Termine vor dem ernannten Deputirten, Oberlandesgerichts-Affessor Jonas, auf dem hiesigen Schloß entweder in Person oder durch gehörig informirte und gesetzlich legitimirte Mandatarien sich einzufinden, ihre Gebote abzugeben und demnachst den Zuschlag an den Meist- und Bestbietenden zu gewärtigen.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 31 am Kegerberg, auf 7615 Rthl. 25 Sgr. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 27. April 1849, Vormittags 10 Uhr, vor dem Herrn Stadgerichtsrath Schmidt in unserem Parteienszimmer anberaumt.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 5 kleine Drillingengasse belegenen, den Branntweinbrenner Gottfried Schlaweschen Erben gehörigen, auf 3293 Rthl. 25 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 28. Februar 1849 Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Stadgerichtsrath Schmidt in unserem Parteienszimmer anberaumt.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des halben Antheils des hier von dem Grundstück in der Lauenzen-straße Nr. 15 abgetrennten, an der Flussstraße belegenen, dem Tischlermeister Carl Treuber und dessen Gattin, Henriette, geb. Strecker, gehörigen, auf 16,900 Rthl. 21 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 23. März 1849, früh 10 Uhr, vor dem Hrn. Stadgerichtsrath Schmidt in unserem Parteienszimmer anberaumt.

Bekanntmachung. Bei dem unterzeichneten Gericht sollen 40 Centner 20 Pfund 16 Loth Kasirte Akten, worunter 5 Centner 102 Pfund zum Einstampfen sich befinden, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Notwendiger Verkauf. Das den Gustav Moritz Kayserischen Erben gehörige Erbshofortigkeitsstück Neuguth Nr. 1, abgeschätzt auf 14,394 Rthl. 17 Sgr. 6 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 5. Juni 1849 Vormittags 10 Uhr an ordentlichem Gerichtsstelle theilungsbaher subhastirt werden.

Notwendiger Verkauf. Die dem Christian Mokrasche gehörige Freistelle Nr. 3 Siebischau, Kreis Breslau, mit 11 Morgen 72 Quadrat-Ruthen Garten und Ackerland, gerichtlich taxirt auf 1484 Rthl. 12 Sgr., soll den 25. Januar 1849 meistbietend verkauft werden.

Die Buchhandlung Aug. Schulz & Comp. in Breslau

(Altbüßerstraße Nr. 10, gegenüber der Maria-Magdalena-Kirche)

welche jeden Auftrag geehrter Bücherkäufer pünktlich vollzieht, und die von andern Buchhandlungen öffentlich angezeigten Werke auch vorräthig hält,

empfiehlt gebildeten Lesefreunden folgende verschiedene Leih-Institute zu freundlicher Beachtung:

1. Journal-Lese-Birkel,

dessen Umfang und zweckmäßige Einrichtung jeden billigen Anspruch befriedigen wird, umfasst nach folgendem Verzeichnisse die beliebtesten Zeitschriften aus allen Zweigen der periodischen Literatur; die große Anzahl und die unbedingte Wahlfreiheit, verbunden mit möglichster Billigkeit, werden ihm hoffentlich auch in der Zukunft die bisherige Theilnahme erhalten.

Abonnements-Bedingungen desselben:

- 1) Bei vierteljährlicher Vorausbezahlung eines Thalers (als Minimum) stehen so viele Zeitschriften zu beliebiger Auswahl, bis deren beigefügte Ladenpreise die Höhe von 60 Thalern erreichen.
- 2) Bei einer größern Auswahl erhöht sich dieser Lesebeitrag für je 30 Thaler um 15 Sgr.
- 3) Für das Abholen und Abtragen der Journal-Mappen haben die resp. Abonnenten vierteljährlich 10 Sgr. extra zu vergüten.
- 4) Die Wechselung der Zeitschriften findet für hiesige Abonnenten Mittwoch und Sonnabend statt.
- 5) Die in einer Sendung enthaltenen Hefte sind bei der Wechselung sämmtlich einzuliefern, da Zurückhaltungen die nothwendige Ordnung stören.
- 6) Auswärtige Leser, sofern sie nicht wie einheimische wechseln können, zahlen bei Stägigem Umtausche den sub 1) und 2) bemerkten Lesebeitrag, bei 14tägigem Umtausche das Doppelte, bei 3wöchentlichem das Dreifache u. s. w.

Verzeichniss der Zeitschriften:

Schönwissenschaftliche Zeitschriften.		Musikalische Zeitschriften.		Kritische, philologische und philosophische Zeitschriften.	
	Ladenpr. Rl. Sgr.		Ladenpr. Rl. Sgr.		Ladenpr. Rl. Sgr.
1. Morgenblatt für gebildete Leser; mit Intelligenzblatt. Redigirt v. Hauff. Stuttgart. (Wöchentlich.)	9 —	28. Kladderadatsch. Organ für und von Bummeler. Mit Holzschnitten. Berlin. (Wöchentlich.)	2 20	50. Rheinisches Museum für Philologie. Herausg. v. Welcker u. Ritschl. Frankf. a. M. (Vierteljährlich.)	4 15
2. Der Gesellschafter. Blätter für Geist und Herz. Mit den Beilagen: literarische Blätter — Dramatik, Theater, Musik. — Kunst, Kunsliteratur, Betriebsamkeit. Redigirt v. Gubitz. Berlin. (Wöchentlich.)	9 —	29. Berliner Krahehler. Mit Holzschnitten. Berlin. (Wöchentlich.)	1 25	51. Theologisches Literaturblatt zur allgemeinen Kirchenzeitung. Darmstadt. (Wöchentlich.)	6 —
3. Blätter für literarische Unterhaltung. Herausgegeben v. H. Brockhaus. Leipzig. (Wöchentlich.)	13 15	30. Nouv. musée français. Choix de littérature, tiré des meilleurs auteurs modernes, par O. L. B. Wolff et C. Schütz. Bielefeld. (Monatlich.)	2 7 1/2	52. Literarische Zeitung. Redigirt von Dr. R. Brandes. Berlin. (Wöchentlich.)	3 15
4. Abendzeitung. Dresden. (Wöchentlich.)	11 7 1/2	31. Le Voleur. Gazette des journaux français. Rédigé p. C. L. Lebec. Leipzig. (Wöchentlich.)	6 22 1/2	53. Heidelberger Jahrbücher der Literatur; unter Mitwirkung der vier Fakultäten, redig. vom geh. Rath F. C. Schloffer, geh. Hofrath Munde, und Hofrath Chr. Bähr. Heidelberg. (Jährlich 6 Hefte.)	7 15
5. Danziger Dampfboot. Danzig. (Wöchentlich.)	3 22 1/2	32. Revue pittoresque. Romans, voyages, contes, histoire satirique du mois, par Dumas, Balzac, Janin, Sand, Karr, Gozlan, Sue, Hugo, Scribe, Méry, Houssaye. Avec gravures. Paris. (Monatlich.)	2 7 1/2	54. Jahrbücher für Wissenschaft und Leben. Herausgegeben von Dr. L. Noack. Darmstadt. (Monatlich.)	7 26 1/2
6. Freie Blätter. Illustrierte humoristisch-politische Zeitung. Red. A. Glasbrenner. Berlin. (Wöchentlich.)	4 15	33. Freifugeln. Blätter für ernste und heitere Unterhaltung. Red. v. M. Bauschke. Leipzig. (Wöchentlich.)	3 11 1/2	55. Leipziger Repertorium der deutschen u. ausländischen Literatur. Unter Mitwirkung der Universität Leipzig. Herausgegeben von E. Gersdorf. Leipzig. (Wöchentlich.)	13 15
7. Berliner Figaro. Redig. v. G. D. Hoffmann. Berlin. (Wöchentlich.)	6 22 1/2			56. Göttingische gelehrte Anzeigen, unter der Aufsicht der königl. Gesellschaft der Wissenschaften. Göttingen. (Halbmonatlich.)	8 15
8. Zeitung für die elegante Welt. Red. Wrobisch. Mit 52 col. Modelkupfern. Leipzig. (Wöchentlich.)	5 7 1/2	Historische, politische, statistische und geographische Zeitschriften.		57. Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik. Im Vereine mit mehreren Gelehrten herausgegeben von Dr. J. H. Fichte und Dr. H. Ulrici. Halle. (Vierteljährlich.)	4 5
9. Charivari. Mit Holzschnitten. Redig. v. G. M. Derringer. Leipzig. (Wöchentlich.)	6 —	34. Allgemeine musikalische Zeitung. Leipzig. (Wöchentlich.)	6 —	58. Allgemeine Literaturzeitung. Herausgegeben von den Professoren Bumeister, Duncker, Friedländer, Gruber, Laspeyres, Meier, Niemeier, Pott, Rödigier, Wegscheider. Halle. (Wöchentlich.)	13 15
10. Illustrierte Zeitung. Mit vielen in den Text gedruckten Abbildungen. Leipzig. (Wöchentlich.)	9 —	35. Signale für die musikalische Welt. Red. B. Senff. Leipzig. (Wöchentlich.)	2 22 1/2	59. Literaturblatt. Redigirt von Wolfgang Menzel. Stuttgart. (Halbmonatlich.)	3 22 1/2
11. Allgemeiner Anzeiger und Nationalzeitung der Deutschen. Gotha. (Wöchentlich.)	4 15			60. Magazin für Literatur des Auslandes. Herausgegeben von J. Lehmann. Berlin. (Wöchentlich.)	3 11 1/2
12. Europa. Chronik der gebildeten Welt. Herausgegeben v. F. G. Kühne. Leipzig. (Wöchentlich.)	9 —	36. Minerva. Ein Journal für Geschichte, Politik und Gegenwart, v. Dr. F. Bran. Jena. (Monatlich.)	9 —	61. Zeitschrift für Alterthumswissenschaft. Herausgegeben von Dr. Bergl und Dr. Scharf. Rassel. (Monatlich.)	6 22 1/2
13. Rosen. Eine Zeitschrift für die gebildete Welt. Herausgegeben von G. Hefel. Altenburg. (Wöchentlich.)	11 7 1/2	37. Deutsche Vierteljahrschrift. Stuttgart.	8 7 1/2	62. Neue Jahrbücher für Philologie und Pädagogik, oder kritische Bibliothek für das Schul- und Unterrichtswesen. Herausgegeben von Jabn, Professor Klog und Diehsch. Leipzig. (Monatlich.)	10 —
14. Lesefrüchte vom Felde der neuesten Literatur. Begründet von J. J. C. Pappé. Hambura. (Wöchentlich.)	7 15	38. Miscellen aus der neuesten ausländischen Literatur von Dr. Fr. Bran. Jena. (Monatlich.)	9 —	63. Revue des deux mondes. 21 Cahiers. Bruxelles. (Halbmonatlich.)	12 —
15. Spindlers neue belletristische Zeitschrift. Stuttgart. (Wöchentlich.)	6 22 1/2	39. Deutsche Blätter. Herausgeg. von dem Ausschusse des deutschen Vereins zu Leipzig u. in dessen Auftrag durch: A. Götschen, M. Haupt, J. Klee. Leipzig. (Wöchentlich.)	3 11 1/2		
16. Der Komet. Unterhaltungsblatt für gebildete Stände. Mit den Beilagen: Telescop, Literatur- und Anzeigebblatt. Herausgeg. v. G. Herlossohn. Leipzig. (Wöchentlich.)	11 7 1/2	40. Neue Jahrbücher der Geschichte und Politik. Begründet von Pölig, fortges. v. Fr. Bülow. Leipzig. (Monatlich.)	6 22 1/2		
17. Der Humorist. Zeht u. d. T. „Politischer Horizont.“ Herausgeg. v. M. G. Saphir. Wien. (Wöchentlich.)	11 25	41. Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur. Red. von G. Freitag und J. Schmidt. Leipzig. (Wöchentlich.)	11 7 1/2		
18. Fliegende Blätter. München. (Wöchentlich.)	4 15	42. Hamburger literarische und kritische Blätter. Red. von Dr. Wille und F. Niebour. Hamburg. (Wöchentlich.)	11 7 1/2		
19. Novellenzeitung. Leipzig. (Wöchentlich.)	4 15	43. Neueste Weltkunde, v. Dr. H. M. Malten. Mit Beilageheften. Frankfurt a. M. (Monatlich.)	9 —		
20. Kunstblatt. Red. v. G. Förster und Fr. Kugler. Stuttgart. (Halbmonatlich.)	3 22 1/2	44. Dorfzeitung und geheimes Plauderstübchen der Dorfzeitungs-Gemeinde. Hildburghausen. (Wöchentlich.)	3 —		
21. Oesterreichischer Courier. Mit einem Anhang: Wiener allgem. Theaterzeitung. Feuilleton für Kunst, Literatur, Musik, Mode und geselliges Leben. Redigirt v. Bäuerle. Mit Modes- und satyrischen Bildern. Wien. (Wöchentlich.)	16 15	45. Schlesiische Chronik. Organ für das Gesamt-Interesse der Provinz. Breslau. (Halbmonatlich.)	2 20		
22. Wiener Zeitschrift. Politisch-belletristisches Tagesblatt für alle socialen und literarischen Interessen. Red. v. J. A. Bachmann. Mit 52 illum. Modelkupfern. Wien. (Wöchentlich.)	19 15	46. Das Ausland. Ein Tagblatt für Kunde des geistigen und sittlichen Lebens der Völker. Redig. von Dr. Widenmann. Stuttgart. (Wöchentlich.)	10 15		
23. Allgemeine Modezeitung. Red. v. A. Diezmann. Mit illum. Modelkupfern u. Stahlstichen. Leipzig. (Wöchentlich.)	9 —	47. Schlesiische Provinzialblätter. Redig. v. R. G. Nowack. Breslau. (Monatlich.)	2 —		
24. Leuchttugeln. Randzeichnungen zur Gesch. der Gegenwart. Mit Illustrationen. München. (Wöchentlich.)	3 25	48. Zeitschrift für Erdkunde, als vergleichende Wissenschaft mit Aufnahme ihrer Elemente aus der Naturwissenschaft, Geschichte und Statistik. Herausgeg. v. Dr. H. Bergshaus. Maadburg. (Monatlich.)	6 —		
25. Berliner Modenspiegel. Zeitschrift für die elegante Welt. Herausgeg. v. A. Gosmar. Berlin. (Wöchentlich.)	5 20	49. Der Leuchtturm. Wochenschrift für Politik, Literatur und gesellschaftl. Leben. Red. von G. Keil. Mit Kunstblättern. Leipzig. (Wöchentlich.)	3 20		
26. Jahreszeiten. Hamburger neue Modezeitung. Mit 104 color. Modelkupfern. Hamburg. (Wöchentlich.)	11 7 1/2				
27. Die Barrikaden. Unterhaltungsblätter der Gegenwart. Berlin. (Wöchentlich.)	2 15				

	Adenpr. Rl. Sgr.		Adenpr. Rl. Sgr.		Adenpr. Rl. Sgr.
68. Allgemeine Kirchenzeitung, ein Archiv für die neueste Geschichte und Statistik der christlichen Kirche; nebst einer Uebersicht der kirchenhistorischen und kirchenrechtlichen Urkunden-Sammlung. Begründet von Dr. G. Zimmermann, fortgesetzt von Dr. H. Palmer und Dr. R. Zimmermann. Darmstadt. (Wöchentl.)	6 22 1/2	93. Notizen aus dem Gebiete der Natur- und Heilkunde, gesammelt und mitgetheilt von Dr. M. J. Schleiden und Dr. Robert Brown. Weimar. (Wöchentl.)	9 —	115. Neues Jahrbuch für Mineralogie, Geognosie, Geologie und Petrefaktenkunde. Herausgeg. von den Prof. Dr. v. Leonhard u. Dr. Bronn. Stuttgart. (Jährlich 6 Hefte.)	6 10
69. Evangelische Kirchenzeitung. Herausgegeben von Dr. E. W. Hengstenberg. Berlin. (Wöchentl.)	4 15	94. Medizinische Zeitung. Herausgeg. von dem Verein für Heilkunde in Preußen. Red. Troschel. Berlin. (Wöchentl.)	4 5	116. Archiv für Naturgeschichte. Begründet von Wiegmann. In Verbindung mit Prof. Dr. Grisebach, Prof. v. Siebold, Dr. Troschel, Prof. A. und R. Wagner herausgegeben von Professor Dr. Erichson. Berlin. (Jährl. 6 Hefte.)	7 10
70. Kritische Predigerbibliothek. Begründet von Dr. J. G. Röhr, fortgesetzt v. Prof. Dr. Lange. Neustadt. (Vierteljährlich.)	5 27 1/2	95. Archiv für Anatomie, Physiologie und wissenschaftliche Medizin. Herausgeg. von Prof. Dr. Joh. Müller. (Vierteljährlich.)	6 22 1/2	117. Polytechnisches Journal. Eine Zeitschrift zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse im Gebiete der Naturwissenschaft, Chemie, Pharmacie, der Mechanik, der Manufakturen, Fabriken, Künste, Gewerbe, der Handlung etc. Herausgeg. von Dr. J. G. Dingler und Dr. E. M. Dingler. Stuttgart. (Halbmonatl.)	10 15
71. Allgemeine Schulzeitung. Begründet von Dr. E. Zimmermann, fortgesetzt von Dr. Wagner, Dr. Vogel und Dr. R. Zimmermann. Darmstadt. (Wöchentl.)	6 —	96. Zeitschrift für rationelle Medizin. Herausgeg. von den Prof. Dr. J. Henle und Dr. E. Pfeuffer. Heidelberg. (Jährl. 3 Hefte.)	2 25	118. Technische Zeitschrift. Herausgeg. von Ingenieur Kronauer. Winterthur. (Monatl.)	3 11 1/2
72. Theologische Studien und Kritiken. Eine Zeitschrift für das gesammte Gebiet der Theologie. Herausgegeben von Dr. Ullmann und Dr. Umbreit. Hamburg. (Vierteljährlich.)	5 20	97. Zeitschrift für die gesammte Medizin, mit besonderer Rücksicht auf Hospital-Praxis und ausländische Literatur. Herausgeg. von F. W. Dypsenheim. Hamburg. (Monatl.)	9 —	119. Allgemeine polytechnische Zeitung und Handelszeitung. Herausgeg. v. J. G. Leuchs. Nürnberg. (Halbmonatl.)	2 —
73. Zeitschrift für die gesammte lutherische Theologie und Kirche. Herausgegeben von Kudelbach und Guericke. Leipzig. (Vierteljährlich.)	3 22 1/2	98. Neue Zeitung für Medizin und Medizinisch-Reform. Red. von Dr. Wessely und Dr. Blöbau. Nordhausen. (Wöchentl.)	5 20	120. Polytechnisches Centralblatt. Herausgeg. von den Prof. Dr. Hülse und Dr. Stöckhardt. Leipzig. (Halbmonatl.)	9 —
74. Literarischer Anzeiger für christliche Theologie und Wissenschaft überhaupt. Redigirt von Professor Dr. Tholuck. Halle. (Halbmonatl.)	3 11 1/2	Juristische, polizeiliche, kameralistische Zeitschriften.		121. Encyclopädische Zeitschrift des Gewerbetreibens. Red. Prof. Walling. Prag. (Monatl.)	6 22 1/2
75. Zeitschrift für die unirtte evangelische Kirche. Herausgegeben von Eitester, Jonas, Krause, Pischon und Sydow. Potsdam. (Wöchentl.)	4 15	99. Annalen der deutschen und ausländischen Criminal-Rechtspflege. Begründet von Dr. Hitzig, fortgesetzt v. Dr. Demme. Herausgeg. von Dr. Schletter. Altenburg. (Monatl.)	9 —	122. Deutsche Gewerbezeitung und sächsisches Gewerbeblatt. Red. F. G. Wied, unter Mitwirkung von J. G. Günther. Leipzig. (Wöchentl.)	6 —
76. Theologische Jahrbücher. Herausgegeben von Dr. Baur und Dr. Zeller. Tübingen. (Vierteljährlich.)	4 —	100. Justizministerialblatt für die preussische Gesetzgebung und Rechtspflege. Berlin. (Wöchentl.)	2 7 1/2	123. Pinnaea. Ein Journal für die Botanik in ihrem ganzen Umfange. Herausgeg. v. Prof. Dr. v. Schlechtendal. Halle. (Jährlich 6 Hefte.)	6 22 1/2
77. Zeitschrift für Protestantismus und Kirche. Herausgegeben von Dr. Harless etc. Erlangen. (Monatl.)	4 15	101. Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung in den königl. preuss. Staaten. Berlin. (Jährlich 9 Hefte.)	3 —	124. Pharmaceutisches Centralblatt. Red. Dr. W. Knop. Leipzig. (Wöchentl.)	4 —
78. Pädagogische Revue. Herausgegeben von Dr. Mager. Zürich. (Monatl.)	7 26 1/2	102. Zeitschrift für Civilrecht und Prozess. Herausgegeben von geh. Staatsrath Dr. Lunde, Hofrath Prof. Dr. Marejoll und D. A. -Ger.-Rath Dr. von Schröter. Gießen. (Vierteljährlich.)	2 7 1/2	125. Berliner Gewerbe-, Industrie- und Handelsblatt. Herausgeg. v. F. A. F. Neukrang. Red. v. E. Hoffmann. Berlin. (Wöchentl.)	5 20
79. Berliner allgemeine Kirchenzeitung. Red. Dr. Bruns. Berlin. (Wöchentl.)	4 15	103. Kritische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft. Begründet vom Prof. Dr. A. E. Richter, fortgesetzt von Dr. R. Schneider. Leipzig. (Monatl.)	7 15	Militärische Zeitschriften.	
Medicinish-chirurgische Zeitschriften.		104. Anwaltzeitung. Eine Wochenschrift. Red. Hofgerichts-Advokat Bopp. Darmstadt.	4 15	126. Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges. Redig. v. E. Blesson. Berlin. (Jährlich 9 Hefte.)	6 —
80. Journal für Chirurgie und Augenheilkunde. Herausgegeben von Dr. Ph. v. Walther und Dr. F. A. von Ammon. Berlin. (Vierteljährlich.)	9 —	105. Kritische Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes. Herausgegeben von Mittermaier, Mohl und Warkönig. Heidelberg. (Jährlich 3 Hefte.)	3 —	127. Militär-Literatur-Zeitung. Red. v. Maliszewski und Blesson. Berlin. (Halbmonatl.)	4 15
81. Wochenschrift für die gesammte Heilkunde. Herausgegeben von Dr. Casper. Berlin. (Wöchentl.)	4 5	106. Archiv des Criminalrechts. Neue Folge. Herausgegeben von den Professoren: Abegg, Birnbaum, Hefster, Hepp, Mittermaier, von Wächter und Zacharia. Halle. (Vierteljährl.)	2 7 1/2	128. Militär-Wochenblatt. Red. v. königl. Generalstabe. Berlin. (Wöchentl.)	3 25
82. Magazin für die gesammte Heilkunde, von Dr. J. N. Ruff. Berlin. (Vierteljährlich.)	6 —	107. Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Herausgegeben von Wolsz, Schäff, Kallati, Hoffmann, Göriz und Mohl. Tübingen. (Vierteljährlich.)	5 12 1/2	129. Allgemeine Militär-Zeitung. Darmstadt. (Wöchentl.)	7 26 1/2
83. Zeitschrift für die Staatsarzneikunde, von Dr. A. Hencke, fortgesetzt von Dr. A. Siebert. Erlangen. (Vierteljährlich.)	4 20	108. Allgemeine deutsche Gerichtszeitung. Zeitschrift f. d. nothwend. Umgestaltungen des ges. deutsch. Gerichtswesens, Mündlichkeit, Oeffentlichkeit, Ausbildung d. Geschworenengerichts und Mittheilung belehrender u. unterhaltender Rechtsfälle aus dem In- u. Auslande. Herausg. unt. Mitw. mehr. Gelehrten v. Geh. Rathe Dr. Schmid u. Prof. Dr. Wolff. Leipzig. (Wöch.)	9 —	Oekonomische Zeitschriften.	
84. Neues Repertorium der gesammten deutschen medicinisch-chirurgischen Journalistik. Redigirt von Dr. H. W. Neumeister. Leipzig. (Wöchentl.)	9 —	109. Juristische Wochenschrift für die preussischen Staaten. Herausgeber: Kammergerichtsrath Striethorst. Berlin. (Wöchentl.)	4 15	130. Agronomische Zeitung. Organ für die Interessen der gesammten Landwirtschaft. Red. v. Dr. W. Hamm. Mit eingedr. Holz-schnitten. Leipzig. (Wöchentl.)	9 —
85. Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie und psychisch-gerichtliche Medizin. Herausgegeben von Deutschlands Irrenärzten, in Verbindung mit Gerichtsärzten und Kriminalisten, unter der Redaction von Damerow, Flemming und Koller. Berlin. (Vierteljährlich.)	4 15	110. Zollvereinsblatt. Red. von Dr. Tögel. Augsburg. (Wöchentl.)	4 15	131. Oekonomische Neuigkeiten u. Verhandlungen. Red. v. Prof. Dr. Plubek. Mit Abbildungen. Prag. (Halbmonatl.)	9 —
86. Jahresbericht über die Fortschritte der gesammten Medizin in allen Ländern. Herausgegeben v. Dr. Canstatt und Dr. Eisenmann. (In zwanziglosen Heften.) Erlangen.	12 —	111. Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft. In Verbindung mit vielen Gelehrten herausgegeben von Beseler, Reyscher und Wilda. Tübingen. (Vierteljährlich.)	3 11 1/2	132. Allgemeine landwirthschaftl. Monatschrift. Herausgeg. v. Hauptdirectorium der pommerischen Oekonomischen Gesellschaft u. redig. v. Dr. Karl Sprengel. Stettin. (Monatl.)	6 —
87. Vierteljahrsschrift für praktische Heilkunde. Herausgegeben von der medicinischen Fakultät in Prag.	6 22 1/2	Zeitschriften über Chemie, Physik, Pharmacie, Botanik, Mineralogie, Technologie.		133. Praktisches Wochenblatt. Allgemeine deutsche landwirthschaftl. Zeitung. Red. v. Russ-ht. Neubrandenburg. (Wöchentl.)	3 22 1/2
88. Jahrbücher der in- und ausländischen gesammten Medizin. Begründet von C. Chr. Schmidt. Redigirt von A. Göschen. Leipzig. (Monatl.)	13 15	112. Annalen der Physik und Chemie. Herausgegeben von J. C. Poggendorff. Leipzig. (Monatl.)	10 15	134. Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung. Herausgeg. von Frhrn. v. Wedekind. Frankfurt a. M. (Monatl.)	5 7 1/2
89. Neue Zeitschrift für Geburtskunde. Herausgegeben von Busch, Ritgen und von Siebold. Berlin. (Jährlich 6 Hefte.)	6 —	113. Annalen der Chemie und Pharmacie. Herausgegeben von Friedr. Wöhler und J. Liebig. Heidelberg. (Monatl.)	7 26 1/2	135. Annalen der Landwirthschaft in den königl. Preuss. Staaten. Red. v. Dr. Al. Lengerke. Berlin. (Vierteljährlich.)	3 15
90. Allgemeine medicinische Centralzeitung. Redigirt von Dr. Posner. Berlin. (Wöchentl.)	5 —	114. Isis. Encyclopädische Zeitschrift, vorzüglich für Naturgeschichte, vergleichende Anatomie u. Physiologie, von Dfen. Leipzig. (Monatl.)	9 —	136. Archiv der deutschen Landwirthschaft. Herausg. v. Moriz Beyer. Leipzig. (Monatl.)	3 15
91. Zeitschrift für Wundärzte und Geburtshelfer. (Chirurgische Vierteljahrsschrift.) Herausgegeben von Dr. F. Gase, Dr. C. Heller, C. Hubbauer und B. Röden. Mit Holz-schnitten. Stuttgart. (Vierteljährlich.)	1 25				
92. Archiv für physiologische Heilkunde, unter Mitwirkung von W. Koser und C. A.					

Nachdem vorstehende Zeitschriften zirkulirt haben, werden sie von uns zu billigen Preisen, nach der Reihenfolge der Anmeldungen, verkäuflich abgelassen.

2. Ein geschlossener Bücher-Zirkel,

welcher die neu erscheinenden interessantesten und werthvollsten Unterhaltungsschriften, in deutscher und französischer Sprache, aufnimmt. Jeder Theilnehmer erhält wöchentlich circa 4 Bände; die Wechselung der Bücher geschieht jed-n Sonnabend; der vierteljährliche Pränumerations-Betrag ist 3 Thlr.

3. Ein zweiter Bücher-Zirkel,

welcher auch nur neuere Schriften für gebildete Leser enthält, ist für den billigen Betrag von vierteljährlich 1 Thlr. zu benutzen. Drei bis Vier Bände werden jeden Donnerstag gewechselt.

4. Der französische Bücher-Zirkel,

welcher ebenfalls nur Werke der neuesten Zeit enthält. Jeden Donnerstag wird ein Buch für den vierteljährlichen Abonnementspreis von 1 Thlr. ausgegeben. Wer die Zusendung und Abholung der Bücher nicht selbst besorgen will, zahlt außerdem vierteljährlich 10 Sgr.

Da die Anschaffungen und Eintheilungen für vorstehende Lese-Institute, insbesondere hinsichtlich der Journale, immer auf ein ganzes Jahr stattfinden müssen, so ist auch jeder Austritt nur nach 4 wöchentlicher schriftlicher Kündigung vor dem Jahresschlusse zulässig.

Breslau, im Dezember 1848.

Aug. Schulz & Comp.

Extra-Blatt

der Breslauer Zeitung.

Mittwoch, den 27. Dezember 1848, Morgens 6 Uhr.

Preußen.

Berlin, 23. Dez. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Präsidenten der Handelskammer zu Gladbach, J. P. Bölling, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem evangelischen Küster und Schullehrer Ruffack in Kalzig, Regierungsbezirk Frankfurt, und dem Fruchtmesser Sonnenschein zu Arnberg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Berlin, 24. Dezember. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem kurfürstlich hessischen Hofmarschall von Heeringen den St. Johanner-Orden zu verleihen. — Se. Majestät der König haben bei dem Ausscheiden des wirklichen geheimen Ober-Justizraths Dr. Simon aus seinen bisherigen Stellungen als vortragender Rath im Justiz-Ministerium und als Rath bei dem rheinischen Revisions- und Cassationshofe Allerhöchst bestimmt, daß derselbe den Vorsitz bei der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission noch ferner behalte, und ihm zugleich den Charakter eines Präsidenten dieser Kommission zu verleihen geruht.

(Ministerial-Befugung das Verhalten der Lehrer betreffend.) Der Minister der Unterrichts-Angelegenheiten hat folgende Verfügung an sämtliche Provinzial-Schul-Kollegien und Regierungen erlassen:

Die allgemeine Theilnahme an der Entwicklung der politischen Verhältnisse unseres Staats hat sich in allen Sphären des öffentlichen Lebens geltend gemacht, und auch die Schule ist davon nicht unberührt geblieben. Es ist dies eine völlig naturgemäße Erscheinung. Aber es kommt darauf an, über den allgemeinen Interessen nicht die eigentlichen Aufgaben der Schule aus dem Auge zu verlieren. Der Schule, von der Elementar- und Volksschule an bis zu den Gymnasien, ist die Aufgabe gestellt, die ihr anvertrauten Jünglinge nicht allein mit Kenntnissen, welche durch spätere wissenschaftliche Studien oder im praktischen Leben erweitert und ergänzt werden können, auszurüsten, sondern auch, was das Wesentlichste ist, sie zu Staatsbürgern zu erziehen, welche die Religion, die Sitte und das Gesetz achten, ihr Vaterland und ihren Fürsten lieben, welche den Willen und die Kraft besitzen, ihr eigenes Hauswesen zu leiten und mit edler Hingebung sich dem Wohl der Gemeinde und des Staats zu widmen. Daß die Schule dieser Aufgabe genüge verlangen mit Recht die Väter, die Gemeinden und Bezirke, für deren Kinder sie errichtet sind. — Die Staats-Regierung hat dafür zu sorgen, daß ihre Institutionen dem Zwecke und die Organe, denen der Unterricht und die Erziehung anvertraut ist, ihrem Berufe entsprechen. — Das preussische Schulwesen hat, wie selbst von dem Ausland anerkannt worden ist, der besonderen Fürsorge der Regierung nicht entbehrt. Sie wird ihm auch ferner gewidmet bleiben, und es steht zu erwarten, daß die Mängel, welche sich neben großen Vorzügen herausgestellt haben, nach den Grundbestimmungen der neuen Staats-Verfassung und den noch zu erlassenden Spezial-Gesetzen, so weit die Bedingungen es gestatten, werden beseitigt werden. — Die Regierung Sr. Majestät des Königs hat auch unter den Bewegungen einer neuen Zeit ihren ersten Willen und ihre rege Theilnahme für das Gedeihen der Schule nicht verleugnet. Sie hat durch die Einleitung umfassender Beratungen den Lehrern aller Lehrkreise Gelegenheit gegeben, ihre Bedürfnisse und Erfahrungen selbst zur Sprache zu bringen; sie hat in der neuen Verfassungs-Urkunde der Volksschule eine würdige und einflußreiche Stellung gesichert, und sie wird unausgesetzt darauf Bedacht nehmen, dem Lehrstande aller Unterrichtskreise ein seinem Bedürfnisse entsprechendes Auskommen zu verschaffen. — Das Gelingen der Bemühungen, ein nach allen Seiten hin befriedigendes Schulwesen zu erhalten, beziehungsweise zu schaffen, hängt aber wesentlich von denen selbst ab, welchen die Leitung, der Unterricht und die Erziehung der Jugend anvertraut ist. Die Anforderungen, welche an diese gemacht werden müssen, sind nicht gering. Der Lehrer an einer öffentlichen Schule muß neben der wissenschaftlichen auch die sittliche Bildung besitzen, die ihn befähigt, seinen Jünglingen in jeder Beziehung zum Vorbilde zu dienen. Er darf keine höhere Aufgabe für sich anerkennen, als, seinem selbstgewählten Berufe treu, im Unterrichte und im Umgang mit seinen Schülern Alles zu vermeiden, was die naturgemäße und gesunde Entwicklung der Jugend irgendwie stören, von ihr nicht begriffen und richtig gewürdigt werden oder gar auf die Innigkeit des religiösen Gefühls, zu welchem Glauben es sich auch neigen möge, auf die Achtung vor allem Edlen und Guten von nachtheiligem Einfluß sein kann. Wer diese Eigenschaften nicht besitzt und sich anzuzeigen nicht bemüht ist, hat seinen Beruf als Lehrer verfehlt. — Die Regierung hat es dankbar anzuerkennen, daß die bei weitem größere Zahl der Direktoren und Lehrer den an sie gerichteten Anforderungen entspricht, und in würdiger Haltung auch den nachtheiligen Einfluß der politischen Aufregung der neueren Zeit von ihren Schülern abzuwehren bemüht gewesen ist. Leider haben aber einzelne Mitglieder des Lehrstandes die ihnen obliegenden Pflichten aus den Augen verloren und nicht nur bei ihrer Theilnahme an den politischen Parteidämpfen die gesetzlichen Schranken überschritten, sondern sind selbst, unter Mißbrauch ihres Amtes, so weit gegangen, ihren, mit der bestehenden Staatsverfassung nicht übereinstimmenden Ansichten bei der unreifen und unerfahrenen Jugend Eingang zu verschaffen. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß Äußerungen gegen die Jugend gethan worden, welche auf eine Unterdrückung alles sittlichen und vaterländischen Gefühls über-

haupt berechnet erschienen. — Einer solchen Verkennung der dem Lehrstande obliegenden Pflichten darf, wo sie in Thaten sich kundgiebt, nicht stillschweigend zugehört werden. — Die Verfassung des Landes hat der individuellen Freiheit der Meinungen und der Äußerung derselben ihr gesetzliches Gebiet angewiesen, innerhalb dessen die allen Staatsbürgern zustehenden Berechtigungen auch dem Lehrstande gleichmäßig gebühren. Für solche persönliche Meinungen und der Äußerung derselben auf dem Gebiete der allgemeinen gesetzlichen Freiheit — also außerhalb des besonderen Amtes als Lehrer — kann eine Zurechnung und Verantwortlichkeit auf dem Gebiete der Dienstdisziplin nicht stattfinden. — Die Ueberschreitungen des Gesetzes, welche sich ein Lehrer außerhalb seines Amtes in politischer Beziehung zu Schulden kommen läßt, verfallen den Gerichten, und eine Rückwirkung auf die amtliche Stellung des Beschuldigten kann nur dann und in dem Maße stattfinden, als nach den Gesetzen der richterlich festgestellte Charakter des Verbrechens und die Art oder das Maß der vom Richter verhängten Strafe eine solche gebietet. — Was dagegen das Verhalten der Lehrer im Amte anlangt, so hat das Land vor Allem ein Recht, zu fordern, daß die Jugend desselben in Tugend und Sitte und in Achtung und Gehorsam gegen die bestehende Verfassung des Landes und seine Gesetze erzogen werde. — Der Minister, dem die obere Leitung des Unterrichtswesens anvertraut ist, ist den Vertretern des Landes verantwortlich auch dafür, daß diese unwandelbaren sittlichen Grundlagen aller Jugend-Erziehung mit Ernst gewahrt werden. — Sollte daher ein Lehrer, im Widerstreit seiner persönlichen Meinung mit der bestehenden Verfassung des Landes, sich nicht enthalten können, diese seine Ansichten in die Verwaltung seines Amtes zu übertragen und der ihm anvertrauten Jugend, statt Achtung vor dem Gesetz, feindselige Gesinnungen gegen die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Landes einzuflöhen: so werde ich, eingedenk der auf mir ruhenden Verantwortung, gegen einen solchen Mißbrauch des Lehramtes, insofern derselbe nicht den Charakter eines gerichtlich zu ahnenden Amtsverbrechens annimmt, im Wege der Dienst-Disziplin mit unausweichlicher Strenge einschreiten. Eben so muß ich es von den königl. Provinzial-Schul-Kollegien und den königl. Regierungen fordern, daß sie innerhalb ihres Amtes in gleicher Weise verfahren. — Für die Form eines solchen, auf die Verlegung der besonderen amtlichen Pflichten gegründeten Verfahrens, dienen für jetzt und bis das in der Verfassungsurkunde vorbehaltene, den im Februar künftigen Jahres sich versammelnde Kammern vorzuliegende Unterrichtsgesetz entsprechende Formen begründet haben wird, die bisher in Kraft bestandenen Vorschriften über das Disziplinar-Verfahren gegen Lehrer zur Richtschnur. — Ich veranlasse die königlichen Regierungen und die königlichen Provinzial-Schul-Kollegien, die Direktoren und Vorsteher der Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten ihres Ressorts, so wie die Schul-Inspektoren, von den hier ausgesprochenen Grundsätzen in Kenntniß zu setzen, damit diese weiter das gesammte Lehrpersonal davon unterrichten, und spreche ich schließlich die Hoffnung aus, daß der in der großen Gesammtheit des preussischen Lehrstandes wohnende Geist der Sitte und Ehrenhaftigkeit die Kraft haben werde, auch die Einzelnen vor Verirrungen zu bewahren. — Berlin, den 20. Dezember 1848. — Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. — (gez.) von Ladenberg.

An sämtliche königliche Provinzial-Schul-Kollegien und königliche Regierungen. (Staats-Anz.)

Ein Emisär gegen die deutsche Einheit.

— Neue Gesekentwürfe. — Bülow-Cummerow. — Finanz-Angelegenheiten. — Ein geheimnißvoller Schuß. Der bekannte Hr. Klindworth hatte seine Reise von Frankfurt aus auch bis hierher ausgedehnt, und hielt sich mehrere Tage hindurch hier auf. Man weiß, daß er besonders emsigen Verkehr mit den hier accreditirten Gesandten von Baiern und Baden, so wie mit den Geschäftsträgern mehrerer kleineren Staaten pflog, während er mit den Staatsmännern, welche gegenwärtig unser Staatsschiff leiten, in fast gar keine Berührung kam. Darf man hieraus einen Schluß ziehen, so scheint es, als ob die Orleansiden, so wie die durch die Bewegung dieses Jahres gestürzten Größen überhaupt einen Theil ihrer Hoffnung für eine dereinst noch einmal zu erlangende Macht auf die Hintertreibung des Zustandekommens eines einigen mächtigen Deutschlands setzen, und als ob sie deshalb die Eifersucht der Staaten zweiten und dritten Ranges in Deutschland gegen eine Hegemonie Preußens zu schüren eifrig bemüht seien. — Es sind im Schooße des Staatsministeriums zwei Gesekentwürfe, der eine bezüglich auf die Presse, der andere auf das Associationsrecht, ausgearbeitet und beraten worden, bei denen die strengen dieserhalb von Seiten der französischen Republik erlassenen Verordnungen unmittelbar zum Muster genommen worden sind. Es steht, wie wir hinzufügen dürfen, deren Publikation, ohne daß sie vorher mit den Kammern beraten wären, in kurzer Zeit bevor, und gleichzeitig würde der Belagerungszustand, wo derselbe proklamirt ist, aufgehoben. — Es wird als bezeichnend für die Richtung unseres Staatslebens angesehen werden können, wenn wir mittheilen, daß Herr v. Bülow-Cummerow besonders häufig von den Ministern als Vertrauensmann um Rath gefragt und zu Beratungen

zugezogen wird. — Zuverlässigen Nachrichten zufolge sind die bedeutenden Geldsummen, welche durch die freiwillige Anleihe aufgebracht worden sind, durch den riesig angeschwollenen Militär-Etat vollkommen aufgezehrt. Ja es soll, so hören wir hinzufügen, seit Kurzem sogar mit den für die weitere Durchführung der gegenwärtigen militärischen Maßregeln erforderlichen Geldmitteln etwas ins Stocken gerathen, und durch die gegenwärtig nothwendig werdende Schlußabrechnung mit den übrigen Zollvereinsstaaten über die Eingang-, Ausgangs- und Durchgangs-Steuern überdem einige Verlegenheit entstehen. Es drängen sich hiebei eine ganze Reihenfolge von Fragen auf: der Etat für das nächste Jahr hat einer ständischen Bewilligung bisher nicht unterlegen, die Steuern müssen also ohne Kontrolle und ohne Vorveranschlagung weiter erhoben werden; werden sie selbst so für die Befreiung der großen außerordentlichen Bedürfnisse hinreichen, oder sind immer noch trotz der angeblichen völligen Erschöpfung des Staatsschatzes irgendwo Fonds vorhanden, welche sich der Kontrolle entziehen? und wie die Fragen sonst alle lauten mögen. Wir wollen uns in das Labyrinth derselben hier nicht verlieren, da wir sie doch nicht beantworten können, und wollen uns begnügen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf dies Sachverhältniß im Allgemeinen hingelenkt zu haben. — Ein etwas geheimnißvoller Schuß, der offenbar mit einer Windbüchse (denn von einem Knall soll nichts gehört worden sein) von der Burgstraße aus in das kgl. Schloß hinein und zwar gerade in dasjenige Zimmer, in welchem die Offiziere der im Schlosse liegenden Militär-Abtheilung ihr Quartier haben, erfolgt ist, so daß die Kugel, ohne Jemanden zu beschädigen, in die Decke drang, beschäftigt in diesem Augenblicke einigermaßen die Aufmerksamkeit der Polizei-Behörden und die Neugierde des Publikums, denn der Thäter ist bis jetzt noch nicht entdeckt. (Wes.-Z.)

[Staats-Anz.] So eben geht uns nachstehendes Schreiben zu: „Herr Redakteur! Sie haben in dem Staats-Anzeiger vom 19. ein Immediat-Gesuch des hiesigen Ober-Landesgerichtes vom 9. abgedruckt, worin die Mitglieder des Ober-Landesgerichtes Sr. Majestät dem Könige den Wunsch aussprechen, sich wegen meiner Wirksamkeit als Abgeordneter außer aller amtlichen Beziehung mit mir gesetzt zu sehen. Sie bemerken dabei, daß das Justiz-Ministerium Abschrift dieses Gesuchs mir zu meiner Entschließung mitgetheilt hat. Sie versprechen, diese Entschließung seiner Zeit zu veröffentlichen. — Bereits am 14. d. Mts. hatte ich mein hiesiges Amt wieder angetreten, ohne daß mir von jenem Immediat-Gesuche Kenntniß geworden war. Gleich nach der von dem Justiz-Ministerium mir gewordenen Mittheilung erklärte ich dem hiesigen Ober-Landesgerichts-Kollegium in einer Plenar-Sitzung, daß ich von dem Posten, der mir anvertraut worden, nur durch Urteil und Recht weichen werde; dies sei meine Entschließung. Ich meine, daß Männer, die Kraft und Muth in sich fühlen, dem Unrechte überall entgegenzutreten, in der gegenwärtigen Zeit doppelt und dreifach die Verpflichtung haben, auf ihrem Posten auszuharren. — Ich erlaube Sie, diese Erklärung in der nächsten Nummer Ihres Blattes, und zwar an dem Platze, wo jenes Gesuch abgedruckt war, aufzunehmen.“

Münster, am 20. Dezember 1848.

Temme, Ober-Landesgerichts-Direktor.“

[Mit Bezug auf die Nachricht vom Einrücken der Russen in Kronstadt] wird der Ober-Post-Amts-Zeitung aus Berlin geschrieben: „Die Okkupation der Moldau und Wallachei hätte Oesterreich mit Leichtigkeit hindern können; alle desfallsigen Reklamationen des damaligen preussischen Generalkonsuls in Jassy, Freiherrn v. Richtigofen, blieben aber völlig fruchtlos; und mancherlei scheinbar kleine Züge haben dort dazu beigetragen, einen Schatten des Mißtrauens auf Oesterreich zu werfen. So traf es sich, daß das große Fest, welches zu Ehren der russischen Okkupation der Fürstenthümer russischerseits in Jassy gefeiert wurde, grade am 15. Oktober, dem Geburtstag des Königs von Preußen, stattfand. Dem Okkupationsfeste wohnte offiziell kein Preuze bei, diese hatten vielmehr zu Ehren ihres Königs eine besondere Feier veranstaltet, zu welcher auch der österreichische Gesandte eingeladen wurde. Er ließ sich jedoch wegen Unwohlseins entschuldigen. Dieses aber hinderte ihn nicht, der kirchlichen Feier der Okkupation in voller Staatsuniform beizuwohnen.“

C.-B. Berlin, 23. Dezember. [Tagesbericht.] Dr. Eichler ist jetzt steckbrieflich verfolgt. Der Grund dieser Verfolgung ist nicht, wie man nach der Mittheilung einer hiesigen Zeitung entnehmen könnte, das Niederschießen einer Schilbwache am 18. März Nachmittags; vielmehr ist die Verfolgung aus neueren Vorgängen herzuleiten. — Hr. Kratochwil, der sich zu beständigen scheint, Berlin in Kürze verlassen und Herrn Cremieux zum Nachfolger erhalten wird, war

gestern zum Diner bei Herrn v. Wrangel. Gast und Gastgeber benutzten diesen Anlaß, um einander die Achtung zu erkennen zu geben, auf die sie nach ihrer Stellung Anspruch haben. Dem Gesandten der französischen Republik war der Platz zur rechten Seite des Kommandeurs der Marken angewiesen, wogegen jener sich in der Anrede des „Monseigneur“ bediente, als eines nach seiner Meinung für den unbeschränkten Herrn der Hauptstadt Preußens nicht unangemessenen Titels. — Das neue konservative Organ, welches jetzt hier begründet ist (Berliner Zeitung), hat heute bereits eine Probenummer ausgegeben. An der Spitze der Redaktion steht Dr. Adam Köppler, dem es, so viel wir wissen, in seinem vieljährigen Kampfe für die Grundsätze des Konservatismus um die Sache zu thun war. An der Spitze der Aktien-Gesellschaft, welcher die Zeitung ihr Entstehen verdankt, ein Sachwalter beim geh. Obertribunal, Dr. Kahle.

C.-B. Berlin, 24. Dezbr. [Tagesbericht.] Auch das Weihnachtsfest ist herangekommen, ohne uns das ersehnte Geschenk, die Aufhebung des Belagerungszustandes zu bringen. Doch scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Zwangsmaßregeln, die, leicht oder schwer, jedenfalls schon als solche drückend sind, bald ihr Ende erreichen müssen. Die Truppen werden fast täglich vermindert, und das Gerücht, daß General Wrangel an den Rhein marschiren werde, gewinnt immer mehr an Gewißheit. Den zurückgebliebenen Mannschaften soll von der Königin eine außerordentliche Weihnachtsgabe beschieden sein. Der Mann soll einen Thaler, eine Flasche Punsch und eine Meße Apffel erhalten. Man schreibt diese Gabe der freudigen Empfindung der Königin darüber zu, daß die über Berlin verhängten Maßregeln zum Theil durch die Mäßigung des Militärs ohne Blutvergießen ausgeführt worden sind. — Das antiministerielle Wahlcomité, welches unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichts-Rathes Martins I und des Kammergerichts-Rathes Gottheiner als „Central-Comité für volksthümliche Wahlen im preussischen Staate“ auftritt, hat sein Programm, welches bereits in der deutschen Allgemeinen Zeitung abgedruckt ist, nunmehr in alle Wahlkreise der Monarchie versendet. Das Begleitschreiben erklärt es als die Aufgabe des Comités: „Die Wahlen für die zusammentretenden Kammern in derjenigen Richtung zu bewirken, welche durch die Majorität der National-Versammlung am 9. November vertreten war.“ Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit soll die erste Kammer sein. Das Comité fordert deshalb auf, jedem Kandidaten die Annahme der Diäten und Reisekosten zur Bedingung seiner Erwählung zu machen. „Den Vermögenden mag es anheimgestellt bleiben, über die Summe, die ihnen aus der gemeinschaftlichen Kasse zu Theil wird, nach ihrem Ermessen zu verfügen.“ Ein besonders versandter Plan macht Vorschläge über die geeignete Weise der Organisation von Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Comités. — Dem Central-Comité gehört u. A. auch der Kammergerichts-Rath Eichborn an, welcher sich durch die Novembereignisse zum Ausschneiden aus dem königlichen Justizdienste verpflichtet fühlte. — Neben dem antiministeriellen Wahl-Comité, das sich hier gebildet hat, besteht auch ein ministerielles. Die thätigsten Leiter, die Agitatoren des letzteren, sind die Herren Harkort und v. Meusebach. Eine trefflich organisirte Correspondenz mit verwandten Vereinen und gleichgesinnten Persönlichkeiten in den Provinzen unterstützt ihre Bemühungen auf das Wirksamste. — Die früher von uns mitgetheilte Nachricht, daß der frühere Oberpräsident von Meining in den Staatsdienst wieder einzutreten beabsichtige, wurde damals amtlich aus dem Berichtigungsbureau „widerlegt.“ Diese „Berichtigung“ ist heute durch eine in der Spener'schen Zeitung enthaltene halbamtliche Notiz zurückgenommen. — Das Gerücht von einer beabsichtigten republikanischen Schilderhebung, durch welches die contrerevolutionäre Presse die Maßregeln der Regierung im November zu rechtfertigen versuchte, beginnt von Neuem zu spuken. Es sollen den Behörden anonyme Anzeigen zugegangen sein, welche darauf hindeuten, daß jetzt die im vorigen Monat projectirte Insurrektion im Werke sei. — Der neulich von uns gemeldete Konflikt innerhalb der Buchdrucker-Korporation, welcher in der Bevorzugung der Hofbuchdruckerei und einiger anderer Druckereibesitzer mit Regierungs-Arbeiten seinen Grund hatte, scheint jetzt bis zu einer völligen Auflösung jener sehr wichtigen Genossenschaft gereift zu sein.

[Ankauf von Pferden. — Revision der Vergesehe.] Dem Vernehmen nach ist bereits eine Million bewilligt zum Ankauf von Pferden für die Ausrüstung des an der Westgrenze aufzustellenden Armeekorps. Eine würdige Entfaltung der kriegerischen Macht ist die sicherste Schutzwehr des Friedens. — Nachdem zur Vorbereitung der Reformen in Betreff unserer Vergesehe die Commission im Ministerio für Handel und Gewerbe auch zahlreiche Fachmänner unter den Privaten zur Berathung herangezogen hat, dürften nunmehr, wie wir vernehmen, jene Commissarien noch mit solchen aus den Ministerien der

Justiz, Finanzen und des Innern baldigst zusammentreten, um den von vielen Seiten begutachteten ersten Entwurf des neuen Vergesehes schließlich so zu redigiren, wie ihn der Handelsminister als gereiftes Resultat der sorgfältigsten Vorarbeiten den Kammern vorzulegen beabsichtigt. In den bezeichneten nächsten Konferenzen mit den betreffenden Commissarien der Fach-Ministerien werden wohl die Abschnitte über das Bergrecht, die Bergpolizei und die Bergabgaben schließlich revidirt werden, womit sich auch noch der praktische Rath unserer vier Berghauptleute vereinigen dürfte.

(Vof. 3.)

[Untersuchungen gegen Abgeordnete. — Fremden-Polizei. — Neue Verhaftungen und Untersuchungen. — Wegfall der Remunerationen.] Dem Inquisitorats-Direktor Leonhardt, gegenwärtig beim Kriminal-Senat des königl. Kammergerichts beschäftigt, ist die Führung der Voruntersuchung gegen diejenigen Abgeordneten der Nationalversammlung, welche außer der Beschlußfassung über die Steuerverweigerung sich noch besonders thätig bei der Verbreitung und Ausführung dieses Beschlusses gezeigt haben, durch Ministerial-Bestimmung übertragen worden. Es hat dies deshalb geschehen müssen, weil sich unter den Abgeordneten dieser Kategorie sehr viele Richter befinden, die auch jetzt noch ein erimirtes Forum haben. Von den nichtrichterlichen Abgeordneten glauben wir nicht, daß sie nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen über den Gerichtsstand der Staatsbürger vor ein Ausnahmegericht gestellt werden können, sondern jede gerichtliche Prozedur gegen sie wird nur von ihrem persönlichen Richter ausgehen dürfen. So viel steht übrigens fest: der Staatsanwalt gedenkt keinesweges gegen alle Mitglieder der Nationalversammlung, welche überhaupt für die Steuerverweigerung gestimmt haben, einzuschreiten, sondern wird lediglich nur diejenigen verfolgen, welche diesen Beschluß durch Proklamationen und Ansprachen an das Volk, Reisen in die Provinzen zu diesem Zwecke u. s. w. in Kraft zu setzen sich bemüht, und überhaupt eine Thätigkeit für die Verlebendigung des Beschlusses entwickelt haben. — Die Voruntersuchung gegen den Regierungsrath v. Unruh wegen widerrechtlicher Voraubung der persönlichen Freiheit, deren er sich in seiner Eigenschaft als Präsident der National-Versammlung an dem Bureauvorsteher derselben, Kanzleirath Bleich aus dem Ministerium des Innern, schuldig gemacht haben soll, ist gegenwärtig beendet. Es soll sich bei derselben nicht so viel herausgestellt haben, was den Staatsanwalt veranlassen könnte, eine Anklage gegen Hrn. von Unruh zu erheben, so daß diese Angelegenheit nunmehr für beendet zu erachten sein dürfte.

— Die Polizei hat in neuerer Zeit ihr Hauptaugenmerk auf die hier ankommenden Fremden gerichtet, und verfährt bei Durchsicht ihrer Legitimationspapiere mit großer Genauigkeit. Es haben in Kurzem vielfache Ausweisungen von Personen stattgefunden, deren Namen nur irgendwie eine politische Anrüchigkeit hatten. So ist dies namentlich der Fall gewesen mit mehreren Parteiführern der polnischen Propaganda, die auch als Angeklagte im Polenprozeß figurirten, so wie mit mehreren politisch bedeutungsvollen Persönlichkeiten aus Süddeutschland. Aus diesen Maßregeln läßt sich schließen, daß die Behörden namentlich zu den bevorstehenden Wahlen alle fremden Elemente, von denen man einen Einfluß irgend einer Art voraussehen könnte, aus der Hauptstadt entfernen wollen. — Es verbreitete sich gestern plötzlich das Gerücht in der Stadt, ein wohlhabender Mann, ein hiesiger Büchsenfabrikant nämlich, sei plötzlich eines politischen Vergehens halber verhaftet worden. Die Verhaftung soll allerdings begründet und zwar deshalb erfolgt sein, weil der Verhaftete am Tage nach Verhängung des Belagerungszustandes über die Residenz mehrere seiner Gehülften mit Büchsen bewaffnet und ihnen den Auftrag erteilt haben soll, gewisse hohe Personen, die er ihnen speziell bezeichnet, zu erschießen. — Die beim Kriminalgericht, schwebende Voruntersuchung wegen der in der Nacht nach Auflösung der hiesigen Bürgerwehr in verschiedenen Stadttheilen stattgehabten größeren Versammlungen und der hierbei vorgekommenen Reden, ist im vollen Gange. Es sind bereits eine große Anzahl von Personen vernommen worden, welche diesen Versammlungen beigewohnt haben sollen, und von denen man nicht recht weiß, ob sie als Zeugen oder als Angeklagte gelten werden. Unter den bereits vernommenen Personen befindet sich auch der Literat Held, welcher in der erwähnten Nacht einer Versammlung in der großen Frankfurterstraße beigewohnt haben soll. — Nach einem vor einigen Tagen im Ministeriathe gefaßten Beschlusse soll die bisher üblich gewesene Vertheilung von Gratifikationen und Remunerationen an Beamte für die Zukunft unterbleiben und alle bisher dazu verwendeten Fonds, Ueberschüsse, Ersparnisse u. von sämtlichen Behörden an die General-Staatskasse abgeführt werden; — eine Maßregel, gegen die sich im Allgemeinen gewiß nicht einwenden läßt, und die wir daher als einen Anfang zur Beseitigung des Gratifikationsunwesens anerkennend begrüßen. Man gebe den Beamten ein hinlängliches Auskommen, dann braucht

man ihnen für die Erfüllung ihrer Pflicht keine Gratifikation zu ertheilen.

(Nat. 3.)

Stettin, 22. Dez. [Ein Theil der Landwehr wird entlassen.] In Folge eines kriegsministeriellen Befehls sollen von jedem Landwehr-Bataillon im Korpsbezirk 400 Mann entlassen werden. Zu diesem Behuf ist heute das Garde-Landwehr-Bataillon nach hier zurückgekehrt. Die 400 Mann des Anklam'schen Bataillons gehen bereits morgen in ihre Heimath.

Schrimm, 22. Dez. [Militärisches.] Heute verläßt uns die bisher hier garnisonirende reitende Batterie mit acht Geschützen, um nach Schwerin a. W. zu marschiren, — und es bleiben gegenwärtig nur noch zwei Kompagnien des 7. Linien-Infanterie-Regiments sowie eine Kompagnie des 10. Landwehr-Regiments als Besatzung hier zurück. — Der schnelle Ausmarsch der Artillerie giebt hier zu dem Gerüchte Veranlassung, daß nächstens ein Feldzug gegen Frankreich Statt finden werde, und wir können nicht verhehlen, daß unter den Truppen darüber eine ungemaine lebhafteste Freude herrscht, denn der größte Theil sehnt sich nach einem thatenreichen, wenn auch blutigen Wirken auf dem Felde des Ruhms. (Vof. 3.)

Jarocin, 20. Dezbr. [Verschwörung.] Hier sind seit einigen Tagen ungewöhnliche militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, für die der in die Geheimnisse der Militärbehörde nicht Eingeweihte vergebens einen Grund sucht. Man glaubt einer Verbindung, die sich sogar bis nach Ruffisch-Polen hinein erstrecken soll, auf der Spur zu sein, die nichts mehr und nichts weniger zum Zweck hätte, als bei der voraussichtlich auf Louis Bonaparte fallenden Präsidentenwahl sofort einen Aufstand zu provociren, wobei man dann als ganz gewiß die endliche Wiedergeburt des Polenreichs durch eine bewaffnete Intervention Frankreichs hofft. Mancherlei Umstände scheinen auf dergleichen hinzudeuten; es zeigt sich namentlich etwas ungewöhnlich Auffälliges in der Haltung und dem äußeren Auftreten der Personen, die aus der letzten Insurrektion her bei uns eben nicht in sonderlichem Andenken stehen. (Vof. 3.)

Köln, 21. Dez. [Gottschalk, Anneke und Esser vor Gericht.] Heute Morgen begannen die öffentlichen Verhandlungen der Kriminalanklage gegen Dr. Andreas Gottschalk, Friedrich Anneke und Christian Joseph Esser vor dem hiesigen Assisenhofe. Die Angeklagten wurden gegen halb 9 Uhr geschlossen und unter Bedeckung von Gensdarmen und etwa 60 Soldaten aus dem Arresthause zu Fuß nach dem Justizgebäude gebracht. Um Unruhen und Störungen zu vermeiden, waren die Wachposten inner- und außerhalb des Sitzungssaales verstärkt und in etwas übertriebener Besorgniß der Appellhofplatz mit mehreren Kompagnien Soldaten besetzt worden. Der Andrang des Publikums war ungemein groß. Schon früh hatte sich der Saal mit Menschen aller Stände gefüllt; besonders stark war die Arbeiterklasse vertreten. Unter den Zuhörern befanden sich viele Damen, u. A. auch die Gräfin Hasfeldt. Um 9 Uhr trat der Gerichtshof, den Präsidenten, geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath v. Weiler, an der Spitze, in den Saal. Der Staatsprokurator v. Ammon nimmt den Sitz des öffentlichen Ministeriums ein. Neben den Angeklagten sitzen die Advokatanwälte Walraff, Hartung I. und Hagen. Der Erstere hat die Vertheidigung Gottschalks übernommen, Hr. Hartung wird für Anneke und Hr. Hagen für Esser sprechen. Der Präsident fragt die Angeklagten nach Namen, Stand und Wohnort, worauf sie mit lauter Stimme antworten. Das Benehmen Gottschalks und Annekes ist frei und ungezwungen; Esser dagegen scheint etwas niedergedrückt zu sein. Nun schreitet man zur Bildung des Geschworenengerichtes, wobei sowohl von Seiten der Staatsbehörde wie der Vertheidigung viele Reskusationen vorkommen. Da die Verhandlung mehrere Tage andauern wird, so wurde ein dreizehnter Geschworer als Supplement-Geschworer genommen. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß die Angeklagten beschuldigt sind, im Laufe des Jahres 1848 zu Köln ein Komplott zum Zwecke der Veränderung und des Umsturzes der betreffenden Regierung und der Erregung eines Bürgerkrieges durch Verleitung der Bürger, sich gegen einander zu bewaffnen, gemacht, oder doch durch Reden in öffentlichen Versammlungen, durch gedruckte Schriften und angeheftete Plakate zu Attentaten und solchen Zwecken geradezu gereizt zu haben. (K. 3.)

Köln, 23. Dezember. Heute Mittag wurde die Kriminalprozedur gegen Dr. Gottschalk, Lieutenant a. D. Anneke und C. J. Esser beschlossen. Die Geschwornen erklärten nach kaum viertelstündiger Verathung sämtliche Angeklagten des ihnen zur Last gelegten Verbrechens für unschuldig, worauf dieselben sofort in Freiheit gesetzt wurden. Die Theilnahme des Publikums war vom Anfang bis zu Ende ungeschwächt dieselbe geblieben. (K. 3.)

Frier, 21. Dezember. [Der Abgeordnete Otto und die Tripel-Allianz.] Der hiesige demokratische Verein hatte gestern die Freude, den seit einigen Tagen zurückgekehrten Abg. Assessor Otto in

seiner Mitte zu sehen. Otto gab in der Vereinsitzung, so viel es die Zeit erlaubte, eine übersichtliche Auseinandersetzung dessen, was die National-Versammlung in Berlin für des Volkes Freiheit gewirkt, und welche Hindernisse entschiedenere Resultate verhindern mußten. Er berichtete unter Anderem: „Das Gerücht von einer Allianz zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich ist kein bloßes Gerücht mehr, es hat sich als Thatsache bewährt, und die Beweise davon befinden sich in der Hand eines Abgeordneten der Nationalversammlung. Beweise, die keinen Zweifel mehr übrig lassen und die bis zum Wortlaute des Traktates sich erstrecken. Dies erfuhren die National-Versammlung zu spät, um noch wirksam dagegen ankämpfen zu können.“

(Trier. Btg.)

Koblenz, 22. Dez. [Entlassung der Kriegsréserven.] Die Kriegsréserven der hier stehenden Kompagnie Festungs-Artillerie, welche allein mobil ist, gehen heut noch in ihre Heimath ab. Demnach scheint das Gouvernement den Ausbruch eines Krieges doch noch nicht als sehr nahe zu betrachten. Auch können wir versichern, daß die vielen von hier ausgehenden Nachrichten über Armirung der Festung als übertrieben zu bezeichnen sind. (Mosel. B.)

Deutschland.

C. P. C. Frankfurt a. M., 21. Dezbr. [Aus den Sitzungen und andere wichtige Angelegenheiten.] Schon unser gestriger Bericht erwähnte, wie bedenklich die Zusammensetzung des zur Begutachtung des ministeriellen Antrags niedergesetzten Ausschusses sei. Derselbe zählt 4 österr. und nur 2 preuß. Abgeordnete; die bisherige Linke ist mit 9 Mitgliedern vertreten, und der ministerielle Antrag darf nur auf 4 höchstens 5 Stimmen rechnen. Die Intrigue, welche die Leidenschaft hinter sich hat, das sind die Elemente, welche in diesem Ausschusse den Sieg davontragen werden. Zum vorläufigen Referenten in dem Ausschusse ist Giska, zum Correferenten Rüber erwählt. In der gestrigen Sitzung soll der Antrag, über die Vorlage des Ministeriums zur Tagesordnung überzugehen, nur mit einer Stimme Majorität abgelehnt und der Beschluß angenommen worden sein, allererst die betreffenden Dokumente einzuziehen und behufs einer Beschlussfassung zu prüfen. Sehr glücklich trifft es sich dabei, daß der eben von Wien zurückgekehrte Reichs-Kommissar, Herr Pauer von Augsburg, als Mitglied des Ausschusses, demselben die Versicherung wird einschärfen können, daß das Gagernsche Programm durchaus dem Willen und den Gesinnungen entspricht, die man in Oesterreich selbst in Beziehung auf das Verhältniß zu Deutschland hegt. Am meisten aber hoffen wir, daß diese Ueberzeugung die Furcht einer Reise sein werde, welche Herr von Schmerling heute Abend nach Olmütz in der ausdrücklichen Absicht antritt, um sich zu vergewissern, ob die von Gagern geltend gemachte Auffassung des österreichischen Programms die richtige sei. — Die Oberhaupt-Frage, unzertrennlich verbunden mit der österreichischen, wird eben deshalb in den Parteiversammlungen gleichzeitig einer Beantwortung entgegengefördert. Wie der Augsburger Hof, so hat jetzt auch das Casino den Bericht der von der Partei niedergesetzten Kommission vorliegen. Die Kaiserkrone soll hiernach erblich mit der Krone Preußen verbunden werden, während die gerechte Rivalität der anderen zum Reiche gehörigen Staaten durch die Einsetzung eines Reichsrathes, durch Verstärkung der Stimmen im Staatenhaufe und durch andere Koncessionen zu befriedigen sei. — Von der heutigen Sitzung *) nur ein Wort. Es handelt sich um das Einführungs-Gesetz zu den Grundrechten, eine Gelegenheit, welche die äußerste Rechte günstig hielt, um ihr Vereinbarungs-Prinzip von Neuem in die Versammlung zu werfen. Als Prinzip nun fand auch diesmal die Vereinbarung nicht mehr als etwa 40 Anhänger. Wenn aber dennoch auch Mitglieder des Centrums dem Amendement beistimmten, welches die Zustimmung der Regierungen zu den Grundrechten eingeholt wissen wollte, so geschah es wohl deshalb, weil in der That die abgesonderte Verkündung der Grundrechte nur zu geeignet scheint, einen bedenklichen Zustand der Rechtsunsicherheit und Rechtsverwirrung herbeizuführen. Begreiflich daher, daß bereits Bedenken einzelner Regierungen gegen diese Separatverkündung eingetroffen sind, so namentlich eine Remonstration der hannoverschen Regierung vom 17. d. M. Dennoch geben wir den Glauben nicht auf, daß die Regierungen, eingedenk der Hülfe, welche die National-Versammlung ihnen, gegenüber dem Andrängen der Anarchie, treu und standhaft geleistet, kleinliche Bedenken beseitigen werden, damit nicht große Hoffnungen vereitelt werden, die das deutsche Volk auf das Zustandekommen des Verfassungswerks, auf die Herstellung der Freiheit und Einheit des Vaterlandes gesetzt hat. Frankfurt, 21. Dezbr. Es kann aus sicherer

Quelle berichtet werden, daß die hannoversche Regierung ihren Entschluß erklärt hat, die Einführung der Grundrechte nicht eher zu bewirken, bis die gesammte Reichsverfassung zur Vollendung gelangt sein wird.

In Folge der seit gestern eingetretenen Kälte treibt der Main bereits so stark mit Eis, daß die Schifffahrt eingestellt werden mußte, und die Schiffe nach Sicherheitsplätzen sich begeben haben. — (Auch auf dem Rheine ist der Eisgang sehr stark.)

C. B. Frankfurt, 22. Dez. [Tagesbericht.] In den letzten Tagen wurde im baden'schen ein Individuum zur Haft gebracht, das auf den Steckbrief zu passen schien, der hinter dem r. Hoffmann aus Bockenheim, des an Lychnowsky und Auerwald verübten Mordes verdächtig, erlassen war. Dieser Mensch, der energisch gegen die ihm angehängte Persönlichkeit protestirte, ist nichts desto weniger gefesselt nach Bockenheim gebracht worden, und hat erst dort, als die Nichtidentität konstatiert war, seine Freiheit wieder erhalten. — Vorgestern lief ein Mensch, zwei Dolche vor sich haltend, die Zeile entlang, mit dem Rufe: Gagern muß sterben. Er ward von einer Patrouille verhaftet. Die Untersuchung hat ergeben, daß er vom Wahnsinn befallen ist. — In der Bundesfestung Mainz werden allerlei Vorbereitungen getroffen, die auf die Absicht schließen lassen, die Festung in vollen Vertheidigungszustand zu setzen; es werden Dächer abgedeckt, und Bäume auf dem Glacis umgehauen. — Nach allen Nachrichten aus dem Elsaß findet in dieser Provinz ein totaler Umschwung der Stimmung Statt. Ueberall wird der Ruf vive Napoleon mit dem Ruf vive la République beantwortet, oder auch mit dem Rufe vive Cavaignac und vive Ledru Rollin. An öffentlichen Orten ist der bloße Versuch von einem französischen Kaiserthum zu sprechen gefährlich. Aus den, dem Elsaß benachbarten Provinzen laufen ähnliche Nachrichten ein. Im Elsaß soll sich vorzüglich die deutsche Bevölkerung, die auch wenig für Napoleon Louis gestimmt hat, durch republikanischen Fanatismus auszeichnen. Die Haupt-Anhänger Napoleons dagegen sollen die elssasser Juden sein. — Es zirkulirt das Gerücht, der Präsident Besseler wolle einen namhaften Theil der National-Unterstützung, die ihm geworden, für Blums Hinterbliebenen wieder auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. (?)

C. P. C. Frankfurt a. M., 22. Dezbr. Zum ersten Mal erblicken wir heut unseren neugewählten Präsidenten wieder in der Versammlung. Die Nachrichten, welche Herr Simson von Berlin mitgebracht, sind durchaus erfreulicher Art. Wenn die Minister Brandenburg und Manteuffel noch immer ihre Stellen nicht verlassen haben, so trägt nicht sowohl ihr eigener Wille die Schuld daran, als die Befürchtungen einer in Preußen nicht geringen Partei, daß der Rücktritt jener Männer, die früheren anarchischen Zustände zurückbringen könne, sowie die Schwierigkeit, ihre Stellen zweckmäßig durch Andere zu besetzen. In Betreff der deutschen Sache und insbesondere deren letzten Abschluß lauten die Andeutungen des Reichskommiffars günstiger, als man nach früheren Gerüchten über die Ansichten einer höchst theilnehmenden Person glauben hoffen zu dürfen. — Unser umgestaltetes Ministerium ist in der heutigen Sitzung schon sehr rüstig auf dem Plane gewesen. Es gilt die Verhandlung über das erste Reichsbudget. Mit zum Theil kleinlicher, Seitens der Linken sogar mit krämerhafter Kritik macht man dem Ministerium die Bewilligung desselben sauer, und es bedarf der edlen Weisheit Bekehrung und der klaren und würdigen Gagerns, um diese Finanzverhandlung zu heben und zu adeln. Wie übrigens Gagern sein Amt zu versehen weiß, das mag ihm ein charakteristisches Diktum bezeugen, welches von links her zu uns herüberklingt. „Mit Würde — sagen die Gegner — und ohne Phrase.“ „Ohne Phrase“ — und man hat dabei ohne Zweifel vor Allem das Programm über die österreichische Frage im Auge. Und in der That ist es die Klarheit, die Rückhaltlosigkeit, die Parrhesie dieses Programms, welche demselben von Tage zu Tage mehr Freunde zuführt, und die Anfangs Erschrockenen und Abgestoßenen wieder anzieht. Unsere Hoffnung ging von Anfang an dahin, daß die oppositionelle Coalition gegen Gagerns Programm in all ihrer Unklarheit und Verworrenheit vor der Vernunft und Klarheit der Sache zerrinnen werde. Diese Hoffnung beginnt bereits sich zu erfüllen. Nicht nur, daß viele Oesterreicher sich an dem offenen Worte Gagerns ernüchtern, nicht nur, daß Benedek's Deklamation von einem großen Theil seiner eigenen Partei desavouirt wird: es ist namentlich die Fraktion Jürgens für keine antiministerielle zu halten. Das Ministerium, wenn irgend möglich, zu stützen, das ist die ausgesprochene Tendenz dieser Fraktion, die man vielleicht zu rasch für eine Gegnerin Gagerns ansah, weil sie eine Gegnerin des Austritts von Schmerling war. Diesen Austritt zu empfindlich genommen und nicht sogleich das Maß dieser Empfindlichkeit gefunden zu haben, das scheint der Fehler dieser neuen Partei gewesen zu sein. — Die Verdienste des Herrn von

Schmerling mögen diesen Fehler rechtfertigen, und man wird gewiß geneigt, diese Verdienste anzuerkennen, wenn man den Nachfolger Schmerling's zum Theil nur bemüht sieht, das von diesem Begonnene weiter zu führen. Es ist namentlich ein Exposé über die dänische Sache eine Erbschaft der Schmerling'schen Verwaltung, welche durchaus in gleichem Geiste von dem neuen Minister des Auswärtigen aufgenommen worden ist. Die Erklärungen, Dänemark gegenüber, sind die allerentschiedensten und enthalten das nachdrückliche Versprechen, die gemeinsame Regierung in Schleswig gegen dänische Uebergriffe zu schützen.

C. P. C. Frankfurt a. M., 23. Dezbr. Der in der heutigen Sitzung gefasste Beschluß, das Reichsministerium zum Abdrucke einer großen Anzahl von Exemplaren derjenigen Nummer des Reichsgefehltes zu veranlassen, in welchem die Grundrechte publizirt werden, um dieselben den Mitgliedern der Versammlung zum Behuf der Vertheilung in ihren Wahlkreisen zur Verfügung zu stellen, hat mannigfache Bedenken hervorgerufen. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß namentlich in solchen Ländern, wo die sofortige Publikation nicht erfolgt, die Verbreitung jener Blätter durch die Frankfurter Abgeordneten Aufregung und Mißverständnisse hervorrufen kann; doch darf man wohl die Erwartung hegen, daß die Abgeordneten sich ihrer Stellung und der Pflichten gegen ihre Heimath bewußt sein und den gegebenen Anlaß weit eher dazu benutzen werden, ihre Wähler über die Gründe aufzuklären, durch welche sich einzelne Staateregierungen veranlaßt sehen können, die Publikation der Grundrechte einstweilen noch hinauszuschieben. Jedenfalls werden diese Gründe der Centralgewalt vorgelegt und wird von der Reichsversammlung darüber Beschluß gefaßt werden müssen, wie der Widerspruch in gesetzlicher Weise zu beseitigen. Eine Agitation der Massen wäre nicht allein an sich, sondern auch deshalb gefährlich, weil sie hier und dort — man denke nur an die Wirkung der §§ 33 und 38 auf die bäuerliche Bevölkerung großer Landstriche — erst zu dem vorausgesetzten Ergebnis führen und der Reichsversammlung neue, ganz unerwartete Schwierigkeiten bereiten dürfte. — Auch liegt die Gefahr anderswo. Die Traditionen der Freiheit aus den Märztagen haben, was auch von Seiten der Linken dagegen gesagt werden möge, von ihrer alten Kraft nichts verloren, ja, sie sind durch die Einsicht gefördert und befestigt worden, mit der man die Freiheitsrechte der Nation auf dasjenige Maß zurückzuführen und größtentheils mit Erfolg zurückgeführt hat, wodurch sie fortan die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft bilden werden. Aber die Traditionen der Freiheit werden für manche Ohren bald ein verklungenes Märchen sein. Die Bewegungen in einigen Gebieten des südlichen und mittleren Deutschland bleiben hier nicht unbenutzt und die Wühlereien des Hrn. Klindworth werden auch von der Ferne beobachtet. Wühlereien, gleichviel ob auf parquetirtem Boden oder in den dumpfen Spelunken! Gerüchte, die so eben verbreitet werden, als ob Preußen, auf den Wunsch Rußlands, der Trias seine Beistimmung gegeben hätte, glauben wir aus gutem Grunde bezweifeln zu dürfen. Auch den Wunsch Rußlands! Eben weil Rußland die Schwäche Deutschlands verewigen, weil es Oesterreich in die unhaltbare Stellung der deutschen Trias hineindrängen und dadurch von seiner innern, der Donaumündung naturgemäß zugewendeten Politik ablenken will, muß es die Trias wünschen und eben deshalb muß Deutschland das Gegentheil nicht bloß beirathen, sondern rasch und kühn ergreifen. Möglich, daß wir binnen kurzer Zeit die Nachricht erhalten, daß auch Louis Napoleon mit der Trias vollkommen zufrieden sei und der Kaiser Thiers bereits einen Plan fertig habe, der auf einem kleinen Umweg nach Frankfurt spedirt werden soll. Wenn aber das Ausland sich früher geeinigt hätte als Deutschland, wenn es uns mit einer heilsamen Gefahr beschenken sollte, dann ergeht an Preußen die Mahnung: Videant consules, respublica, ne quid detrimenti copiat! denn eine Diktatur im rechten Moment ist auch eine rettende That! Wir sind aber auch fest überzeugt, daß die Politik von Olmütz den kleinlichen Bestrebungen fremd ist, in die ein großer Theil der österreichischen Abgeordneten ihre Regierung verwickeln will und wir erwarten, daß gerade von dorthier Aufklärungen werden gegeben werden, die das Netz der Intriguen zerreißen und vor ganz Europa den Beweis führen, daß Oesterreich mit Preußen Hand in Hand geht. Aufrichtig wünschen wir, daß es Herrn v. Schmerling beschieden sein möchte, der Bote solcher Mittheilungen zu werden, weil wir unsere Seite an seiner patriotischen Hingebung niemals gezweifelt haben. — Die Arbeiter der Reichsversammlung sind bis zum Donnerstag ver-tag worden.

München, 21. Dez. [Budget. Der Rücktritt Lerchenfeld's. Rüstung.] Das Verfassungsgesetz vom 15. April 1840, dessen Bestimmung an die Stelle des § 6 Tit. 7 der Verf.-Urkunde trat, setzt

*) Die Berichte über die 141ste, 142ste und 143ste Sitzung des Reichstages werden wir nachtragen. Red.

fest, „daß spätestens 9 Monate vor Ablauf des jährigen Termins, für welchen die fixen Ausgaben festgesetzt sind, der König für die 6 Jahre, welche diesem Termine folgen, den Ständen ein neues Budget vorlegen läßt.“ Diese Verfassungsbestimmung wird nun diesmal allem Anscheine nach ganz umgangen werden, denn der späteste Termin zur Vorlage des neuen Budgets wäre der 31. d. M.; bis dahin können aber die Kammern, da sie noch nicht einmal einberufen sind, unmöglich konstituiert und eröffnet sein, um ihnen Vorlagen machen zu können. Ja es scheint, daß der Zusammentritt des Landtags vor dem neuen Jahre nicht mehr erfolgen werde, da das Einberufungsdekret noch immer nicht erschienen ist. — Der Minister Lerchenfeld hat sein Portefeuille niedergelegt. Wer der Nachfolger Lerchenfeld's wird, scheint noch nicht bestimmt zu sein. Man spricht noch immer von Herrn v. Schrenk, an welchen eine Stafette nach Frankfurt geschickt worden sein soll. Als Grund des Rücktritts Lerchenfeld's wird namentlich die Zurückweisung seiner Entwürfe über Gemeinde-, Bezirks- und Kreisvertretung bezeichnet, denen das volksthümliche Element in voller Ausdehnung zu Grunde gelegt war. — Dem Vernehmen nach soll die Marschbereitschaft zweier hiesigen Regimenter allerdings mit der Aufstellung deutscher Reichstruppen an der schleswig-holsteinischen Grenze zusammenhängen. Auch will man der letzten Ministerkonferenz nicht bloß die Bierfrage, sondern auch Gegenstände anderer Natur — die Kaiserfrage und verschiedene Ablehnung der preussischen Hegemonie — unterlegen. (D. L. Z.)

Lübeck, 21. Dezbr. [Rüstung der Dänen.] Nach zuverlässigen Mittheilungen von Reisenden, die mit den letzten Dampfschiffen hier von Kopenhagen ankamen, werden noch fortwährend Truppen nach Jütland und Alsen hinübergebracht, und ist dies auch der Grund, daß die dänische Regierung nur wöchentlich ein Dampfschiff zur Postbeförderung hierher gesandt hat, da alle anderen mit Truppen-Transporten beschäftigt waren. Man rechnet, daß 14,000 Mann hinübergeschickt sind.

Schleswig, 10. Dez. Kieler Blätter veröffentlichen ein Memoire der gemeinschaftlichen Regierung von Schleswig-Holstein, welches das verrätherische Verfahren der dänischen Regierung ausführlich beleuchtet. Wir theilen das wichtige Aktenstück morgen vollständig mit.)

Hadersleben, 21. Dez. [Dänische Träume.] Es dürfte die Leser dieses Blattes interessieren, die Meinung zu erfahren, die in diesem Augenblicke unter den Dänen über die Absichten der Regierung von Munde zu Munde geht, und, wie fabelhaft sie auch klingt, unter der dänischen Bevölkerung vielfachen Glauben findet. An der Südgrenze von Jütland werden 8000 Mann zusammengezogen, um gleichzeitig mit den nach Alsen übergeschifften 8000 Mann über Schleswig herzufallen, sobald in Deutschland, wie man stündlich erwartet, Umstände eintreten, die den Waffenstillstandsbruch begünstigen. Eine Einnahme Schleswigs, meinen die Dänen, würde trotz einem Winterfeldzuge ein Leichtes sein, und wäre sie erst zum fait accompli geworden, wie die letzten Wiener und Berliner Ereignisse, würden die späteren Verhandlungen auf diplomatischem Wege zu einem so erwünschten Ziele führen, als Rußland diesem angeblichen Plane ein williges Ohr geliehen haben soll; auch soll mit dieser Absicht die im nächsten Monat zu erwartende Ankunft des Königs Oscar in Malmö in Verbindung stehen.

Österreich.

N. B. Wien, 22. Dezbr. [Tagesbericht.] Wegen Ertheilung von Pässen und Passirscheinen nach Ungarn werden Anstände gemacht, während das Herankommen der aus jenem Lande Flüchtenden keinen Schwierigkeiten unterliegt. — Der zur Leitung der Angelegenheiten Tyrol's berufene Graf Bissinger — selbst Tyroler — wird als ein freisinniger und energischer Mann gerühmt. — Strobach, der erst nach dreimaligem Skrutinium in der Kammer wieder zur Präsidentschaft gelangte, wird als künftiger Leiter des böhmischen, und der Abgeordnete Gleispach als jener des steirischen Guberniums bezeichnet. — Das Buchhandlungsgremium, das zu den von den Zeitverhältnissen am Meisten mitgenommenen Gewerkskorporationen gehört, ist beim Gemeinderath um einen Vorschuß von 200,000 Fl. eingekommen, jedoch abschlägig beschieden worden. — In Pressburg sind mehrere Verhaftungen und unter diesen jene eines Buchhändlers vorgekommen, nichts desto weniger herrscht in dieser Stadt eine frohe Stimmung über die Anwesenheit der k. k. Truppen. — Die seit gestern verbreiteten lügenhaften Gerüchte, daß Tyrnau wieder von den Ungarn genommen und Zellach gefangen worden sei, verdienen keine ernsthafte Wiederlegung; vielmehr erfährt man, daß bei Raab an 200,000 Mann kaiserl. Truppen kampferüstet stehen und man bei diesem wichtigen Bollwerke einer ernstlichen Affaire entgegen sehen könne. — Bei einem Fleischhauer auf der Wieden hat eine Koblenmuskul Statt gefunden; das Militär intervenirte und, wie wohl nur blind geladen wurde, ging es doch nicht ohne Verwundungen ab. — Durch die Will-

fährigkeit, die man dem Reichstage zur Bewilligung des vollen Kredits von 80 Mill. zumutet, wird der Rücktritt des Finanzministers Kraus wieder zweifelhaft; dennoch unterhält man sich noch fortwährend von der schon erwähnten Ministerkombination. — Man bemerkt, daß in den verschiedenen Departements viele Slaven angestellt werden. — Am Schlusse des gegenwärtigen kann noch das Resultat der gestrigen Reichstags-Sitzung, die bis 8 Uhr Abends dauerte, gemeldet werden. Dem Finanzminister ist ein Kredit von 80 Mill. eröffnet. Mit Ausnahme dieses Punktes ist der ganze Finanzantrag angenommen. Ein Antrag Schuselka's, daß 6 Mill. von obigen achtzig für die durch das Bombardement von Wien, Prag und Lemberg Verunglückten verwendet werden sollen, fiel durch.

N. B. Wien, 23. Dez. [Tagesbericht.] Nach einem durch drei Tage fortgesetzten sehr hitzigen Wahlkampf entschied sich heute Vormittag der Sieg für den ausgetretenen Reichsminister v. Schmerling. Er erhielt 54, sein Mitbewerber v. Pillersdorf 32 Stimmen. — Die Denkschrift, welche v. Pillersdorf an einem der vorhergegangenen Tage bei den Vorbereitungen verlas, findet sich heute vollständig in Kuranda's „Österreichischer Post“ abgedruckt, welche auch selbstständig zur Rechtfertigung desselben auftritt. — Durch Erlass des 2. Armeekorps-Kommando's wurden in Pressburg Vermögens-Konfiskationen an folgenden — zum Theil ziemlich bekannten — Personen vorgenommen, welche sich der Rebellion gegen ihren gesetzmäßigen König theils schuldig, theils verdächtig gemacht haben: Von Bayer, unter dem Schriftsteller-Namen „Rupertus“ bekannt, Fiskalkasse-Beamter Klemm, der Präsides des demokratischen Klubs Nic. Zerdahely, Zeitungsredakteur Noisser, Buchhändler Reissbach, evang. Prediger Kazga. Dagegen wurde die von der illegitimen Landesregierung angeordnete Beschlagnahme getreuer Unterthanen, wie des Grafen Leopold Palffy, aufgehoben. — Von Sommaruga ist anstatt des in Ruhestand versetzten Baron Hes zum 1. Appellations-Präsidenten ernannt worden. — Die Stimmung ist hier fortwährend eine trübe und gedrückte; man sieht zwar in diesen Tagen nach wie vor Männer und Frauen geschäftig Weihnachtsbescherungen einkaufen; allein der Werth der Einkäufe in diesem und im verfloffenen Jahre dürfte eine sehr empfindliche Differenz zum Nachtheil der Verkäufer darbieten. — Die hiesige Akademie der Wissenschaften hat ein schwaches Lebenszeichen ihrer kümmerlichen Vegetation gegeben, indem sich auf einen Vortrag ihres Präsidenten Baron Hammer-Purgstall sämtliche Mitglieder verabredeten, sich der längst abzuschaffenden Anreden in Bezug auf Wohl- und Hochgeborenschaft zu entschlagen. — Pressburg und das gleichnamige Komitat sind in Belagerungszustand erklärt. — Die israelitische Religionsgemeinde zu Wien beging heute einen feierlichen Gottesdienst aus Anlaß der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph. — Sämmtliche Minister sind wieder in Wien angelangt und werden bis zur Wiedereröffnung der Reichstags-Sitzungen hier verbleiben. — Durch die vollständige Bewilligung des verlangten Finanz-Kredits wird der Austritt des Ministers Kraus nunmehr unwahrscheinlich.

N. B. Wien, 24. Dez. [Tagesbericht.] Nach der heutigen Wiener Zeitung werden, wie es schon vor den Märzereignissen beantragt war, die sogenannten Buchergesetze ganz abgeschafft werden. — Baron Dobhoff soll zum Gesandten im Haag ernannt sein. — Die Besorgnisse wegen der in den Kriegsbülletins eingetretenen Lücken sind durch eine im gestrigen Abendblatte der Wiener Zeitung eingeschaltete Belehrung des Gouverneurs Weiden keinesweges beseitigt, und man will aus dem anhaltenden Stillschweigen durchaus auf eine erlittene Schlappe schließen. — Die an den Grenzen aufgestellt gewesenen ungarischen Kommissionen haben gewaltigen Unfug mit Pässen getrieben und es treiben sich demnach viele Individuen mit falschen Pässen herum. — Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform im österreichischen Medizinalwesen wurde von vielen Ärzten dem Ministerium des Innern in einem umfassenden Memoire dargestellt. — Einer Deputation von Schullehrern ist die beruhigendste Zusicherung über bevorstehende bedeutende Verbesserung ihres Loses zu Theil geworden. — Man erwartet den ehemaligen Finanzminister Baron Kübeck von einem der erledigten Wahlbezirke zum österreichischen Reichstagsdeputirten erwählt zu sehen. Es wäre wohl schon früher geschehen, wenn Kübeck in seiner Bewerbung persönlich statt durch einen Dritten aufgetreten wäre. In der Kammer, wo es so sehr an finanziellen Kapacitäten fehlt, würde durch diese Wahl eine empfindliche Lücke ergänzt werden.

*** Wien, 22. Dezember.** [Entwaffnung. — Handelskammern. — Untersuchungs-Kommission.] Mittels der gegen Oberösterreich abgezogenen mobilen Militärkolonnen ist nun ganz Niederösterreich entwaffnet und die bedrohte Ruhe nirgends mehr gefährdet. Alle seit 6 Monaten auf dem Lande rückständigen Steuern sind zugleich eingetrieben, die Jagdrevue eingestellt und das Ansehen der kaiserlichen Behörden wieder gestärkt. Selbst die reichsten Bauern

hatten zuletzt keine Steuer mehr bezahlt. — Die Errichtung von Handelskammern, welche unser Ministerium endlich beschloß, macht hier unter dem Handelsstand einen sehr guten Eindruck. Die Wahlen für die zu ernennenden Notabeln sind bereits ausgeschrieben. — Die nach Olmütz entsendete Civil- und Militär-Kommission des hiesigen Kriegsgerichts, welches die Untersuchung über den Mord des Grafen Latour zu leiten hat, und die sich im Verfolg der Untersuchung nach Kremsier begeben hatte, ist gestern Abends zurückgekommen.

* **Wien, 24. Dezember.** [Berurtheilungen. — Reichstag. — Entente cordiale zwischen Oesterreich, England und Rußland.] Dem Vernehmen nach, sind die durch die Oktobertage schwer beschuldigten Bezirks-Chefs der Nationalgarde und ehemaligen kaiserl. Offiziere Braun und Plattensteiner, ferner der bekannte radikale Doktor Sattner von dem Kriegsgericht zum Tod verurtheilt worden. Das Urtheil ist dem Fürsten Windischgrätz zur Milderung ins Hauptquartier geschickt worden. — Nachdem sich der Reichstag in Kremsier bis 3. Januar vertagt hat, sind die meisten Reichstags-Deputirten gestern und heute hier eingetroffen. *) Der Reichstag hat vorher noch die Bewilligung zu dem Anleihen von 80 Mill. Gulden ertheilt. In der hierüber gehaltenen Rede des Finanzministers Kraus, wurde mehrmals auf die jetzigen Verhältnisse von Italien und Frankreich angespielt und auf die Eventualität eines Krieges hingewiesen. Hoffentlich sind diese Besorgnisse ungegründet. Im Fall eines Invasions-Krieges wird England und Rußland sicherlich im Verein mit Oesterreich eine neue Coalition bilden. Aus allen Anzeichen ist ersichtlich, daß, was auch hiesige Correspondenzen in fremden Journalen melden, zwischen England und Oesterreich bereits Einleitungen zu einer innigeren Verbindung eingeleitet sind. Der hiesige englische Botschafter Lord Ponsonby steht mit unsern jetzigen Ministern auf dem besten Fuß und sein Verhältniß mit dem Fürsten Felix Schwarzenberg ist das Freundschaflichste.

[Ein Unglücksfall auf der Nordbahn.] Mittels Telegraphen kam heute Mittags von Precau die traurige Nachricht, daß zwischen dem Oberberg-Prerauer Posttrain und dem Oberberg-Wiener Lasttrain ein Zusammenstoß Statt fand, bei welchem zwei Personen verunglückten, und einige Personen leicht verletzt wurden. — Sonstige Details fehlen bis jetzt. — Unmittelbar nach Einlangung der näheren Berichte werden dieselben veröffentlicht werden und es wird die k. k. Behörde die Untersuchung über diesen bedauerlichen Unfall pflegen. — Wien, am 23. Dezember 1848. — Von der Direktion der austr. privil. Kaiser Ferdinands Nordbahn.

** Vom ungarischen Kriegsschauplatze.

* **Wien, 22. Dezember.** Seit drei Tagen wird dem Publikum über die Operationen der in Ungarn operirenden kaiserl. Armee nichts Amtliches mitgetheilt. Nach den heutigen Privat-Nachrichten aus Wieselburg und Pressburg von gestern Abends hat sich seit der Einnahme Wieselburgs nichts Wichtiges ereignet. Die Truppen sind in beständiger Bewegung. Ein großer Theil der Pressburger Garnison ist gestern durch einrückende Kroaten gewechselt worden. Von Wieselburg bis Hochstraß und gegen Raab waren die Straßen mit kaiserl. Truppen bedeckt. Bei Abgang dieser Nachrichten hieß es in Wieselburg, daß die Magyaren alle Verschanzungen bei Raab ohne Schwertstreich geräumt haben und daß hierauf die Stadt und Festung Raab besetzt worden sei. Die Bestätigung ist heute zu erwarten. Das schreibende Hauptquartier des Marschalls Fürst Windischgrätz war gestern noch in Karlburg. — Aus Güns wird vom 19. gemeldet, daß man dort den bekannten magyarschen Chef Perczel erwarte.

* **Wien, 23. Dezember.** Nach den heutigen Nachrichten aus Pressburg von gestern Abend ist die Schiffbrücke wieder abgetragen worden, weil sie von den rinnenden Eischollen sehr bedroht war. Es herrscht dort vollkommen Ruhe und der angeordnete Belagerungszustand wird eben so schonend wie in Wien ausgeübt. FML. Simunich war noch in Tyrnau und wird dieser Tage die feste Leopoldstadt angreifen. Der Banus von Kroatien, von Jellachich, war nach Raab abgegangen und es fand vorgestern und gestern kein Gefecht Statt. Die Verschanzungen zwischen Hochstraß und Raab waren von den Magyaren verlassen worden. Es scheint aber, daß es heute bei Raab zu einem Treffen kommen dürfte, denn der Marschall Windischgrätz rückt heute mit seinem Hauptquartier und dem 2ten Armeekorps von Karlburg vor. Aus Niederungarn sind heute keine detaillirteren Berichte (Fortsetzung in der Beilage.)

*) Am 23. Dezember reisten die Herren Reichstags-Abgeordneten Dr. Fischek, Dr. Goldmark und Dr. Pracht durch Breslau nach Berlin und der bisherige Präsident des Reichs-Ministeriums in Frankfurt a. M., von Schmerling, nach Wien.

Beilage zum Extra-Blatt der Breslauer Zeitung.

Mittwoch, den 27. Dezember 1848.

(Fortsetzung.)

über die Ereignisse bei Werschetz eingetroffen. Graf Nugent operirt gegen den Plattensee und FML. Dahlen scheint bei Warasdin die Bewegungen der Armee aus Slavonien abzuwarten. Aus Ober-Ungarn wird vom 15. das Vorrücken des ritterlichen FML. Grafen Schlick von Kaschau bis nach Miskolcz bestätigt. Um die Wirkung dieser niederschlagenden Nachricht in Pesth zu paralysiren, erklärte Kossuth in der Reichsversammlung, indem er diese Hiobspost verkündigte, daß Schlick ein guter Waffenlieferant sein würde. Es ist übrigens unbegreiflich, wie Kossuth noch die Gemüther beherrscht. Auf seinen Befehl wurde dieser Tage Graf Nikolaus Esterhazy, welcher Miene gemacht haben sollte, sich in das kaiserliche Lager zu begeben, erschossen. Von Preßburg hat er vor Räumung dieser Stadt einige königliche Beamte nach Komorn schleppen lassen. Von Komorn bis Pesth herrscht er mit eiserner Strenge. Die magyarische Armee, obwohl sehr schwankend in ihren Rückzug-Bewegungen gegen Komorn, gehorchte bis zur Stunde seinen Befehlen. Das Landvolk verhält sich ganz neutral.

* **Wien, 24. Dez.** Die heutigen Berichte aus Preßburg und Hochstraß von gestern Abends und Morgens bringen sehr wichtige Nachrichten. Der Feldmarschall Fürst Windischgrätz ist schon vorgestern mit seinem Hauptquartier nach Ungarisch-Altenburg vorgezogen. Der Banus war von Hochstraß nach Raab aufgebrochen. Die sogenannte magyarische Armee hielt bis jetzt nirgends Stich und ihr ganzer Plan, sich unter die Mauern von Komorn zurückzuziehen, ist dadurch gänzlich vereitelt, da sich vorgestern der dortige Kommandant Maicheny weigerte, magyarische Truppen in diese Festung einzulassen und sogar erklärte, auf sie zu schießen. Der Marschall eilt jetzt mit Truppen Komorn zu, und es steht jetzt sicherlich kein Hinderniß im Wege nach Pesth ohne Schwertstreich vorzurücken. Die Bevölkerung nimmt die kaiserl. Truppen überall als Befreier auf, und die fliehenden Magyaren, welche viele Dörfer anzündeten, um ihnen bei dieser großen Noth keinen Unterstand zu lassen, sind der Gegenstand der schrecklichsten Verwünschungen. Ueber Kossuth's Stellung in Pesth meldet ein so eben eingetrossener Flüchtling, welcher Pesth am Mittwoch den 20sten d. vertieß und der vollen Glauben verdient, Nachstehendes: Nachdem die Bürger von Pesth und Ofen die Waffen abgegeben, erklärten sie einstimmig, daß sie nicht gesonnen wären, ihre Städte so wie Wien bombardiren zu lassen. Kossuth erwiederte hierauf, daß er bereit sei, Pesth zu verlassen und mit seinen Schaaren an die Theis zu ziehen, um dort einen Guerillakrieg gegen Oesterreich fortzuführen. Einen Guerillakrieg kann man aber nur in Gebirgsgegenden führen, und in ganz Ungarn sind die Gebirgsgegenden in den Händen der slavischen Bevölkerung, die Magyaren aber sind nur Herren der Ebenen.

Postscriptum. Eben eingehenden Nachrichten aus Tyrnau von vorgestern zufolge, hat sich die Festung Leopoldstadt nach einem 1/2 stündigen Bombardement ergeben und die kaiserl. Fahne aufgesteckt.

Semlin, 14. Dezbr. Der Donner der Kanonen drang vorgestern vom Banat bis zu unsern Ohren. Voll banger Ungewißheit sahen wir Nachrichten entgegen. Ein Augenzeuge, der herüber floh, erzählte, die Magyaren, 20,000 an der Zahl, mit 40 Geschützen, hätten das Alibuvauer Lager gestürmt, und da das Auxiliarcorps unter dem Hauptmann Baraich schwach war und aus treuebrüchigen Wallachen bestand, die beim ersten Angriffe die Flucht ergriffen, konnte auch der Lagerkommandant Michael Jvannovic, der kaum 3000 Mann und 10 Stück Kanonen hatte, sich nicht lange halten, und sah sich daher gezwungen, das Lager zu verlassen und sich bis Petrovo Selo zurückzuziehen. Die Magyaren zündeten hierauf 2 Dörfer, Alibuvau und Karlsdorf an. — Diese Retirade bereitete in Pancsova panischen Schrecken. Jeder besorgte Familienvater rettete eilends seine Familie nach Semlin. Die Semliner, durch das Unglück ihrer Nachbarn zur Theilnahme erregt, eilten mit Fahrzeugen an das banatische Donauufer, um die Verunglückten herüber zu führen. — Diese Katastrophe nahm heute eine ganz andere Gestalt an. Die siegestrunkenen Magyaren traten eilig den Rückzug an, denn sie sahen sich plötzlich ganz von kaiserlichen eingeschlossen. Der Oberst der Wanan, B. Blomberg, hat Werschetz erobert, und steht vereint mit Temeswarer Truppen gegen jene Magyaren, Knicanin bleibt ihnen in dem Rücken und Jvannovich in der Flanke. Am erwähnten Tage unternahmen auch die Magyaren auf Befehl des Generals Perzel aus Peterwardein auf Karlowitz eine Exkursion, wurden aber von Czaisken und Serbierern gehörig empfangen und mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. — Heute sind mit dem Dampfboote wie-

der viele kongrevische Raketen, Feuerwerker und Gewehre für das Banat hier angekommen. (N. 3.)

Italien

Rom, 12. Dezember. [Das diplomatische Corps. Finanzlage. Pius IX. in Gaeta. Ruhe.] Das ganze diplomatische Corps ist nach Gaeta abgereist, bis auf drei oder vier Sekretarien der verschiedenen Gesandtschaften. In Rom zurückgeblieben sind nur Herr Platner und Herr Bargagli, die Gesandten von Sachsen und Toskana. Platner ist sehr alt, und dies mag der Grund sein, warum er sich nicht nach Gaeta begeben. Das innige Verhältniß des Kabinetts Guerrazzi zum römischen Kabinet und die von Pius IX. angesprochene und erlangte Gastfreundschaft auf neapolitanischem Boden sind die Gründe, warum der toskanische Beamte dem Beispiele seiner diplomatischen Kollegen nicht folgen zu dürfen glaubte. Man weiß ja, daß die Regierungen von Neapel und Toskana in offener Feindschaft gegen einander sind. In den letzten Tagen sind drei russische Couriere in größter Eile durch Rom gekommen. Gestern trafen hier drei Staffetten aus den Provinzen ein: zwei von Civitavecchia und von Ancona, verlangten Geld; die dritte, aus Ferrara, meldete, daß die Oesterreicher zahlreich über den Po rücken. Der Zustand der Finanzen ist erschrecklich. Aus den Provinzen gehen nur wenige Gelder ein. Am letzten Sonnabend fanden sich in der Staatskasse nicht mehr als 45,000 Scudi, der Rest von den 100,000 Scudi die man auf Rechnung der römischen Bank von Genua hat kommen lassen. Die neu votirten Bous für 600,000 Scudi aber sind noch nicht in Umlauf gesetzt; man glaubt, sie würde im Verkehr nicht angenommen werden. — Die Kammern haben erklärt, der hl. Vater habe durch seine Entfernung die Konstitution verletzt und sei in Gaeta nicht selbstständig. Dem Kirchstaat droht die allgemeinste Anarchie. Sie hätten daher folgenden Beschluß dekretiren müssen: 1) Es ist eine provisorische und allerhöchste Staatsjunkta eingesetzt. 2) Sie ist aus zwei, außerhalb der Deputirtenkammer, jedoch von dieser selbst durch Stimmenmehrheit gewählt, durch den hohen Rath bestätigten Personen zusammengesetzt. 3) Diese Regierung soll im Namen des Fürsten und nach Stimmenmehrheit alle an die oberste Exekutivgewalt belanzenden Funktionen innerhalb des Bereichs der Konstitution und nach den Vorschriften des konstitutionellen Rechts ausüben. 4) Diese Regierung legt unmittelbar nach der Rückkehr des Kirchenoberhaupter ihr Amt nieder, und auch dann, wenn sie einen Andern in legitimer Weise an ihre Stelle zur Uebernahme des Amtes deputirt und wenn Dies wirklich übernommen wird. — Am 15. d. M. wird der hl. Vater in Gaeta ein Konsistorium halten; darin werden zwei neue Kardinal, Rosmini und Roberti, der bereits Uditor della Camera ist und 11 Bischöfe gewählt werden. Die drei Deputationen, die eine vom hohen Rath, die zweite von der Deputirtenkammer, die dritte vom römischen Magistrat, welche nach Gaeta bestimmt waren, konnte die neapolitanische Grenze nicht überschreiten. Der Papst ließ durch drei gleichlautende, vom Kardinal Antonelli unterzeichnete Briefe sie wissen: es thue ihm leid, sie nicht empfangen zu können, und andererseits habe er bereits seine Willensmeinung durch das Breve vom 27. Nov. ausgedrückt. — Die Ruhe ist auch gestern aufrecht erhalten worden, und in der Deputirtenkammer hat auch diesmal die gemäßigete Partei obgesiegt. Die Regierungsgewalt ist den Händen eines Triumvirats anvertraut, welches in sich legale Begründung hat. Denn die drei Senatoren der drei Hauptstädte des Staats, nämlich von Rom, Bologna und Ancona, sind als Personen zu betrachten die vom Papst selbst zur Ueberwachung der Ordnung eingesetzt sind, und welche also in diesem verhängnißvollen Augenblick nur ausgedehntere Verantwortlichkeiten übernehmen, ohne sich einer anderen Gewalt zu bemächtigen, als die, welche zur Fortsetzung des Staatslebens unbedingt nöthig ist. Die von Pius IX. eingesetzte Gouvernativ-Kommission hat bis jetzt kein öffentliches Zeichen ihres Daseins von sich gegeben, und der Staat würde der größten Verwirrung preisgegeben gewesen sein, wenn nicht die liberale Partei, die durch frühere Vergehen ihrer Anhänger geführt hat, sich der Ordnung und Sicherheit mit Energie angenommen hätte. — Republikanische Demonstrationen die gestern Abend stattfanden und bei denen man das Governo provisorio leben ließ, sind nicht die Rede werth. Ernstere Störungen der Ruhe sind nicht vorgekommen. — Die Oesterreicher sollen wirklich auf

*) Oesterreichischen Blättern zufolge haben Kroaten auf Flößen nach einem 3stündigen Kampfe Malghera genommen. Red.

zwei Punkten über den Po und zugleich mit Macht gegen Malghera (Venedig) gekommen sein. (N. 3.)

Ein Schreiben aus Genua vom 17. Dezember meldet, daß man daselbst die Nachricht von der Abdankung Karl Alberts zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen, erhalten habe. In Genua selbst stieg die Gährung immer höher. (N. 3.)

Frankreich.

Paris, 21. Dezbr. [Proklamation Louis Napoleons zum Präsidenten der Republik. — Nationalversammlung. Sitzung vom 20. Dezember. Anfang 3 Uhr.] Präsident Marrast. Große militärische Vorsichtsmaßregeln decken die Zugänge. Einige Bataillone der Mobilgarde und Linie halten sich im Tuileriengarten schlagfertig, und vor der Brücke stellt sich das Dragoner-Regiment vom Quai d'Orsay auf. Das Sitzungsgebäude selbst ist mit anderen Truppen und Artillerie angefüllt. Der Grund zu diesen Vorsichtsmaßregeln soll in Polizeiberichten liegen, wonach eine kaiserlich-sozialistische Bewegung gegen den Saal beabsichtigt würde. Diese Gerüchte fanden jedoch wenig Glauben; was die Sozialisten und Kommunisten betrifft, so meint man, daß ihre Führer sich durchaus nach keinem Aufstande sehnen, sondern vielmehr nach Ruhe, um ihre Organisationspläne durchzuführen. Die Bänke sind zeitig voll und man hört, daß die Wahlprüfungscommission beschloffen habe, heute schon ihren Bericht abzufassen und den Präsidenten proklamiren zu lassen. Darum herrscht eine große Aufregung in den Reihen. Niemand hört auf das Protokoll; Alles unterhält sich lebhaft. Kurz vor 4 Uhr tritt Quästor Lebretton in Generals-Uniform in den Saal. Ihm folgt bald Louis Napoleon Bonaparte in schwarzem Leibrock. Er setzt sich neben Odilon Barrot. (Bewegung.) Marrast: „Waldeck-Rousseau hat das Wort, um den Bericht über die Präsidentenwahl vorzulesen.“ Waldeck-Rousseau beginnt diesen Bericht. Offiziell sind bisher 7,326,345 Wähler konstatirt, von denen 5,434,000 für Bonaparte, 1,448,000 für Cavaignac stimmten. Mit Ausnahme Grenoble's ging überall die Wahl ruhig von statten. „Mehrere Unregelmäßigkeiten haben sich,“ fährt Waldeck-Rousseau im Namen der Prüfungs-Kommission fort, „bei den Wahlen an einigen Orten eingeschlichen. Sie sind dem Minister des Innern zur Verhütung von Wiederholungen mitgetheilt worden. Im Ganzen stellt sich die Wahl des Bürgers Louis Napoleon Bonaparte als vollkommen regelmäßig heraus. Es ist im Schooße der Kommission der Einwand erhoben worden, daß Louis Napoleon Bonaparte im Auslande (Thurgau in der Schweiz) mit dem Staatsbürgerrecht beliehen worden sei, welches er auch dort wirklich ausgeübt habe. Indessen hält die Mehrheit der Kommission diesen Einwand für nicht stichhaltig, und sie bezeichnet Ihnen den Bürger Louis Napoleon Bonaparte hiermit als den Auserwählten des französischen Volkes für die Präsidentschaft. Bürger Vertreter! Vor neun Monaten proklamirten Sie von der Haupttreppe dieses Gebäudes herab die Republik, heut schlägt Ihnen die Kommission vor, den Bürger Louis Napoleon Bonaparte als Präsidenten der Republik zu proklamiren.“ (Beifall zur Rechten, große Bewegung im Saale.) Cavaignac steigt auf die Tribüne. (Tiefe Stille.) „Ich beehre mich,“ sagte er, „die Nationalversammlung zu benachrichtigen, daß das gegenwärtige Ministerium seine Demission insgesammt eingereicht hat. Gleichzeitig gebe auch ich hiermit die Staatsgewalt in die Hände der National-Versammlung zurück, mit der sie mich vor sechs Monaten beehrt hatte. Ich bewahre eine ewige Erkenntlichkeit für das Wohlwollen, mit dem sie mich beschenkt haben.“ (Beifall.) Marrast proklamirt nun den Gewählten zum Präsidenten. „Im Namen des französischen Volkes,“ ruft er, „proklamire ich hiermit, in Betracht, daß der Bürger Charles Louis Napoleon Bonaparte die Wahlfähigkeitsbedingungen erfüllt, in Rücksicht auf die Stimmenmehrheit, die er vereinigt, den Bürger Charles Napoleon Louis Bonaparte kraft der Verfassung zum Präsidenten der französischen Republik, von diesem Tage ab bis zum dritten Sonntage des Mai 1852. Ich lade den Bürger Louis Napoleon Bonaparte ein, sich der Tribüne zu nähern und den Eid der Verfassung zu leisten.“ — Louis Napoleon Bonaparte steigt auf die Tribüne. Seine rechte Hand ist ohne Handschuh. Ein Ordensstern strahlt auf seiner Brust. Marrast liest ihm den Schwur vor. Bonaparte spricht ihn nach. Man hört deutlich die Worte: „Ich schwöre es!“ (Bewegung.) Marrast: „Die Proklamation soll in allen Gemeinden der Republik öffentlich angeheftet werden. Präsident Louis Napoleon

Bonaparte hat das Wort.“ Bonaparte (Allgemeine Stille):

„Bürger Vertreter! Das Stimmrecht der Nation be- ruft mich zur Präsidentschaft, legt mir aber auch Pflichten auf. Ich werde als Feind des Vaterlandes Jedermann be- trachten, der es versuchen wollte, die öffentliche Ruhe der Republik zu stören und das zu ändern, was Frankreich be- gründet hat. Zwischen Ihnen und mir, Bürger Vertreter, können keine wahren Mißstimmungen stattfinden. Ich will, wie Sie, die Republik begründen, die Gesellschaft aufrecht erhalten und sichern und unsere Volkssitten durch demo- kratische Staatseinrichtungen bessern. Mit Ordnung und Frie- den werden wir die irgeleiteten Bürger zurückführen, die Leidenschaften besänftigen und die unglücklichen Völkerschaf- ten unterstützen können. Ich habe um mich rechtschaffene, obgleich den Meinungen nach unterschiedene Männer geru- fen. Sie werden mit uns zur Vervollkommnung der Ge- setze, zum Ruhme der Republik beitragen. Die neu eintretende Verwaltung schuldet der abtretenden Dank. Das Benehmen des Generals Cavaignac war der Loyalität sei- nes Charakters würdig. Ich danke ihm öffentlich für die großen Dienste, die er Frankreich erwiesen. Eine große Auf- gabe bleibt uns zu erfüllen übrig, nämlich eine weise und rechtschaffene Republik zu begründen. Von der Liebe zum Vaterlande belebt, werden wir stets auf der Bahn des Fort- schritts wandeln, ohne Reactionäre noch Utonisten zu sein. Wir wollen wenigstens Gutes thun, wenn wir nichts Gro- ßes vermögen.“

(Beifall.) Viele Stimmen: „Es lebe die Re- publik!“ Beim Herabsteigen drückt Bonaparte dem General Cavaignac die Hand. (Beifall.) Marrast: „Ich gab Befehl, daß die nöthigen Truppen den Bür- ger-Präsidenten in die für ihn bestimmte Wohnung be- gleiten.“ Der Präsident geht ab. Die Truppen setz- ten sich mit gespanntem Hahne in Bewegung. Die Sitzung wird um 5¼ Uhr aufgehoben. Paris ist vollkommen ruhig.

(Sitzung vom 21. Dezbr.) Anfang 2 Uhr. Den Vorsitz führt Vicepräsident Lacrosse. Das Milit- är ist sowohl vom Konkordienplatze als aus dem Tuil- eriengarten verschwunden. Nur die Gallerien sind in der Erwartung neuer Ueberraschungen wieder überfüllt. Die neuen Minister: Birio, Leon von Malleville, van Fallour u. s. w. sitzen auf den vorder- sten (Minister-) Bänken. Das Protokoll wird verles- sen. Lacrosse liest die Dekrete vor, welche die neuen Minister ernennen. Lejault reicht seine Entlassung ein. Dann wird eine Menge von Geschenktwürfen rein lo- kaler Natur erlegt. Nach Erledigung der Petitionen verliest Lacrosse einen Geschenktwurf, welcher einen Kre- dit von 183,770 Franken verlangt, um die rückständigen Gehalte aller Lehrer des öffentlichen Unterrichts auszuführen. Die Lage derselben sei entsetzlich. Beide Minister des Unterrichts, sowohl der abtretende als der eintretende, seien über die Dringlichkeit des Credits ein- verstanden. Die Versammlung bewilligt den Kredit, und die Sache ist abgemacht. Die Versammlung ver- tagt sich bis Dienstag den 26. Dezember.

[Das neue Ministerium.] Gestern Abend um 6 Uhr, unmittelbar nach der Installation des neuen Präsidenten Louis Bonaparte in seiner Wohnung (Elyse National) empfand Marrast, als Präsident der National- Versammlung, von dem Installirten folgende Botschaft: „Elyse National, 20. Dezbr. Herr Präsident! Ich bitte Sie, der National-Versammlung anzuzeigen, daß ich in Gemäßheit des Artikels 64 der Verfassung mit- telst Dekrets vom heutigen Tage ernannt habe: 1) Herrn Odilon-Barrot, Volksvertreter, zum Mini- ster der Justiz, mit dem Auftrage, im Ministerrath zu präsidiren, wenn der Präsident der Republik behindert ist; 2) Herrn Drouyn de Lhuys Volksvertreter, zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten; 3) Herrn Leon von Malleville, Volksvertreter, zum Minister des Innern; 4) Herrn Kuhlhières, Volks- vertreter und Divisions-General, zum Minister des Krieges; 5) Herrn von Tracy, Volksvertreter, zum Minister der Marine und Kolonien; 6) Herrn von Fallour, Volksvertreter, zum Minister des öffentli- chen Unterrichts und der Kulte; 7) Herrn Leon Faucher, Volksvertreter, zum Minister der öffentli- chen Arbeiten; 8) Herrn Birio, Vicepräsidenten der Nationalversammlung, zum Minister des Ackerbaues und Handels; 9) Herrn Hippolyte Passy, Mit- glied des Instituts, zum Minister der Finanzen. Em- pfangen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner hohen Achtung. (gez.) Louis Napoleon Bona- parte. (Gegengez.) Odilon Barrot, Justiz-Mini- ster.“ Um 6½ Uhr verkündeten 101 Adonenschüsse vom Invalidenhofe her das wichtige Ereigniß der Pro- klamation des neuen Präsidenten, die man erst am Sonnabend oder Montag erwartet hatte. Einige Thea- ter und Privathäuser längs den Boulevards zündeten Lampen und Transparenten mit den Namenszügen des Installirten an, die jedoch der scharfe Nordwind bald wieder auslöschte. Die eigentliche Proklamirungs-Illu- mination wird erst später stattfinden. Um 10 Uhr

wurde ein Extrablatt des Moniteur in die Woh- nungen sämtlicher Volksvertreter getragen, das ihnen das neue Ministerium, sowie die Ernennungen Chan- garnier's, Bugeaud's, Berger's und Rebil- laut's zu den bereits früher angezeigten Aemtern mel- dete. Changanier ist zum Oberbefehlshaber sämtli- cher Militär- und Bürgerwehrtruppen von Paris, so wie der Mobilgarde ernannt und behält sein Haupt- quartier in den Tuilerien. Bugeaud ist zum Befehls- haber der Alpenarmee ernannt und wird sein Haupt- quartier in Bourges aufschlagen. Berger, Ermaire, tritt als Seinepräfect an Recurt's Stelle, der gestern seine Entlassung eingereicht, und Rebillot als Gendar- men-Kommandant an die Stelle des Polizeipräfecten Gervais aus Caen. Charlier, der Gegner Ledru Ro- lin's, verläßt das Ministerium des Innern, um, wie unter Ludwig Philipp, die Pariser Stadt-Polizei zu leiten.

[Tagesbegebenheiten.] Dufaure, gestern noch Minister des Innern, wird in Verbindung mit Mar- rast als der eigentliche Urheber des Vorschlags betrach- tet, den neuen Präsidenten so plötzlich zu proklamiren. Polizeiberichte, an deren Echtheit jedoch gezeifelt wird, sollen dem Minister gemeldet haben, daß die Vorstädte Louis Napoleon Bonaparte sofort zum Kaiser prokla- miren wollten, zu welchem Zweck sie sich auf dem Kon- kordienplatze einfänden würden. Hierdurch bewogen, habe sich Dufaure gestern früh in den Schoß der mit der Wahl-Protokollprüfung beschäftigten Kommission begeben und sie gebeten, ihre Arbeiten, um des Strafen- Friedens willen zu vollenden und nicht die Protokolle der Departements Aveyron, Ober-Rhein, Somme und Korsika abzuwarten. Die Kommission habe darauf Herrn Waldeck-Rousseau beauftragt, seinen Bericht bis 4 Uhr fertig zu halten. Als Louis Bonaparte ge- stern von der Tribüne der National-Versammlung stieg, schritt er der Bank zu, auf welcher Cavaignac saß. „General,“ sagte er tief gerührt, „ich bin stolz darauf, einem solchen Manne, wie Sie sind, folgen zu können.“ Cavaignac reichte ihm die Hand, die sein Nachfolger drückte. Cavaignac ließ schon im Laufe des gestrigen Tages seine Karte bei Napoleon abgeben. Der Zug des Präsidenten aus der National-Versammlung in das schräg gegenüberliegende Palais Elyse National war ganz militärisch; Volk hatte sich wenig versam- melt. Am Wagenschlage ritten Changanier, Edgar Ney und Emil Fleury. Im Hofe des Palastes war die ganze Familie Bonaparte versammelt, die ihn em- pfing, sobald Lacrosse im Namen der National-Ver- sammlung einige Worte an ihn gerichtet hatte, Paris erstreut sich übrigens auch heute vollständiger Ruhe. Es ist sehr kalt. Das Thermometer zeigt 5½ Grad unter dem Gefrierpunkt. Viele Neugierige hatten sich heute vor der Wohnung des neuen Präsidenten im Elyse National eingefunden und trosteten der Kälte, um denselben zu sehen. Ihre Hoffnung wurde aber vereitelt. Am nächsten Sonntag (24ten) werden Louis Napoleon Bonaparte und der neue Kriegsminister Kul- hières eine große Parade über die Nationalgarde, Mo- bilgarde und erste Militär-Division abhalten. Am Abend werden die Stadt Paris und der Staat illu- miniren lassen. Ein Blatt, die Republique, meldet, Louis Napoleon Bonaparte habe schon vorgestern den General Cavaignac in seinem Hotel in der Rue Ba- rennes besucht und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. — Emil von Girardin wird, wie es heißt, häufig vom Präsidenten Louis Bonaparte zu Rathe gezogen. Bei einer dieser Berathungen überreichte ihm Girardin ein Memorial, das er heute in der Presse abdrucken läßt. Darin schlägt er vor, die Ministerien auf drei zu reduzieren und außerdem die alten und neuen Bourbonen zurückzurufen und dem Herzog von Lumale Algerien, dem Prinzen von Joinville die Marine zu übertragen.

In der Finanzwelt herrscht große Bestürzung. Die fünfprozentige Rente, die als Staats-Barometer gilt, ist in den letzten Tagen um 3 Franken und 25 Centimen gefallen, und Herr Rothschild soll einige sehr inhaltschwere Worte in Bezug auf das nächste Se- mester haben fallen lassen, die eine, trotz Louis Bona- parte's glänzender Versprechungen allgemeine Verfeine- rung hervorgerufen haben sollen. Das Gespenst des National-Bankerotts tritt der Börsenwelt vor die Augen. Darum beeilte sich der Moniteur gestern, sie durch eine offizielle Darstellung der allgemeinen Finanz- lage der Republik zu beruhigen. Dieses Aktenstück wird zugleich als das finanzielle Testament der Cavaignac- schen Staatsverwaltung betrachtet. Folgendes sind seine Hauptresultate: Am 20. Juni 1848 befanden sich in der Central-Staatskasse 25,141,000 Fr. Diese Summe sank am 1. Juli, nach dem Aufstande, auf 12,303,000

Frk., und am 4. desselben Monats waren von ihr nur noch 6,906,000 Fr. übrig. In jenem Augenblick war die Verlegenheit der Staatskasse am größten. Das tägliche Defizit betrug die enorme Summe von mehr als 2 Millionen Franken. In der Periode vom 25. Oktober bis zum 10. November gelang es dem Rothschild'schen Agenten Goudchaux, dieses Defizit auf 1,238,000 Fr. für den Tag herabzudrücken. Goudchaux entwickelte großen Eifer in der Verordnung von Zwangs- Ersparnissen, demzufolge es möglich wurde, das tägliche Deficit vom 10. November bis zum 14. Dezember auf 101,400 Franken herabzudrücken. Mit anderen Worten: Die Einnahmen wurden von den Ausgaben täglich nur noch um 101,400 Fr. überstiegen. Als das Resultat der Präsidentenwahl bekannt war, ent- wickelten die General-Steuer-Einnehmer eine außerordentliche Thätigkeit, so daß die Staatskasse von ihrem am 31. Dezember auf mehr als 40 Millionen Fran- ken rechnen kann. „Fügen wir nun noch,“ schließt der Moniteur diesen Bericht, „die bedeutenden außerordent- lichen Einnahmen des Budgets für 1849 zu obigen Steuersumme hinzu, so darf die Finanzlage der Repu- blik keinesweges keunruhigen. Diese außerordentlichen Einnahmen bestehen:

a) in der Ratenzahlung des Rothschild'schen Anleihe mit	64,000,000
b) Ratenzahlung aus Lyon	30,000,000
c) Nordbahn	12,000,000
d) Vom Bank-Anleihen (2. Portion)	75,000,000
	beträgt 181,000,000
Hierzu obige Steuersumme	40,000,000
Im Ganzen	221,000,000

Die französische Republik eröffnet also den Staats- dienst von 1849 mit einem Finanz-Etat von 221,000,000 Fr., zahlbar am 1. Januar 1849. In diesem An- schluß sind keinesweges die bedeutenden Hülfsmittel begriffen, welche der Staatskasse aus dem Tagpor- feuille der verschiedenen Verwaltungszweige zustie- ßen. An der heutigen Börse machte dieser Finanzbericht großen Eindruck. Die 3prozentige Rente eröffnete sich um 45½, ¼, und droht noch tiefer zu sinken. Es herrschte ein wahrer panischer Schrecken in der Coulisse. Die 5proz. Rente folgte dem allgemeinen Eindruck.

Strasburg, 21. Dezember. Seit acht Tagen erblicken wir sehr viele beurlaubte Soldaten durch unsere Stadt ziehen, und wie man vernimmt, soll eine der ersten Maßregeln der neuen Regierung sein, noch eine weitere Reduktion in dem Heere eintreten zu lassen. Eine der größten Schwierigkeiten für das Gouvernement bleibt indessen die italieni- sche Frage, und so lange diese nicht gütlich gelöst werden können wir freilich an die umfassenden Ersparnisse im Kriegsbudget nicht denken, welche vorgeschlagen sind, und außerdem bleibt die Erhaltung des Weltfrie- dens gefährdet. (F. J.)

Spanien.

Madrid, 15. Dezember. [Eröffnung der Cortes.] Diesen Nachmittag um 2 Uhr eröffnete die Königin in eigener Person im Saale des Kongreßes der Deputirten die Sitzungen der Cortes. In der von ihr bei dieser Veranlassung verlesenen Rede wür- digte die Königin an, daß sie dem Papst ihren Bes- stand und einen Zufluchtsort in ihren Staaten an- geboten hätte. Dann wird der Anerkennung Spaniens von Seiten Preußens, Sardiniens, Oesterreichs und Toskanas Erwähnung gethan. „Unangenehme Er- eignisse,“ heißt es, „deren Vermeidung nicht von der Regierung abhing, haben die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit England herbeigeführt, aber ich hoffe, daß sie so wiederhergestellt werden wie es zwei befreundeten Nationen gebührt, sobald nur die Handlungen und Gesinnungen der spanischen Regierung richtig erkannt sein werden.“

Breslau, 26. Dezbr. Am 25ten des Vormit- tags wurde der 21 Jahr alte Müller-Lehrling Josef Seidel von den Gesellen der Staren-Mühle vermißt und da unterhalb der Mühle eine Mäse, welche die des Seydel erkannt, auf der Oberfläche des Wassers bemerkt wurde, vermutet, daß derselbe in der Dder gefallen sei. Obwar bald nach ihm gefun- den wurde, so wurde er doch nicht gefunden.

Seit dem 23. Dezbr. Mittags bis zum 26sten Mts. Mittag sind nach amtlicher Meldung an Cholera 77 Personen erkrankt, 20 genesen und gestorben.

Breslau, den 26. Dezember 1848.
Das königliche Polizei-Präsidium.